

45. Sitzung

am Dienstag, dem 28. Juni 2005, 15.00 Uhr
in München

Geschäftliches	3325	Verweisung in den Rechtsausschuss	3350
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer, Wolfgang Vogel und Franz Kustner	3325	Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Drs. 15/3621) – Erste Lesung –	
Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der Fraktion der SPD „Pleiten, Pech und Pannen – das Versagen der CSU-Staatsregierung in der Wirtschafts- und Unternehmenspolitik“		Staatsminister Siegfried Schneider	3350
Franz Maget (SPD)	3325	Karin Pranghofer (SPD)	3351
Dr. Otmar Bernhard (CSU)	3327	Georg Eisenreich (CSU)	3351
Dr. Martin Runge (GRÜNE)	3329, 3345	Simone Tolle (GRÜNE)	3352
Staatsminister Dr. Otto Wiesheu	3330, 3340	Verweisung in den Bildungsausschuss	3352
Franz Josef Pschierer (CSU)	3336	Abstimmung über Anträge , die gemäß § 59 Ab- satz 7 GeschO nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage)	
Dr. Hildegard Kronawitter (SPD)	3337	Beschluss	3353
Engelbert Kupka (CSU)	3338	Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Leitlinien der zukünftigen bayerischen Verkehrs- politik (Drs. 15/2545)	
Dr. Heinz Kaiser (SPD)	3339, 3346	Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/3438)	
Klaus Stöttner (CSU)	3341	und	
Peter Hufe (SPD)	3342	Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Tempolimit (Drs. 15/2551)	
Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU) ...	3343	Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/3441)	
Werner Schieder (SPD)	3344	und	
Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über die Kostenfrei- heit des Schulweges (Drs. 15/3619) – Erste Lesung –			
Verweisung in den Bildungsausschuss	3348		
Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (Drs. 15/3620) – Erste Lesung –			
Ernst Weidenbusch (CSU)	3348		
Adelheid Rupp (SPD)	3348		
Christine Stahl (GRÜNE)	3349		

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tempolimit innerorts (Drs. 15/2553)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/3442)

und

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einführung eines Grenzwertes für den CO₂-Ausstoß bei Kraftfahrzeugen

(Drs. 15/2566)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/3445)

und

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ökologische Folgen des Luftverkehrs verringern

(Drs. 15/2567)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/3463)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE) 3353, 3366
 Roland Richter (CSU) 3356
 Dr. Thomas Beyer (SPD) 3357, 3366
 Klaus Dieter Breitschwert (CSU) 3362
 Staatssekretär Georg Schmid 3363, 3364
 Ruth Paulig (GRÜNE) 3364
 Staatsminister Dr. Otto Wiesheu 3365, 3367

Beschluss zum Antrag 15/2545 3368

Beschluss zum Antrag 15/2551 3369

Beschluss zum Antrag 15/2553 3369

Beschluss zum Antrag 15/2566 3369

Beschluss zum Antrag 15/2567 3369

Schluss der Sitzung 3369

(Beginn: 15.06 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 45. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich noch drei nachträgliche Glückwünsche aussprechen. Jeweils einen halbrunden Geburtstag feierten am 22. Juni Frau Kollegin Johanna Werner-Muggendorfer und Herr Kollege Wolfgang Vogel sowie am 23. Juni Herr Kollege Franz Kustner. Ich gratuliere den Genannten sehr herzlich im Namen des gesamten Hohen Hauses und wünsche ihnen alles Gute.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der SPD vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema „**Pleiten, Pech und Pannen – das Versagen der CSU-Staatsregierung in der Wirtschafts- und Unternehmenspolitik**“ beantragt.

Die Regeln der Geschäftsordnung sind hinlänglich bekannt und bedürfen keiner Wiederholung. Ich bitte Sie, auf mein Signal zu achten, und rufe als ersten Redner Herrn Kollegen Maget auf. 10 Minuten!

Franz Maget (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesen Tagen – das ist der aktuelle Hintergrund dieser Aktuellen Stunde – wird die größte, die einzig nennenswerte bayerische Privatbank, die Hypo-Vereinsbank,

(Joachim Herrmann (CSU): Die einzig Nennenswerte?)

in das Eigentum der italienischen Unicredit übergehen. Das, was einst von der CSU-Staatsregierung als Markenzeichen für den Bankenplatz Bayern schlechthin gepriesen wurde, geht jetzt sang- und klanglos in italienischen Besitz über. Wir wissen, dass angesichts der schwierigen Lage, in der sich die HVB befindet, diese Lösung wahrscheinlich noch die beste unter allen schlechten darstellt.

(Joachim Herrmann (CSU): Also?)

Wir wissen auch, dass die Garantie für das Deutschlandgeschäft, die der HVB gegenüber gegeben wurde, gut und wichtig ist, wir wissen aber auch, dass von dieser Übernahme durch Unicredit natürlich eine Gefahr für Tausende von Arbeitsplätzen in Bayern ausgeht, und wir wissen, dass dieses natürlich auch einen schweren Rückschlag für den Bankenplatz Bayern darstellt.

Wir stellen fest: Die Übernahme der HVB durch Unicredit ist eine weitere herbe Niederlage der Staatsregierung in ihrer Industrie- und Wirtschaftspolitik und zeigt wieder einmal das klägliche Scheitern der CSU-Industriepolitik auf.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Denn Tatsache ist, liebe Kolleginnen und Kollegen: Überall, wo die Staatsregierung, insbesondere der bayerische Ministerpräsident selbst oder sein Wirtschaftsminister, Einfluss auf die Unternehmenspolitik nimmt oder mit staatlichen Beteiligungen direkt oder indirekt verwoben ist, gibt es früher oder später, aber auf jeden Fall am Ende ein Debakel.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU: Pfui! Unglaublich! – Zurufe von der SPD: So ist es!)

Überall, wo es schief geht, gehen die Akteure der Staatsregierung dann auf Tauchstation und machen sich vom Acker. Dort aber, wo es ausschließlich aufgrund unternehmerischer Leistung Erfolge zu vermelden gibt, haben Sie nichts Anderes und nichts Besseres zu tun, als sich dort lautstark mitfeiern zu lassen und sich mit fremden Federn und mit fremdem Geld zu schmücken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Bilanz zeigt: Herr Stoiber und Herr Wiesheu sind die größten wirtschaftspolitischen Schaumschläger unter dem weiß-blauen Himmel,

(Beifall bei der SPD)

und sie sind unternehmenspolitische Rohrkrepierer.

Ich nenne Ihnen einige Beispiele dafür: Als vor einigen Jahren BMW die Firma Rover in England übernommen hat, war Herr Stoiber in den „Tagesthemen“ sieben Minuten und dreißig Sekunden zu sehen, und er hat diese Übernahme von Rover durch BMW als den bisher größten Erfolg der bayerischen Industriegeschichte gefeiert. Er hat so getan, als hätte er Rover aus der eigenen Tasche bezahlt. Als sich wenige Jahre danach herausgestellt hat, dass diese Entscheidung von BMW vielleicht nicht die beste ihrer Unternehmensgeschichte gewesen ist, hat man von Herrn Stoiber nichts mehr gesehen. Er war nicht in den „Tagesthemen“, er war nicht einmal in der „Rundschau“. Ich glaube, er hat zu diesem Zeitpunkt die Firma BMW überhaupt nicht mehr gekannt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Als BMW vor einigen Wochen ein neues Logistikzentrum in Dingolfing eröffnet hat – eine gute Entscheidung für Bayern! –, war Herr Stoiber natürlich wieder mittendrin und mit dabei und auf allen Fotos ganz vorn drauf.

(Staatsminister Erwin Huber: Recht hat er!)

Als vor einigen Monaten in Ihrem Heimatbezirk in Niederbayern, Herr Kollege Huber, Siemens 300 Arbeitsplätze verloren hat, die nach Rumänien verlagert wurden, waren weder Sie in diesem Betrieb zu sehen noch Herr Stoiber. Dort, wo es schief läuft, ist von Ihnen nichts zu hören und nichts zu sehen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Warum gehen Sie denn nicht dorthin, wo Arbeitsplätze verloren gehen? Das ist auch etwas, was man von einem bayerischen Minister verlangen könnte. Als das Unternehmen Novartis erfreulicherweise seinen Sitz in Holzkirchen genommen hat, war Herr Stoiber gleich mit mehreren Ministern dabei und hat diese unternehmerische Entscheidung, die gut ist, den Medien als einen weiteren Beleg für die Stärke des Standortes Bayern verkündet. Als aber „Knorr-Bremse“ vor einigen Jahren Tausende von Arbeitsplätzen aus München verlagert hat, war das kein Beleg für die Qualität des Standortes Bayern. Dazu haben Sie keinen Satz der Kommentierung gefunden.

Als in Hof vor zwei Jahren der erste und bisher einzige Automobilzulieferer – Herr Kollege König, Sie kennen das Unternehmen –, die Firma Altec aus Spanien, 150 Arbeitsplätze geschaffen hat, war Herr Stoiber mit drei Ministern anwesend und hat sich dafür feiern lassen. Als die Firma Rodenstock aus dem Bayerischen Wald verschwunden ist, hat man von der Bayerischen Staatsregierung nichts gesehen und nichts gehört.

Als die Bundesregierung es vermocht hat, „Galileo“, ein wirkliches Zukunftsprojekt, nach Bayern zu bringen, hat Herr Wiesheu monatelang nichts anderes im Sinn gehabt, als auch diese Entscheidung der Bundesregierung als eine Entscheidung hinzudrehen, die auf dem Mist der Bayerischen Staatsregierung gewachsen sei. Als aber die Firma Hutschenreuther aus Bayern verschwunden ist, hat man von der Staatsregierung kein Wort dazu gehört.

Sie sind überall dabei und schmücken sich mit fremden Federn, wo Entscheidungen der Unternehmen gut laufen, Sie sind aber spurlos verschwunden, wo unternehmerische Entscheidungen schlecht laufen. So ist es jetzt auch bei der Hypo-Vereinsbank. Bei der Fusion von Hypobank und Vereinsbank 1998 ließ sich der Bayerische Ministerpräsident als Chefunterhändler feiern. Ich zitiere den Bayerischen Ministerpräsidenten 1998. Er sagte: „Entscheidend ist, dass in München eine Superregionalbank entsteht, die gleichzeitig Europas größter Immobilienfinanzier ist.“ Dass genau das das entscheidende Problem der Hypobank gewesen ist, wurde damals leider unterschlagen. Die Medien berichteten damals von einem geradezu genialen Schachzug, mit dem Stoiber diese Fusion eingefädelt habe, indem sie steuerfrei vonstatten gehen konnte. Es gab damals für den bayerischen Staat einen Steuerausfall von 2,5 Milliarden Euro, den diese Fusion gekostet hat.

Jetzt geht das Ganze den Bach runter, und die Staatsregierung hat nichts, aber auch gar nichts vermocht, um die Übernahme der Hypo-Vereinsbank abzuwenden, und der Bayerische Ministerpräsident ist vollständig abgetaucht. Er hat diese schwerwiegend negative Entscheidung für

Bayern bisher mit keinem Wort kommentiert, geschweige denn, dass er irgendetwas unternommen hätte, um sie zu verhindern.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Er hat das mental noch nicht verkräftet!)

Es kommt noch hinzu, dass der Freistaat Bayern bei der Hypo-Vereinsbank Stiftungsvermögen im Wert von mehreren Hundert Millionen Euro durch eine falsche Anlagestrategie verloren hat. Das Stiftungsvermögen betrug 1,2 Milliarden Euro. Sie, Herr Kollege Falthäuser, können mir sagen, wie der Börsenstand heute ist. Der Wert dieser Anlage wird heute vielleicht 600 Millionen Euro betragen. Das heißt, Sie haben allein durch Ihre verfehlte Anlagestrategie, die Kollege Schieder im Ausschuss jahrelang kritisiert hat,

(Beifall bei der SPD)

bei der Hypo-Vereinsbank für den Freistaat Bayern 600 Millionen Euro in den Sand gesetzt.

Das gleiche Muster, die gleichen Pannen gibt es immer und immer wieder. Bei der Maxhütte haben Sie kein Konzept für den Erhalt des einzigen Stahlstandortes in Bayern gefunden. Bei Viag haben Sie erst die Schaffung dieses großen bayerischen Industriekonzerns bejubelt und haben dann zuschauen müssen, wie er von Veba übernommen wurde und jetzt den Sitz in Düsseldorf hat. Kein einziger Bayer hat bei Eon heute noch ein Wörtchen mitzuschmecken. Alles ist den Bach hinuntergegangen.

Bei der Firma Kirch war es das Gleiche. Sie haben gejubelt, Herr Huber, als die Kirch-Gruppe Formel 1-Rechte gekauft hat. Sie haben persönlich mitgewirkt, als dieses schlechte Geschäft zustande kam. Danach haben Sie sich gar nicht mehr erinnern können, dass Sie das selbst eingefädelt haben. Bei Grundig war es so, bei Fairchild Dornier war es so. Es ließe sich eine ganze Liste vortragen, und das wäre noch eine unvollständige Liste.

Ich komme zum Schluss und fasse zusammen. Diese Beispiele zeigen eindeutig: Überall dort, wo die Staatsregierung in der Unternehmenspolitik Einfluss nimmt, erleben Sie ein Debakel. Lassen Sie die Finger von Unternehmenspolitik, Sie können es nicht!

(Beifall bei der SPD)

Ein Wirtschaftsminister Stoiber, ganz abgesehen davon, dass sich diese Frage Gott sei Dank so nicht stellt, wäre ein Desaster für Deutschland. Das zeigt sein Debakel hier in Bayern.

(Beifall der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Worum Sie sich kümmern sollten, meine Damen und Herren – –

(Zuruf von der CSU: Um die Zeit!)

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, ich bin schon sehr großzügig mit der Redezeit.

Franz Maget (SPD): Der letzte Satz: Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten endlich durch eine gute Infrastruktur und durch eine gute Bildungspolitik in unserem Land die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Unternehmen hier erfolgreich arbeiten können. Das reicht; das wäre allerdings auch überfällig.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Bernhard.

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Maget, das allermeiste, was Sie hier vorgetragen haben, ist weder aktuell noch besonders originell.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Das haben wir hier im Hause schon mehrmals diskutiert. Es zeugt davon, dass Ihre politische Innovationskraft sehr gering ist und hauptsächlich aus Polemik besteht, die Sie hier zum Besten gegeben haben.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber wenn es danach geht, dann dürften Sie überhaupt nichts mehr sagen, weil Sie immer nur alte Klamotten auspacken!)

Was Sie hier auf den Tisch gelegt haben, ist ein Sammel-surium völlig unterschiedlicher Tatbestände, für die Sie die Bayerische Staatsregierung verantwortlich machen wollen, aber die sind mit nichts anderem verbunden, als dass Sie hier ein bisschen Wahlkampf machen wollen, noch dazu Wahlkampf mit Oldtimern.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Ich will auf ein paar Punkte eingehen. Die Privatisierung haben Sie angesprochen. Die Privatisierung in Bayern war sehr erfolgreich. Dem stimmen Sie zu. Wunderbar. Nur, was haben Sie gemacht? – Sie haben zunächst gegen die Privatisierung protestiert, polemisiert, von der Verschönerung des Tafelsilbers gesprochen. In der zweiten Stufe haben wir uns darüber gestritten, wie man das Geld verwendet. Wir haben es für Zukunftsinitiativen und -offensiven eingesetzt. Was haben Sie gemacht? Sie haben gefordert, wir sollten das in den Haushalt geben, genauso, wie Sie es im Bund gemacht haben, wo das Geld verdampft ist.

Dritte Stufe. Herr Kollege Kaiser, die SPD fordert die Privatisierung von Eon-Aktien. Wunderbar, guten Morgen SPD! So weit zu Ihrer Privatisierungspolitik, die Sie hier in Bayern betrieben haben. Gewiss ist in einer dynamischen Wirtschaft nicht berechenbar, wie sich Unternehmen entwickeln und wo sie ihren Sitz haben. Es war sicher eine gewisse Illusion, dass man geglaubt hat, man könne auf

Dauer den Sitz in Bayern halten, keine Frage. Nur, was haben Sie denn gemacht? – Sie haben eine Energiepolitik gemacht, die die Eon-Aktien ganz massiv nach unten getrieben hat, weil Sie die Unternehmen und auch die Bürger mit riesigen Energiekosten belastet haben; seit 1998 23 Milliarden Euro, Herr Kollege Maget! Sie haben damit dem Energiestandort Bayern viel massiver geschadet, als es die Frage tut, ob der Sitz von Eon hier in Bayern ist oder in Düsseldorf. Das Erlebnis haben wir ja in diesen Tagen, wo die deutsche Aluminiumindustrie ankündigt, ins Ausland zu gehen. Das ist das Ergebnis der Energiepolitik und Industriepolitik, die Sie betreiben.

Jetzt nehme ich das andere Beispiel, wo Sie am Anfang auch große Schwierigkeiten gemacht haben. Wir hätten heute keinen A 380, und wir hätten keine Deutschen im Vorstand

(Zuruf des Abgeordneten Peter Hufe (SPD))

von Airbus – so ist es natürlich –, wenn es nach Ihnen gegangen wäre,

(Franz Maget (SPD): Wo wird denn der gebaut? Wird der denn in Bayern gebaut?)

und wir hätten keinen Flughafen da draußen, wenn nicht Franz Josef Strauß damals die wichtigen und richtigen Weichenstellungen getroffen hätte. Das sind Ihre politischen Pleiten und Pannen in der bayerischen Politik; wenn Sie ehrlich wären, würden Sie das zugeben.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wo denn? Da fällt Ihnen nichts ein!)

Herr Kollege Maget, der Verlust von Arbeitsplätzen, die Insolvenz von Unternehmen in Bayern, das ist eine sehr ernste Angelegenheit, der man nicht mit Polemik beikommen kann, wie Sie das hier getan haben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir dürfen es nicht! Das dürfen nur Sie!)

Wie spielt sich denn das in der Praxis ab? Ein Unternehmen – ich erinnere mich noch an die Demonstrationen in Sulzbach-Rosenberg – droht in Insolvenz zu gehen. SPD und Gewerkschaften protestieren, machen Transparente, auf denen steht: „Staatsregierung hilf!“ Dann hilft die Staatsregierung,

(Franz Maget (SPD): Eben nicht!)

und dann ist es im Einzelfall natürlich so, dass nicht jede Sanierung gelingt. Hunderte gelingen lautlos, aber einige gelingen leider nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Und da gehen Sie her und polemisieren und sagen, die Staatsregierung sei schuld. Das ist billig, das ist unseriös, und das ist verantwortungslos.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke, dass sich die betroffenen Arbeitnehmer die Augen reiben werden über das, was Sie hier verzapfen. Das kann ich Ihnen sagen, und das ist auch mit ein Grund, warum die SPD in Deutschland nicht mehr die Partei der Arbeitnehmer ist, wie Sie inzwischen wissen.

Was ist denn das eigentliche Problem? Warum gehen denn Arbeitsplätze hier kaputt? Warum werden denn Arbeitsplätze verlagert? – Daran sind doch im Wesentlichen Sie schuld, weil Sie Ihre Reformverweigerung in Berlin gepflegt haben.

(Widerspruch bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So? Das ist ja die Höhe!)

– Natürlich ist das so. Da brauchen Sie nicht zu lachen. Das ist sehr ernst. Wir verlieren jedes Jahr in Deutschland 260 000 industrielle Arbeitsplätze. Wenn Sie das weitermachen könnten, wovor uns Gott bewahre, dann wäre die Bundesrepublik im Jahr 2030 industriefrei, mit allen Folgen. Sie wäre nicht nur industriefrei, sondern auch eine Menge Dienstleistung und Forschung wäre mit abgewandert.

(Johanna Werner Muggendorfer (SPD): Hören Sie doch auf!)

Das, meine Damen und Herren, neben Managementfehlern und anderen – das will ich gar nicht in Abrede stellen –, ist der Grund, warum Industriebetriebe in Deutschland und in Bayern in die Knie gehen und abwandern. Ihre Unternehmenspolitik – Sie kritisieren unsere! – produziert im Jahr rund 40 000 Pleiten. Das sind Ihre Pleiten und Ihre Pannen und nicht die der Bayerischen Staatsregierung.

Ich will eines ganz klar sagen: Sie tun so, als säße die Bayerische Staatsregierung im Vorstand der Hypobank und im Aufsichtsrat und würde dort die Dinge regeln und steuern. Das ist doch überhaupt nicht der Fall und überhaupt nicht möglich. Das wissen Sie ganz genau.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser (SPD) – Dr. Martin Runge (GRÜNE): Stoiber hat so getan vor der Fusion!)

Es ist mehr als scheinheilig und verantwortungslos, wenn Sie hier so tun, als ob Risiken übernommen würden. Meistens ist es zunächst im politischen Einverständnis, und dann schlagen Sie sich in die Büsche, schreien laut und tun so, als hätte die Bayerische Staatsregierung dafür die Verantwortung. Ich bin sicher, dass Sie auch mit dem heutigen Unternehmen der Aktuellen Stunde eine Pleite erleben werden, weil die Menschen, die betroffen sind, sehen, dass Sie hier eine ganz schäbige Parteitaktik betreiben.

Wir sind der Meinung, dass diese Politik, mit vernünftigen Sanierungskonzepten Unternehmen zu helfen, sie am Standort zu halten, richtig ist. Das wollen wir auch weiter tun, auch wenn es in Einzelfällen leider nicht erfolgreich ist. Bei einigen dieser Unternehmen, die Sie angesprochen haben, gibt es natürlich auch technologische Probleme. Aber hier ist es so, dass auch die Bayerische Staatsregierung nicht diese Technologie produziert und

auch nicht für die Markteinschätzung zuständig ist, sondern das sind die Unternehmen. Aber wir tun alles, um eine Technologiepolitik zu betreiben, die Rahmenbedingungen schafft, dass Unternehmen in Deutschland bleiben können.

Und was tun Sie, Herr Kollege Maget, gerade hier in München? Sie sind gegen die Neutronenquelle! Sie machen in Berlin ein Gentechnikgesetz, das in absehbarer Zeit dazu führen wird, dass wir in Deutschland bestimmte Bereiche der Gentechnik nicht mehr haben werden und auch keine entsprechenden Arbeitsplätze mehr haben werden. Genauso sind Sie jetzt gegen den Transrapid, der ein wichtiges industriepolitisches Projekt ist.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Seit 150 Jahren!)

Das sind Ihre technologischen Pleiten, Herr Maget, die Sie produzieren und die die Zukunft des Standorts Bayern schädigen würden, nicht die der Bayerischen Staatsregierung.

Noch eine Bemerkung zu Kirch, nur ganz kurz, wir haben leider nicht viel Zeit. München ist eine Medienmetropole. Ich sage, dass hieran Herr Kirch und die Medienpolitik der Bayerischen Staatsregierung Anteil daran haben, Herr Kirch einen maßgeblichen, auch wenn er später in wirtschaftliche Probleme gekommen ist. Tausende von Münchnern und Bürgern im Umland verdanken Herrn Kirch ihren Arbeitsplatz. Ich denke, dass die kein Verständnis haben werden für Ihre permanente Polemik.

Was tun Sie denn hier am Medienstandort München? Ich habe von der SPD noch nie etwas zum Medienstandort Bayern und München gehört, weiße Karte, außer dass Herr Ude in München manchmal Verserl vorliest und Bücher für Radfahrer herausgibt. Ansonsten tun Sie für den Medienstandort München überhaupt nichts, meine Damen und Herren.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist unglaublich! Jetzt reicht es! – Karin Radermacher (SPD): Ist das keine Polemik?)

Eine letzte Bemerkung zur Hypo. Ich bin der Meinung, die Fusion war damals richtig. Es war der Versuch, eine größere Bank in Bayern zu schaffen. Die Staatsregierung ist nicht für das operative Geschäft zuständig, auch nicht für die Risiken, die es damals gegeben hat, die es im Übrigen in vielen Banken gegeben hat, nicht nur bei der Hypo-Vereinsbank. Das ist ein Problem der Struktur der Banklandschaft in Deutschland, über die wir seit Jahren diskutieren und die noch weitere Fusionen notwendig machen wird. Insofern gibt es überhaupt keinen Grund zur Aufregung und zur Polemik.

Meine Damen und Herren von der SPD, ich glaube, dass Ihr heutiges Unternehmen, diese Aktuelle Stunde, insgesamt wirklich eine Pleite ist, weil Sie nichts beitragen können außer Polemik in der bayerischen Politik, nichts Positives, nichts Konstruktives. Unsere Privatisierungspolitik war erfolgreich, und die Hilfestellung für in Not geratene Unternehmen ist bei vernünftigen Sanierungsperspektiven wirtschaftspolitisch sinnvoll und sozialpolitisch

notwendig, auch wenn das die SPD, die Partei der Arbeitnehmer, wofür sie sich rühmt, offenbar nicht mehr sehen will.

Die Botschaft der SPD in dieser Aktuellen Stunde an die Arbeitnehmer ist, dass sie offenbar nicht gewillt ist, in solch schwierigen Fällen, in Schieflagen vernünftig zu helfen,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Helfen wäre ja recht, aber nicht in die Pleite führen!)

sondern dass der SPD parteipolitische Ränkespiele wichtiger sind

(Beifall bei der CSU)

als eine solide und seriöse Politik. Aber auch dem, meine Damen und Herren, können die Wähler in Bayern am 18. September begeben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ist Ihre halbe Stunde bald um?)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer wieder das gleiche Lied, das gleiche Spiel: Gibt es etwas Erfolgversprechendes zu vermelden, dann reklamieren Stoiber und die Seinen sofort die Urheberchaft, und bei schlimmen Ereignissen wie auch bei schlimmen Zahlen wird jedes Mal abgetaucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist egal, ob es sich hierbei um gesamtwirtschaftliche Daten oder um Unternehmensschicksale handelt. Geht's gut, war's Stoiber, geht's schlecht, waren es immer die anderen.

Die Liste der Pleiten, von Pech und Pannen ist ellenlang. Ein paar Unternehmen sind genannt worden. Die Hypo-Vereinsbank, Grundig, Bayernwerk, Maxhütte, LWS, Kirch, aber auch die ganzen Onlineaktivitäten mit den Telecentern könnten wir herausbrechen, die OWZ GmbH und viele Unternehmensschicksale mehr, wo es ganz massiven Einfluss der Staatsregierung gab, auch wenn Herr Bernhard treuherzig versucht hat, uns etwas anderes glauben zu machen, und wo es dann eben massiv schief gegangen ist.

Ich erlaube mir, geschätzter Kollege Maget, die Liste in der Überschrift noch zu erweitern. Ich sage nämlich: Pleiten, Pech, Pannen, Rechtsbrüche und Filz. So muss man es nämlich nennen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich greife einige wenige Beispiele heraus: Die Maxhütte ist kurz angesprochen worden. Im Grunde muss das Fazit wirklich lauten: Kaputtsanierung auf dem Rücken der Beschäftigten, gut 500 Millionen Mark an Steuergeldern in den Sand gesetzt, davon die letzten 74 Millionen Mark wirklich illegal gegen die Vorschriften des einschlägigen Stahlbeihilfekodex. – So viel zu den Rechtsbrüchen, aber dafür bringen wir noch jede Menge weiterer Beispiele. So sieht die Bilanz aus.

Dabei erinnern wir uns noch gut an die Jubelchöre, es war im Jahr 2000, über die Rettung der Maxhütte. Da haben die Herren Wiesheu und Stoiber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Wer war der Wirt? – Der Wirt war der damalige CSU-Freund und Großspender Max Aicher, der letztlich die Rettung verhindert hat. Es war schon vorher klar, dass er auf dem einen oder anderen Weg die Firma ausplündert, und er hat dann auch die letzte Sanierungsmöglichkeit, nämlich die Übernahme von Stahlwerk und Röhrenwerk durch Grossmann, damals verhindert. Ganz entscheidend war ja: Die Staatsregierung wollte ihrem Freund Herrn Aicher die Übernahme der restlichen Maxhütteanteile auch noch versüßen mit weiteren 180 Millionen Steuermark. Dies ist dann Gott sei Dank durch die Europäische Kommission verhindert worden. Fazit: Die Staatsregierung hat zum einen auf den falschen Mann gesetzt, zum anderen auf die falsche Technik.

Wir haben immer gesagt: Leute, Ihr müsst weggehen von der Verhüttung über Hochöfen hin zur Sekundärverhüttung. Das kostet zwar Arbeitsplätze, aber nur so ist der Laden sanierungsfähig. Leider ist das damals nicht gemacht worden gegen die großen Mehrheiten aus SPD und CSU, und heute stehen wir eben vor dem Scherbenhaufen.

Schneider Technologies ist angesprochen worden. Herr Wiesheu, es tut uns allen Leid, dass Sie damals auf einen Hochstapler hereingefallen sind. Nachdem Sie sich großartig für die Rettung des Unternehmens im Unterallgäu haben feiern lassen und auch bei den Gläubigerbanken im Wort gestanden sind, konnten Sie Ihre Fehler halt nicht eingestehen. Was ist passiert? – Systematisch ist eine Schadensabwälzungsaktion durchgeführt worden zulasten der Steuerzahler, zulasten der Letztanleger, zugunsten der Gläubigerbanken und zugunsten auch mancher Großanleger. Ebenso systematisch ist der Landtag immer wieder mit der Unwahrheit bedient worden. Die Sanierungsaktivitäten der Staatsregierung und der LfA waren so angelegt, dass sie von Anfang an keinen Gewinn für das Unternehmen und seine Mitarbeiter hätten bringen können. Fazit: Millionen an Steuergeldern sind in den Sand gesetzt worden, unter anderem auch Gelder der LfA und der Bayerischen Forschungsstiftung. Es war ein wohl inszenierter Börsenschwindel, nicht mehr und nicht weniger.

Zum Thema Hypo-Vereinsbank: Herr Bernhard hat ganz unschuldig getan. Wir haben aber vorher doch die Zitate gehört. Ist jetzt das, was vorher verkündet wurde, richtig oder das, was hinterher demontiert wurde? Beides kann ja wohl nicht zusammengehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fakt war doch: Die kränkelnde Vereinsbank musste unbedingt mit der damals schon schwer angeschlagenen Hypobank zusammengehen. Es galt schließlich, den Bankenstandort München gegenüber dem Standort Frankfurt zu stärken. Das Ganze hat sich sehr schnell als Fass ohne Boden erwiesen. Es hat sich sehr schnell erwiesen, dass viel zu viele Leichen im Keller waren, unter anderem die Immobilienfinanzierung in den neuen Ländern. Unser Ministerpräsident war ja auch in anderen Fällen sehr begeistert von diesem guten Geschäft. Es gab aber auch andere uneinbringbare Darlehen, ich nenne nur das Stichwort Kirch. Ergebnis ist jetzt das Aus für die Bayernbank, die jetzt allenfalls als Satellit von Mailand aus gesteuert wird.

Es gibt aber auch noch ein anderes sehr bedauerliches Ergebnis für den Freistaat Bayern, nämlich die Anlage der Gelder der Forschungs- und der Landesstiftung. Auch dies wurde schon kurz angesprochen. Das ist immer kritisiert worden – Sie können es beispielsweise im Rechnungshofbericht für 1993 und 1996 nachlesen, wo es ganz klar heißt: Das ist nicht rentierlich, schaut euch an, was öffentliche Anleihen an Zinsen bringen würden. Das Ergebnis war: Es musste nachgeschossen werden aus regulären Haushaltsmitteln. – Schön, dass Sie nicken, Herr Neumeier.

Gleichzeitig ist davor gewarnt worden, nur in eine Bank hineinzugehen. So etwas macht kein Anleger. Das Ergebnis ist jetzt, dass auch noch ein massiver Substanzverzehr droht. Fakt ist, dass die Stiftungsgelder missbraucht worden sind für bank-, industriepolitische und vor allem imagepolitische Ziele, und so etwas ist schlicht und einfach nicht hinnehmbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt haben wir als Presseerklärung die wunderschöne Replik des Kollegen Herrmann lesen dürfen

(Franz Maget (SPD): Airbus, das ist Klasse!)

auf das Thema der Aktuellen Stunde und auch schon den ersten zaghaften Ansatz des Kollegen Bernhard. Da lesen wir: Aktive Wirtschaftspolitik Bayerns erfolgreich. Bayern betreibt erfolgreiche Industriepolitik. Von uns klar die Botschaft: Wir sind schon immer sehr vorsichtig gewesen und haben gesagt, bestimmte Unternehmenspolitik hat der Staat, hat die Regierung nicht zu machen. Wir freuen uns über das Einlenken der SPD, wenn ich das so verstehen darf, was die Unternehmenspolitik angeht. Ergebnis der von Ihnen, Herr Bernhard, als erfolgreich skizzierten Unternehmens- und Industriepolitik ist doch, dass ein Unternehmen nach dem anderen an die Wand gefahren worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Otmar Bernhard (CSU))

Herr Herrmann, Sie geißeln in Ihrer Presseerklärung die Rekordarbeitslosigkeit. In Bayern gibt es bedauerlicherweise einen ganz massiven Anstieg bei den Arbeitslosenzahlen. In absoluten Zahlen wie auch in relativen Zahlen haben wir uns gegenüber anderen Bundesländern ver-

schlechtert. Herr Stoiber ist mit dem Spruch angetreten, er wolle die Arbeitslosenzahlen halbieren. Als er im Mai 1993 anfang, waren wir bei 269 000, im Mai dieses Jahres hatten wir beispielsweise 466 000, also von wegen Halbierung. Es hat fast eine Verdoppelung stattgefunden.

In den letzten sechs Jahren schaut es im Vergleich mit Baden-Württemberg und Hessen in Bayern noch sehr viel schlechter aus. Jetzt kommt unser Wirtschaftsminister Wiesheu treuherzig mit der Ausrede – ich schaue zur Bank der Journalisten, die die Ausrede immer glauben –, Bayern würde ungleich stärker durch Zuwanderung und durch Berufspendler aus anderen Bundesländern belastet. So war es kürzlich in der „Süddeutschen Zeitung“ nachzulesen. Da empfehle ich einen Blick in die statistischen Jahrbücher. Das ist wirklich eine freie Erfindung. Der Einwohnerzuwachs Bayerns entspricht dem Baden-Württembergs, und was den Pendlersaldo betrifft, liegt er in Baden-Württemberg beim Zweieinhalbfachen und in Hessen beim Zweifachen dessen von Bayern. Diese Länder haben also mehr Pendler zu verkraften. Das heißt, diese Ausrede kann nicht ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hoderlein (SPD))

Die regionalen Disparitäten werden immer wieder bestritten. Sie sind im Grunde genommen relativ gewachsen. Schauen Sie sich doch auf der einen Seite die Zahlen von Donauwörth und Freising an, die von Coburg und Hof auf der anderen Seite! – Fazit: Kehren Sie doch bitte mal vor der eigenen Haustür, bringen Sie den eigenen Laden in Ordnung, anstatt immer nur auf die anderen zu zeigen! Ein Superminister Stoiber als Wirtschafts- und Finanzminister wäre der Super-Gau für die Republik. Diesen gilt es zu verhindern!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Staatsminister Dr. Wiesheu.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Der Ausredner!)

Staatsminister Dr. Otto Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte bei diesem Thema gern auf einige Punkte eingehen. Eine Vorbemerkung: Herr Maget, eigentlich hätte ich Ihnen bei diesen Themen im Bayerischen Landtag etwas mehr Seriosität und mehr Argumentationskraft zugetraut.

(Christa Steiger (SPD): Ausgerechnet!)

Die geistige Tieffliegerei, die hier heute praktiziert worden ist, sollte man nicht auf Dauer praktizieren. Es ist leider so.

(Karin Radermacher (SPD): Da sind wir jetzt aber gespannt auf Ihre Höhenflüge!)

Herr Runge hat eine alte Rede recycelt; die hat er hier schon dreimal gehalten, und sie kommt immer wieder. Sie

sagen, Unicredit und HVB zeigten das Scheitern der CSU-Industriepolitik.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Es geht um die Fusion Hypo-Vereinsbank!)

– Dazu will ich Ihnen mitteilen, falls Sie es noch nicht gelesen haben: Die Fusion von HVB und Unicredit ist nicht im bayerischen Kabinett beschlossen worden, sondern vom Aufsichtsrat der Hypo-Vereinsbank und vom Aufsichtsrat der Unicredit. Sie sagen doch immer, wir sollten uns raushalten. Das ist ein Beispiel, wo wir uns herausgehalten haben.

(Lachen bei der Opposition – Dr. Martin Runge (GRÜNE): Nachdem Sie sie vorher in den Dreck gefahren haben!)

– Ihr Lachen zeigt die pralle Dummheit, die Sie bei dem Thema haben. Sie tun so, als ob nur die Hypo-Vereinsbank in Deutschland Probleme hätte.

(Franz Maget (SPD): Ja, ja!)

– Jetzt passen Sie auf: Sprechen wir doch von der Fusion von Hypo und Vereinsbank. Schauen Sie sich doch die Lage einmal an! Wie war es bei den deutschen Banken in den letzten Jahren? – Die Deutsche Bank hatte massive Schwierigkeiten und hat Tausende von Leuten entlassen. Wie war es bei der Dresdner Bank? – Die Dresdner Bank hatte massive Schwierigkeiten und wäre wahrscheinlich schon – ich weiß nicht, wo –, wenn nicht die Allianz dort eingestiegen wäre.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die schmeißen doch die Leute nur raus, weil sie Gewinn machen wollen, nicht weil sie Schwierigkeiten haben!)

– Denken Sie doch erst einmal nach, bevor Sie hier quatschen! Die Dresdner Bank wäre irgendwo, wenn die Allianz sie nicht übernommen hätte. Die Übernahme der Dresdner Bank war für die Allianz und das Rating der Allianz sowie die Kursbewertung der Allianz von Schaden. Das hat aber nichts mit der bayerischen Industriepolitik zu tun.

Auch die Commerzbank hatte über Jahre hinweg größte Schwierigkeiten. Bei anderen Banken war es genauso. Dass die Banken in der Börsenbewertung in Deutschland derzeit alle weit unten sind – das war nicht nur die Hypo-Vereinsbank, sondern das gilt generell –, liegt daran, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland so miserabel ist. Das schlägt auf die Banken durch, und deswegen haben sie zu kämpfen. Und da kommen Sie daher und meinen, das wäre ein spezifisch bayerisches Problem! Das ist ein gesamtdeutsches Problem, weil in Berlin eine derart miserable Wirtschaftspolitik betrieben wird, dass es der Wirtschaft insgesamt schlecht geht.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der Opposition)

Fragen Sie doch einmal bei den Banken nach, was an Forderungsausfällen zu verzeichnen ist, wenn wir derzeit 40 000 Pleiten haben. Diese 40 000 Pleiten haben wir nicht in Bayern, sondern in Deutschland. Da schlägt die Bundespolitik durch.

(Franz Maget (SPD): Die schlechte Bundespolitik ist auch für das Logistikzentrum von BMW zuständig, oder? Ist da auch die Bundespolitik schuld? – Joachim Wahnschaffe (SPD): 17 % Rendite hatte die Deutsche Bank!)

– Jetzt passen Sie auf! Herr Clement hat zum Beispiel am Samstag vor einer Woche gesagt, man solle doch nach Branchen unterschiedliche Tarifverträge machen.

Da nenne ich Ihnen gleich einmal ein Beispiel, weil Sie von BMW reden. Machen Sie doch einmal einen Tarifvertrag für die Automobilbranche. Wie schaut dieser Tarifvertrag denn aus? Nehmen Sie BMW als Maßstab oder Audi oder Opel oder Ford? Was ist denn Ihr Maßstab?

(Franz Maget (SPD): Aha! Was ist die Konsequenz? BMW läuft gut, weil es in Bayern ist? Ford läuft schlecht, weil es in Köln ist?)

– Opel stellt zurzeit Tausende von Leuten aus. Wenn ich Ihre Argumentation nehme, müsste ich sagen: BMW läuft gut, weil es in Bayern ist. – So argumentieren Sie!

(Franz Maget (SPD): Nein, Sie argumentieren so!)

Sie argumentieren so, als ob in der Bundesrepublik alles prächtig wäre, und nur in Bayern haben wir Probleme. Das war doch Ihre Argumentation.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Sie verwechseln Ursache und Wirkung!)

Jetzt stellt sich heraus, dass in der Automobilindustrie in Bayern bei BMW und Audi die Dinge am besten laufen, bei MAN auch. Mercedes läuft gut. Dort, wo andere regiert haben – wenn Sie es schon so simpel haben wollen –, läuft es nicht gut, Sie wissen, dass Opel Tausende von Leuten ausstellt. Bei Ford hat man Debatten.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Wer hat denn auf die HVB Einfluss genommen? – Franz Maget (SPD): Ist das der Erfolg der Bundespolitik, oder?)

Bei VW hat man Schwierigkeiten, wie Sie wissen.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Das ist doch längst vorbei! – Franz Maget (SPD): Aha! Was ist die Konsequenz?)

– Ja, ja, jetzt sagt er „Aha“!

(Franz Maget (SPD): Weil BMW in Bayern ist, läuft es gut, oder wie?)

– Sie haben beanstandet, dass der Ministerpräsident in Niederbayern bei der Einweihung eines BMW-Betriebes war. Sagen Sie einmal, Herr Maget, was hat denn Herr Schröder in Leipzig gemacht? Hat Herr Schröder in Leipzig die Investition von BMW bezahlt?

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Warum steht Unicredit denn so gut da?)

Sie sagen doch, Stoiber tut so, als hätte er die Investition bezahlt. Hat denn Herr Schröder das bezahlt? Er ist in Leipzig groß aufgetreten und hat große Sprüche gemacht.

(Franz Maget (SPD): Wo war denn Herr Stoiber bei der HVB? – Gegenruf des Abgeordneten Dr. Otmar Bernhard (CSU): Jedenfalls nicht im Aufsichtsrat!)

Das ist die Entscheidung der beiden Aufsichtsräte. Genauso wie es die Entscheidung von Siemens war, die Handy-Sparte zu verkaufen. Soll das denn der Ministerpräsident entscheiden? Es war auch die Entscheidung von anderen Betrieben, zu fusionieren, oder die Entscheidung der Werften im Norden Deutschlands zu fusionieren. Da hätte auch ein Werftenkonzept von Herrn Schröder nichts bewirkt. Es war auch die Entscheidung von EADS, jedenfalls des deutsch-französischen Zweigs, jetzt drei Monate lang einen Personalstreit zu führen.

(Franz Maget (SPD): Sie haben doch gesagt, Airbus sei ein Beispiel für bayerische Industriepolitik!)

Der Bund hat zu EADS gesagt: Jetzt hört einmal zu streiten auf! – Herr Maget, Sie haben vorhin derart viel Blech geredet, dass Sie sich jetzt einmal etwas Vernünftiges anhören müssen.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der Opposition)

Noch einmal: Erklären Sie doch einmal, was Herr Schröder zu der Investition von BMW in Leipzig beigetragen hat! Gar nichts. Aber er ging hin und hat groß verkündet, wie schön das ist. Erklären Sie doch einmal, was Herr Schröder bei Porsche in Zuffenhausen zum Vertrag für Standortsicherung beigetragen hat. Der Vertrag war noch gar nicht abgeschlossen, als er kam; dafür kam er zu früh.

(Franz Maget (SPD): Stoiber kommt immer zu spät!)

Er hat gar nichts dazu beigetragen, aber der Herr Bundeskanzler kommt natürlich daher und sagt: Aha, das ist eine schöne Sache. Aber er redet nicht davon, dass die Wertschöpfung bei den Fahrzeugen von Porsche zu 80 % im Ausland erarbeitet wird. Das wird immer schön verschwiegen. Das ist dann plötzlich kein Thema mehr.

(Franz Maget (SPD): Wie schaut's denn da bei Audi aus?)

Bei Holzmann war Herr Schröder anfangs auch präsent.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das durfte natürlich nicht fehlen!)

Bei Holzmann war Schröder am Anfang auch präsent, aber dann war er verschwunden.

Leute, habt ihr denn noch nicht gemerkt, dass ihr das falsche Thema gewählt habt?

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Jetzt reden wir über eure Fehler!)

Da komme ich jetzt gleich dazu; das hätte ich fast vergessen: Bei Rodenstock waren wir natürlich präsent, um über das Thema zu reden. Das haben Sie gar nicht mitbekommen.

Die Entscheidung von Galileo Industries ist für München gefallen. Das stand auf der ersten Seite der „Süddeutschen Zeitung“ interessanterweise Herr Ude mit einem großen Artikel, obwohl er bis dahin noch gar nicht gewusst hat, was Galileo ist.

(Franz Maget (SPD): Ja, ja! Nur Sie haben es gewusst! Sie haben es ihm dann hoffentlich aber erklärt!)

– Ja, sicherlich. So ist es ja auch gelaufen. Wir befassen uns mit dem Thema in Bayern seit Jahren. Wir haben bei DLR eine Menge gemacht; wir haben schon die dritte internationale Konferenz zu dem Thema. Wir haben die Ausschreibungen für entsprechende Galileo-Dienste, auch internationale Ausschreibungen. Da machen sogar Leute aus Australien mit. Das alles ist hier gelaufen. Stolpe hat gesagt: Wir wählen Bayern; wo sollen wir denn sonst hingehen? Hier sind nämlich die besten Voraussetzungen geschaffen worden, und zwar von uns. Das tut mir Leid für Sie! Das haben wir getan im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik, im Bereich der Luft- und Raumfahrt, im Bereich der Förderung dieser Themen, auch bei der Vernetzung zwischen den Einrichtungen von EADS, DLR, Uni Bundeswehr, Technische Universität München, LMU. Die Grundlagen, die mit der internationalen Vernetzung vorhanden sind, sind hier praktiziert worden. Das wurde von meinem Haus seit dem Jahr 2000 erarbeitet.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und da hat man für die Hypo-Vereinsbank nichts machen können?)

Deswegen haben wir ja diese guten Voraussetzungen. Fragen Sie doch nach bei Alcatel, die in einem anderen Konsortium sind! Die sagen das heute auch. Ich war vor ein paar Tagen in Berlin zu einem Vortrag eingeladen, genau zum Thema Galileo. Warum werde ich eingeladen? – Es waren auch die Vertreter von Berlin-Brandenburg da, die sich an dem Thema irgendwo beteiligen wollen und die bei uns nachfragen, wie man das Thema am besten angeht.

Ich habe gesagt: Wir gehen gerne mit Ihnen eine Partnerschaft ein und integrieren sie in das Netzwerk. – Das ist der Hintergrund. Die Bundesregierung wäre gerne woanders hingegangen, aber anderswo gab es die Voraussetzungen nicht. Ihr Angriff zielt deshalb in die falsche Richtung.

Die Aussage, dass die Firma Hutschenreuther verschwunden ist, ist für mich eine neue Information. Hutschenreuther fertigt zwar kein Haushaltsporzellan mehr, produziert aber nach wie vor Hotelporzellan. Es gibt nach wie vor drei Porzellanmarken von Hutschenreuther mit Sitz in Weiden. Wo haben Sie denn gelesen, Herr Maget, dass Hutschenreuther nicht mehr in Bayern ist? Das ist etwas ganz Neues.

Sie reden von Kirch und von Pleite. Was wurde denn daraus gemacht? – Ich habe es Ihnen schon vorausgesagt: Der Betrieb von „Pro 7 & Sat 1“ wird in wesentlichen Teilen weiterlaufen, und zwar profitabel. Dazu haben Sie nichts beigetragen. Beide Sender laufen profitabel, und die Leute sind froh, dass die Sender weiterlaufen. Das war ein Problem, dessen sich Kollege Erwin Huber und ich angenommen haben.

(Franz Maget (SPD): Welche Risiken hat denn die Landesbank?)

– Lassen Sie sich Zeit. Ich stelle zunächst einmal fest, dass die Sender weiterlaufen. Sie haben gesagt, „Pay-TV“ würde eine Pleite. Aber auch „Pay-TV“ läuft weiter und ist an der Börse. Das haben Sie aber anscheinend noch nicht gemerkt. „Pay-TV“ ist an der Börse gut platziert, der Börsengang war deutlich überzeichnet. Das ist die Realität. Sie wird Ihnen wahrscheinlich nicht gefallen, aber wir haben Ihnen schon vor Jahren dargelegt, dass es so kommen wird. Und bei der Formel 1, wo die Landesbank noch hinterherarbeitet, wird es auch noch eine Lösung geben.

(Peter Hufe (SPD): Zwei Milliarden Euro!)

Das bedeutet, dass die drei wesentlichen Säulen weiter bestehen. Für die ersten beiden Bereiche sind bereits Lösungen vorhanden. Das mag Ihnen vielleicht nicht gefallen,

(Franz Maget (SPD): Doch!)

aber wir haben unseren Beitrag dazu geleistet, Sie hingegen nicht. Damit gehen wir nicht jeden Tag an die Öffentlichkeit, aber heute geben Sie uns die Gelegenheit, die Tatsachen zu schildern. Ich glaube, es ist auch an der Zeit; denn es ist viel Arbeit und viel Engagement hineingeflossen. Beides hat dazu beigetragen, dass der Medienstandort München weiterhin führend ist.

Nun komme ich zu „Walter Bau“. Interessanterweise kam es dabei zu einem gemeinsamen Vorgehen von Herrn Clement und von mir. Wir haben in Berlin Gespräche geführt.

(Franz Maget (SPD): Ja, ja!)

– Ja, ja, das haben wir. Wir haben uns die Arbeit aufgeteilt, wer mit wem redet. Wir haben in der Vorgehensweise eine klare gemeinsame Strategie gehabt. Leider ist es nicht gelungen, den Betrieb zu halten. Wer war daran schuld? Hat sich die Staatsregierung falsch verhalten, oder lag es an der Bundesregierung?

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Da gab es Fehler im Management!)

Meine Damen und Herren, in diesen Fragen sollten Sie nicht zu laut tönen. Das Gleiche gilt im Hinblick auf Dornier. Sie fragen, warum ist das schief gelaufen? – Der Bund war mit zwei Dritteln daran beteiligt, der Bund hatte sogar Federführung. Trotzdem ging die Sache daneben. Müssen wir jetzt auf den Bund schimpfen oder schimpfen Sie nachträglich auf den Bund, damit das Gleichgewicht wieder hergestellt ist?

(Franz Maget (SPD): Sie sagen, Fairchild Dornier wäre ein herausragendes Beispiel der bayerischen Erfolgsgeschichte!)

– Fairchild Dornier ist auch ein gutes Beispiel. Leider ist es aber so gewesen, dass die Entwicklung des neuen Flugzeugs nicht so gelaufen ist, wie das alle Beteiligten wollten. Der Bund war mit zwei Dritteln daran beteiligt. Das gilt für die Garantien und für die Finanzierung.

(Franz Maget (SPD): Warum sagen Sie das dann so?)

– Herr Kollege Maget, bei diesem Beispiel sind Sie hier an der falschen Adresse.

Der Sitz von Eon liegt in Düsseldorf. Der deutschlandweite Sitz von Eon Energie liegt allerdings in München. Vorher war es die Hälfte des heutigen Gebiets, jetzt ist München für den gesamten Bereich der Energieversorgung zuständig. Ich verstehe nicht, warum man sich hierüber aufregt.

(Franz Maget (SPD): Freilich!)

Ich verweise auch noch auf Grundig, damit Sie auch hier noch einmal die Tatsachen hören: Unser Anliegen war es, den Betrieb finanziell wieder vernünftig auszustatten. Darin waren wir auch erfolgreich, und das will ich hier einmal darstellen: Grundig hatte nach dem ersten Sanierungsschritt 400 Millionen DM in bar zur Verfügung. Dieses Geld wurde von Herrn Wohlschläger und von mir eingeworben, und zwar bei Phillips und bei Frau Grundig. Das war bares Geld auf dem Konto. Es wurden zudem Kreditlinien eingeräumt, die bis zum Jahr 2001 nicht beansprucht wurden. Es war abgemacht, dass die Firma von 1300 Produkten auf 300 Produkte zurückgeht. Abgemacht war auch, und zwar mit der Gewerkschaft, dass circa 500 Arbeitnehmer ausgestellt werden. Anders ging es nicht.

Was wurde aber gemacht? – Es wurde immer gesagt: Wir haben eine ausgeglichene Bilanz. Doch nach vier Jahren stellte sich heraus, dass aus der Barschaft nur Gelder

entnommen wurden, um die Defizite auszugleichen. Nach vier Jahren ging das nicht mehr. Dann gab es ein neues Fortführungsgutachten. Zu diesem Zeitpunkt verfügte Grundig immer noch über 1300 Produkte und über die gleiche Zahl von Arbeitskräften. Es wurden sogar Produktionen aus Portugal zurückgeholt, die in Deutschland nur defizitär laufen konnten. So war das. Anschließend kam die Gewerkschaft und sagte: Wir brauchen wieder Hilfe. Wir haben gesagt: Wo ist die Einhaltung eurer Versprechen? – Die Versprechungen wurden nicht eingehalten. Das Geld wurde lustig verbraucht, dann kam man wieder zum Staat und bat um Hilfe. Genau so war es.

Ein anderes Beispiel. Sie sagen, wir hätten bei der Maxhütte kein Konzept gehabt. Das hatten wir aber sehr wohl aufgelegt, und zwar eines, bei dem der damalige Finanzminister Schmerzen hatte, weil es um rund 200 Millionen DM ging. Es ist von der Europäischen Union abgelehnt worden, wie Sie wissen.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Gott sei Dank!)

– Sie sagen: Gott sei Dank. Dann brauchen Sie aber auch nicht über das Ende der Maxhütte zu jammern. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass es in den letzten zehn Jahren des Bestehens der Maxhütte keine Subventionen gegeben hat. Sie müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass im Jahr 1985, beim ersten Konkurs, alle, auch die Gewerkschaftsseite, der Meinung waren, wenn es die Maxhütte noch zehn Jahre gibt, dann sind wir gut gefahren. Die Maxhütte gab es sogar erheblich länger, gegen die Auffassung der damals Beteiligten.

Sie sagen: „Lassen Sie die Finger von Unternehmenssanierungen.“ Das ist aber das Letzte, Herr Maget, was Sie sagen können. Ich verweise auf den SPD-Antrag zum Konkurs der neuen Maxhütte, den Sie in der 14. Wahlperiode gestellt haben, Drucksache 14/78:

Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihrer Verantwortung als Hauptanteileigner in der Weise gerecht zu werden ... mit einem für die Region engagierten Investor endlich ein zukunftsfähiges Konzept auszuarbeiten ... im technischen Bereich des Stahl- und Rohrwerkes Investitionen auf den Weg zu bringen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern ...

Heute sagen Sie: Haltet euch raus! – Das ist aber das Gegenteil Ihres damaligen Antrags.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Da hat die SPD nicht gewusst, dass Sie das nicht können!)

Bei Dornier verkündet Herr MdB Barthel, SPD:

Trotz der schwierigen Haushaltslage ist es gelungen, die Bundesregierung für eine Bundesbürgschaft für Dornier ... zu gewinnen. Die Höchsthaftung beträgt 80 %, in Höhe von 260 Millionen US-\$... Dafür bürgt der Bund für die Entwicklung der Regionalflugzeugfamilie 728.

Das sind große Verkündigungen des Bundes.

Sie haben auch Dringlichkeitsanträge zu Sofortmaßnahmen für Grundig gestellt. Im Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 13/7099 heißt es:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dringend alle Möglichkeiten und Maßnahmen zu ergreifen und umzusetzen, die notwendig und geeignet sind, um Fürth und Nürnberg bei der Bewältigung akuter und struktureller Wirtschafts- und Arbeitsmarktprobleme, insbesondere bei der Firma Grundig, zu unterstützen.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Das ist richtig! – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Da hat die SPD eben noch nicht gewusst, dass Sie das nicht können!)

– Vorsicht. Die SPD hat noch nicht gewusst, wie das alles endet.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle Möglichkeiten der finanziellen Hilfe, insbesondere durch die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, auszuschöpfen, um eventuell auch mit vorübergehender Kapitalbeteiligung der Firma Grundig zu helfen, die Neustrukturierung und den notwendigen Neubeginn zur Erhaltung der Arbeitsplätze zu sichern.

Sie haben auch empfohlen, die Viag in eine Beteiligung mit Grundig hineinzuzwängen. Das alles waren Ihre Vorschläge, und ich könnte noch mehr nennen. Und heute gehen Sie her und sagen, wir sollen uns heraushalten.

(Franz Maget (SPD): Wo ist Ihre Leistungsbilanz? Was haben Sie daraus gemacht?)

Wir haben Grundig mit einer Barschaft von 400 Millionen DM ausgestattet, ohne Staatsmittel dafür zu verwenden. Doch das Ergebnis war, dass die Gewerkschaften zusammen mit dem Management es vier Jahre versäumt haben, die vorgesehene Restrukturierung durchzuführen. So ist das!

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Hauptsache, es ist nicht Ihre Schuld!)

Vielleicht nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir Betrieben, die in Schwierigkeiten kommen, helfen können, dass sie einen neuen Start machen. Ich sitze aber nicht im Vorstand und auch nicht im Aufsichtsrat. Wenn neue Startrampen gebaut wurden, dann liegt es am Management und an der Belegschaft, diese zu nutzen. Das wurde bei Grundig nicht genutzt, sondern die haben den Neustart versaut, und zwar alle miteinander.

(Franz Maget (SPD): Außer von Ihnen!)

– Ich könnte Ihnen eine Reihe von Beispielen nennen.

(Franz Maget (SPD): Alle haben es schlecht gemacht, nur einer nicht!)

– Herr Maget, ich verstehe sehr gut, dass Ihnen das stinkt; denn Ihr Angriff ist voll ins Leere gegangen. Wenn ich auflisten würde, wie viele gelungene Sanierungen wir haben, wären wir bei dieser Diskussion in einer anderen Situation. Das tue ich aber nicht, weil es den Betrieben nichts nutzt, darüber zu reden, weder wenn sie in Schwierigkeiten sind noch wenn diese überstanden wurden. Es tut nicht gut, wenn man nachträglich darüber redet.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD)
– Gegenruf des Abgeordneten Prof. Dr. Faltlhauer (CSU): Herr Maget, seien Sie ruhig und hören Sie zu!

Sie sagen, man soll die Rahmenbedingungen ändern. Da haben Sie Recht, Sie verwechseln aber den Adressaten. Warum gibt es denn in Deutschland 40 000 Pleiten pro Jahr? Früher waren es 15 000 bis 18 000. Warum verlieren wir seit Jahren Arbeitsplätze? Warum verlieren wir immer mehr Arbeitsplätze von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten? In der Industrie waren es in den letzten zehn Jahren 3,1 Millionen. Im Dienstleistungsbereich haben wir hingegen nur 1,4 Millionen neue Arbeitsplätze bekommen. In Bayern konnten wir den Wegfall zu 90 % ausgleichen. Die Rahmenbedingungen müssen stimmen, und zwar im Hinblick auf den Arbeitsmarkt, auf die Steuern und beim Sozialsystem. Wer hat das alles zu verantworten? – Sehen Sie doch auf die Bundesebene: Sie sind seit sieben Jahren an der Regierung. Was haben Sie bewirkt? – Sie haben bewirkt, dass Deutschland bei der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa das Schlusslicht ist. Wir haben in Deutschland die höchste Zahl an Betriebspleiten. Die Betriebe haben immer mehr an Substanz verloren. Die Renditen der Betriebe sind zurückgegangen. Die Investitionen sind zurückgegangen. Deshalb schwächelt die Wirtschaft bei uns. Es besteht ein Nachholbedarf an Investitionen, die aber mangels Rendite nicht geleistet werden können.

Das ist das Ergebnis der rot-grünen Politik. Das sind die heutigen Rahmenbedingungen.

(Beifall bei der CSU)

Wie steht es nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen? – Rot-Grün weiß nicht mehr weiter. Darum sagen Sie, nichts wie raus aus der Regierung, lasst doch den Schrott die anderen übernehmen, lasst doch die anderen arbeiten, lasst doch die anderen sich abmühen. Sie haben gemerkt, dass man mit Sprüchen allein nichts mehr anfangen kann, darum sind Sie auf der Flucht vor der Verantwortung. Darum sagen Sie, uns geht das Wohl der Partei vor das Wohl des Staates. Es ist sicher gescheit, dass Sie gehen, weil Sie mehr kaputtmachen als gutmachen. So ist es doch. Ihre Bilanz ist katastrophal, und dass bei dieser Bilanz Bayern nicht ausgeklammert werden kann, sondern wir auch die Probleme mitbekommen, dürfte jedem klar sein.

Im Unterschied zum Bund hat Bayern die Ausgaben für Forschung und Entwicklung erhöht. Wir bewegen uns bei 3 %, der Bund bei 2,4 %.

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Inklusiv!)

– Inklusiv!

(Zurufe von der SPD: Schämen Sie sich!)

– Schämen Sie sich doch. Ich habe Ihnen vorhin auch zugehört.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wer nachhäft, macht sich zum Affen!)

– Ist schon recht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Vielleicht können Sie mir einmal zuhören, auch wenn es unbequem ist. Ich habe Ihnen auch zugehört.

Wir haben im Laufe der letzten zehn Jahre – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Die Fakten sind so, auch wenn Sie sie nicht hören wollen. Im Laufe der letzten zehn Jahre ist der Anteil Bayerns bei den Patenten von 17 % auf 27 % gestiegen.

(Anhaltende Unruhe)

– Wenn ich Sie gekränkt haben sollte, tut es mir Leid. Ich entschuldige mich. Das ist in Ordnung, ich meine es nicht so ernst. Wenn es aber eine Kränkung ist, nehme ich es gern zurück.

Noch einmal zu den Fakten: Wir haben in den letzten zehn Jahren unseren Anteil bei den jährlich erteilten Patenten am Deutschen Patentamt über mehrere Jahre hinweg von 17 % auf 27 % gesteigert. Baden-Württemberg hat 24 %. Die beiden südlichen Länder stellen damit über 50 % der Patentanmeldungen, und ich sage Ihnen auch, warum. Wir geben 3 % des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aus. Wir haben auch ein höheres Bruttoinlandsprodukt als andere Länder, auch pro Kopf der Bevölkerung. Deswegen liegen wir proportional deutlich über dem Durchschnitt. Andere Länder geben nicht so viel aus für Forschung und Entwicklung, und deswegen liegen sie von den Zahlen her darunter. Das ist ein Verdienst des bayerischen Haushaltsgesetzgebers. Damit hängt das zusammen.

Wir haben bei den Unternehmensneugründungen – das waren auch die Initiativen der Staatsregierung und von mir – den höchsten Stand aller Flächenländer, und zwar kontinuierlich seit Jahren. Wir haben bei den Exportzahlen im Jahr 1993 eine Steigerung von 98 Milliarden DM gehabt auf 115 Milliarden Euro 2004. Bei den Klein- und Mittelbetrieben stieg der Anteil von 11 % auf circa 24 %. Wir haben die Exportquote von 30 % auf 45 % gesteigert und stehen damit an erster Stelle aller Flächenländer.

Meine Damen und Herren, das kommt nicht von ungefähr. Woher kommt es denn? – Der Bundeskanzler redet gern von Innovationen, wir in Bayern machen sie. Falls Sie es vergessen haben, sage ich es Ihnen noch einmal: Es geht um die „Offensive Zukunft Bayern I“ und die „Hightech-

Offensive“ mit Milliarden, die in Forschung und Entwicklung, in die Informations- und Kommunikationstechnik, in die Softwareentwicklung, die Biotechnologie, die Luft- und Raumfahrt, die Materialwissenschaften, die Medizintechnik, die Umweltechnik, die Nanotechnologie und in andere Bereiche gesteckt worden sind. Das hat dazu geführt, dass wir bei Forschung, Entwicklung und Patentmeldungen nach oben gekommen sind.

Das war der Schlüssel zum Erfolg, und das ist auch heute noch der Schlüssel zum Erfolg. Dem hat kein SPD-regiertes Land etwas entgegenzusetzen. Baden-Württemberg kann mithalten, aber sonst niemand. Das haben unsere Investitionen in den letzten zehn Jahren bewirkt. Und was haben wir von Ihnen bei einem der größten und wichtigsten Projekte, dem Forschungsreaktor München II, bekommen? – Widerstand. Heute ist das eine international anerkannte Einrichtung.

Meine Damen und Herren, Sie müssen mir ja nicht glauben, aber die Bertelsmann-Stiftung hat vor ein paar Tagen einen Ländervergleich veröffentlicht, bei dem der Stadtstaat Hamburg ganz vorn steht, dicht gefolgt – mit fast keinem Unterschied – vom Flächenland Bayern, wobei es ein Stadtstaat erheblich leichter hat als ein Flächenland. Gleich hinter Hamburg steht im Wettbewerb der Länder Bayern. Da wollen Sie mit einer derartigen Attacke kommen.

Es gibt auch eine internationale Erhebung über die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen, die sich „International Competitiveness Report“ nennt. Hören Sie gut hin: Hier ist Bayern im Vergleich zur letzten Erhebung zwei Plätze nach vorn gekommen, während der Bund zwei Plätze nach hinten gefallen ist. Das ist doch interessant; darüber sollten Sie einmal reden.

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch Folgendes sagen: Bayern ist beim Rating mittlerweile das einzige Land in Deutschland, das die Bewertung AAA stable outlook vorweisen kann. Das sind alles nicht unsere Bewertungen, das sind Bewertungen von Institutionen, die neutrale Bewertungen abgeben müssen. In diesen Bewertungen stehen wir durch die Bank an der Spitze, und Sie wollen mit einem negativen Beitrag kommen, wie Sie ihn heute abgeliefert haben. Ich kann nur sagen, armselig ist das, was Sie heute in der Aktuellen Stunde bieten.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pschierer. Bitte, Herr Kollege.

Franz Josef Pschierer (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Damen und Herren von der Opposition, ich hätte mir gewünscht, dass Sie uns diese Aktuelle Stunde erspart hätten, nicht weil das Wetter draußen so schön ist, sondern weil es sich um den wiederholten vergeblichen Versuch handelt, den Freistaat Bayern als Wirtschaftsstandort schlecht zu reden. Das wird Ihnen heute nicht gelingen, und das wird Ihnen in den nächsten Aktuellen Stunden auch nicht gelingen. Nachdem vorhin jemand von der Opposition gesagt hat, wir sollten hier den eigenen Laden in Ordnung bringen,

kann ich nur sagen, Sie haben nicht mehr lang die Chance, den Laden in Berlin in Ordnung zu bringen, was mich positiv stimmt. Vor diesem Hintergrund wäre es richtig gewesen, sich nicht hierher zu stellen und ein Thema in einer Art und Weise aufzugreifen, von der jeder Deutschlehrer sagen würde, das Thema wurde verfehlt. Sie haben hier Dinge vermischt und vermengt, die nicht zueinander gehören.

Wenn Sie versuchen, den Freistaat Bayern als schlechten Unternehmer darzustellen, dann darf ich Ihnen sagen, wer in der Nachkriegsgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland der schlechteste Unternehmer war. Das waren die Deutschen Gewerkschaften und Ihre Leute, die in den Vorständen dieser Gewerkschaften gesessen sind. Ich denke an die Bank für Gemeinwirtschaft, Coop, Neue Heimat und viele andere Dinge. Am Ende gab es Pleitenrekorde, für die Sie mit die Verantwortung getragen haben in 50 Jahren Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Man muss sich einmal vorstellen, in den letzten drei Jahren lag das statistische Mittel bei 40 000 Unternehmenspleiten im Jahr. Wenn man die Privatinsolvenzen dazurechnen würde, dann läge die Zahl der Insolvenzen bei 120 000 bis 130 000. Ich hätte es begrüßt, wenn Sie heute dazu Stellung genommen hätten, was Sie in den letzten Jahren getan haben, um den Insolvenzen bei den Selbstständigen in der Bundesrepublik Deutschland entgegenzuwirken.

Ich komme noch einmal zum Thema des Standortes Freistaat Bayern. Der Wirtschaftsminister hat eben den World Competitiveness Report 2005 zitiert. Wir haben Plätze gutgemacht, Sie sind nach hinten gefallen. Man kann es auch noch deutlicher sagen: Der Report zeigt, in Bezug auf Wirtschaftsentwicklung und Effizienz ist die Bundesrepublik Deutschland um 19 Plätze zurückgefallen, während der Freistaat Bayern vier Ränge gutgemacht hat. Der Freistaat Bayern ist das Land in der Bundesrepublik Deutschland, das nach wie vor Spitzenreiter bei allen wichtigen Wirtschaftsindikatoren ist. Deshalb, liebe Freunde von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, lassen wir uns diesen Standort nicht schlecht reden. Dieser Standort ist der beste Standort in der Bundesrepublik Deutschland.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wer in der letzten Woche mit dem Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags beim Verband Druck und Medien war, der konnte feststellen, es gibt keine Branche, in der wir nicht vorn liegen. Beispielsweise sind wir heute auch der Medienstandort Nummer eins. Das ist nicht Köln, das ist nicht Stuttgart, das ist nicht Hamburg, und das ist nicht Berlin, sondern das ist die Region München. Das Gleiche gilt für die Biotechnologie und die Luft- und Raumfahrttechnik. Ich denke an „Bauhaus“ und Raumfahrt und viele andere Projekte, die von der Bayerischen Staatsregierung in der letzten Zeit angestoßen worden sind.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Selbstverständnis der bayerischen Wirtschaftspolitik sagen. Otto Wiesheu hat es mehrfach deutlich gemacht; wir setzen bei

der bayerischen Wirtschaftspolitik zu allererst auf den Bestand von Firmen, die wir haben. Wir setzen auf viele Zigtausende Betriebe im Handwerk, im Handel, in der Industrie und im Gewerbe. Wir betreiben aber auch eine konsequente Technologiepolitik, die es ermöglicht, dass sich im Freistaat Bayern modernste Technologieberufe ansiedeln. Wir verstehen Industriepolitik auch als Querschnittspolitik. Wir verstehen Industriepolitik nicht als Subventionspolitik, sondern wir verstehen sie als Politik, bei der Infrastrukturpolitik, Forschungspolitik, Hochschulpolitik und viele andere Politikbereiche zueinander gehören. Deshalb hat sich der Freistaat Bayern von der wirtschaftlichen Entwicklung der anderen Länder und der Bundesrepublik Deutschland insgesamt positiv abgekoppelt.

(Anhaltende Unruhe)

Seit 1992 haben wir 34 Unternehmen veräußert oder aufgelöst. Damit wurde ein Gesamterlös von 5 Milliarden Euro erzielt. Diesen Erlös haben wir nutzbringend für den Freistaat Bayern und für die Wirtschaftspolitik des Freistaates eingesetzt. Kollege Dr. Runge, das, was Sie vorhin zum Thema „Arbeitsmarkt“ gesagt haben, stimmt auch nicht. Der Freistaat Bayern hat sich auch positiv bei der Entwicklung des Arbeitsmarktes abgekoppelt. Selbst gegenüber unserem Nachbarland Baden-Württemberg haben wir bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine positive Entwicklung gemacht. Herr Kollege Dr. Runge, das Folgende gilt insbesondere für Sie. Ich würde es begrüßen, wenn Sie endlich einmal ein bisschen dazulernen und sich persönlich weiterentwickeln würden. Ich muss es jetzt deutlich sagen: Das dumme Geschwätz und Ihre polemischen Formulierungen sollten Sie weglassen. Der Inhalt dessen, was Sie bringen, ist meistens sowieso nichts Gescheites.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Schneider Technology schmerzt schon! Das tut weh im Unterallgäu!)

Herr Dr. Runge, „wohlinszenierter Börsenschwindel“ und solche Begriffe gehören nicht in ein Parlament.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Genau das ist es aber!)

Herr Dr. Runge, ich bitte Sie wirklich, dass Sie künftig einen anderen Sprachgebrauch an den Tag legen.

(Anhaltende Unruhe)

An die Opposition insgesamt habe ich eine Bitte: Überlegen Sie es sich das nächste Mal bitte, bevor Sie wieder einen Antrag auf eine Aktuelle Stunde einreichen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage mich langsam, ob hier nur fürs Protokoll geredet wird, oder ob man sich hier im Hause gegenseitig auch noch zuhört. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Dr. Kronawitter.

Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Herren von der CSU und Herr Minister Wiesheu!

(Zuruf von der CSU: Damen haben wir auch!)

– Ich habe die Damen nicht vergessen, es haben jetzt aber nur Herren geredet. Ich hätte es gerne gehabt, wenn auch Damen geredet hätten. Wenn man Ihnen eben zugehört hat, denkt man, nur Sie könnten wirtschaftspolitisch richtig handeln, alle anderen machten es falsch. Dazu kann ich nur sagen: Mehr Demut, meine Herren und Damen, soweit sie diese Meinung mit ihren Herren Kollegen teilen, wäre in der Wirtschaftspolitik angebracht, denn es zeigt sich bei den Sanierungen immer wieder, dass auch Sie nur mit Wasser kochen können. Herr Dr. Bernhard, Sie haben Recht, Sanierungen gelingen nicht immer. Wenn ich das Risiko des Scheiterns aber von Anfang an kenne, brauche ich vorher keine so großen Sprüche zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man die großen bayerischen Sanierungsfälle zusammen betrachtet, sieht man schon eine große Palette des Scheiterns. Da ist der Titel „Pleiten, Pech und Pannen“ doch nicht falsch.

Herr Minister Wiesheu, Sie haben Galileo angesprochen. Wir haben es gerne gehört, und wir haben es uns gut gemerkt: Der Vorstandsvorsitzende von Galileo hat sich bei unserem Besuch ausdrücklich beim Bundeskanzler dafür bedankt, dass er es geschafft hat, gegen Italien zu bestehen und Galileo nach Deutschland zu holen. Das ist doch etwas, das auch Bayern dient. Deshalb sollte man dieser wirtschaftspolitischen Leistung auch Anerkennung zollen.

(Beifall bei der SPD)

Noch eine Korrektur: Hören Sie doch auf mit der Behauptung, Deutschland sei beim wirtschaftlichen Wachstum Schlusslicht. Das stimmt erfreulicherweise nicht mehr. Drei Länder kommen noch nach Deutschland – Italien, Niederlande und ein weiteres Land. Prof. Sinn hat das gesagt und erläutert.

(Thomas Kreuzer (CSU): Der vorletzte Platz reicht also schon!)

Sie werden das Prof. Sinn doch glauben. Er steht Ihnen doch viel näher als uns. In diesen Ländern sind konservative Regierungen im Amt. Eigentlich müssten es doch diejenigen, die Ihnen nahe stehen, besser können. Also stimmt das nicht, was Sie hier als Begründung anführen.

Herr Minister, es war sehr spannend, von Ihnen zu hören, was die Staatsregierung mit der Übernahme der Hypo-Vereinsbank durch Unicredit zu tun hat. Ich zitiere jetzt die „Süddeutsche Zeitung“; sie sagt: „Die HVB ist auch ein Stück gescheiterter bayerischer Industriepolitik.“

Damit hat sie Recht. Dieses Scheitern müssen sich Ministerpräsident Stoiber und die Staatsregierung zuschreiben lassen. Die Geburtshelferrolle, die Stoiber für sich beansprucht hat, als 1998 die Hypo-Bank mit der Vereinsbank fusionierte, hätte er lieber nicht übernehmen sollen. Sagen Sie nicht, es habe sich anders entwickelt. Schon damals hatte „The Economist“ geschrieben:

Der Zusammenschluss aus zwei ineffizienten Banken zu einem ineffizienten Giganten kann keine Zukunft haben.

Offensichtlich hat man diese Entwicklung in der Szene schon richtig eingeschätzt. Schon damals ging es dem Ministerpräsidenten nicht um das Schicksal der Banken. Sein Motiv war, dass die Deutsche Bank die Vereinsbank nicht übernehmen oder mit ihr nicht fusionieren dürfe, weil dadurch der Bankenplatz Frankfurt gestärkt würde. Das und nichts anderes war das Motiv. Es stimmt auch, wenn die „Frankfurter Allgemeine“ vom „weiß-blauen Trauerspiel“ – gemeint ist die HVB – und davon spricht, dass das Schicksal der HVB ein Lehrstück dafür sei, was passieren könne, wenn sich Politiker in die Belange von Unternehmen einmischen. Das ist der Punkt, und den sprechen wir heute an. Unterstellen Sie uns nicht irgendetwas anderes, und bringen Sie keine Argumente, die nicht zu diesem Thema gehören. Hier vernebeln Sie nur.

(Karin Radermacher (SPD): Das interessiert den Minister gar nicht, der telefoniert mit seinem Handy! – Franz Josef Pschierer (CSU): Der muss Sanierungen machen!)

Scheinbar hat der Ministerpräsident seine Lektion noch immer nicht gelernt. Das, was sich in der Bankenwelt als fachliche Lösung entwickelte, wollte er offensichtlich verhindern. Herr Minister, Sie wurden als Emissär zur Landesbank geschickt, damit sie sich wiederum in den Dienst nehmen lässt und der Staatsregierung zu Willen ist. Die Landesbank war aber nicht mehr zu Willen. Ich denke, das war schon sehr gut.

Kolleginnen und Kollegen, unser Thema heute ist: Wir fordern von der CSU und von der Staatsregierung weniger Sprüche, mehr Realitätsbezug und mehr konkretes Handeln.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Kupka.

(Franz Maget (SPD): Der Herr Minister soll zum Telefonieren wenigstens hinausgehen! – Karin Radermacher (SPD): Sonst telefonieren wir hier alle mit Handys!)

Ich kann jetzt nicht beurteilen, ob der Herr Staatsminister einen sehr wichtigen Anruf bekommen hat.

(Karin Radermacher (SPD): Dann soll er hinausgehen!)

Ich habe es von mir aus sehr schwer, weil ich nicht weiß, wie wichtig dieses Telefonat ist. – Herr Kollege Kupka hat das Wort.

Engelbert Kupka (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich das Thema zur heutigen Aktuellen Stunde gelesen habe, habe ich mir erst einmal die Augen gerieben. Ich habe mir gedacht, dass ich das schon irgendwo gelesen hätte; denn das Gleiche stand vor wenigen Tagen in der „Abendzeitung“. Lesen Sie das einmal nach. Dort steht es Punkt für Punkt. Ich habe mir gedacht: Die werden doch heute nicht das Gleiche vortragen. Tatsächlich, es kam dasselbe wieder. Entweder haben Sie von der „Abendzeitung“ abgeschrieben, oder Sie haben die „Abendzeitung“ mit der Vorbereitung dieser Aktuellen Stunde beauftragt. Beides ist nicht sehr kreativ. Das möchte ich einmal feststellen.

Herr Kollege Maget, dass Sie heute mit diesem Thema nicht punkten, liegt daran, dass Sie das falsche Thema zur falschen Zeit angerissen haben. Die Bürger erwarten heute, dass ihnen die Politik sagt, wie es morgen besser wird. Sie beschreiben die Vergangenheit. Sie gestalten nicht die Zukunft.

(Franz Maget (SPD): Die Hypo-Vereinsbank ist sehr aktuell!)

– Sie werden sehen, wie aktuell das ist. Da werden noch andere Themen kommen, von denen Sie glauben, dass sie aktuell seien. Das hilft uns nicht weiter. Sie haben Kirch angesprochen. Ich will nicht in die Details gehen. Das hat bereits Herr Minister Dr. Wiesheu getan. Das noch einmal zu wiederholen, würde bedeuten, mit dem Kehrbesen hinter der Kehrmachine nachzuarbeiten. Das hat nicht viel Sinn. Herr Kollege Maget, eines muss ich aber schon sagen: Ich erinnere mich an den Prozess gegen einen gewissen Herrn Breuer. Ich erinnere mich daran, dass es in diesem Zusammenhang in der Presse Meldungen über ein Gespräch in einem Hinterzimmer in Hannover gab, das zwischen Breuer und Schröder stattgefunden hat. Ich erinnere mich auch daran, was Herr Breuer gesagt hat und was dann der Auslöser für die Sache mit Kirch war, nämlich, dass man ihn nicht für kreditwürdig hält. Das sollten Sie sich einmal in Bezug auf Standortpolitik und Unternehmenspolitik überlegen. Eine solche Geschichte hat es bis dahin in Deutschland noch nicht gegeben. Ich war in Ismaning und habe mit den Leuten geredet, die bei Kirch gearbeitet haben. Die waren außer sich.

(Franz Maget (SPD): Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie das dem Bundeskanzler in die Schuhe schieben wollen?)

– Herr Kollege Maget, Sie können mich so verstehen, wie ich es gesagt habe. Sie können es auch im Protokoll noch einmal nachlesen. Ich komme jetzt zum Forschungsreaktor München II.

(Peter Hufe (SPD): Dafür hat Bayern von der Bundesregierung 340 Millionen DM gekriegt!)

– Wir sind jetzt nicht in der Medienpolitik.

Zum Forschungsreaktor: Sie haben uns viele Vorschläge gemacht, wie dieses Geld zur Deckung von Haushaltslücken verwendet werden könnte. Herr Kollege Maget, vor nicht allzu langer Zeit haben Sie hier gesagt: Dass der Standort Deutschland so gut ist, beweist auch die Tatsache, dass General Electric sich in Bayern niedergelassen hat. Sie haben Recht. Sie hätten jedoch hinzufügen müssen, dass dies nur der Fall war, weil wir den Forschungsreaktor haben.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das stimmt gar nicht! Es gibt andere Aussagen von General Electric!)

– Ohne den Forschungsreaktor wäre General Electric nicht nach Garching gegangen. Frau Kollegin Gote, die „anderen Aussagen“ haben Sie vermutlich in der dritten Etage geholt. Die sind nicht nach Garching gegangen, weil Garching landschaftlich so schön liegt.

Meine Damen und Herren, wenn wir Vergleiche mit Ländern anstellen, die ein höheres Wirtschaftswachstum als wir haben, stellen wir drei Unterschiede fest: Flexiblere Strukturen, unternehmens- und innovationsfreundliches Klima und eine geringere Staatsquote. Wir haben nicht die Absicht, Industriepolitik zu machen und uns mit Unternehmen zu messen. Wir wollen raus aus Staatsbeteiligungen nach dem Motto „gestalten, nicht besitzen“. Wir beteiligen uns nur noch an kleinen Industrieunternehmen, insbesondere dort, wo Innovation gefragt ist, wo es um Forschung und Technologie geht und wo Anstöße nötig sind. Wir brauchen Technologien, die in der Zukunft von großer Bedeutung sind.

Weil die Wahrheit – wie Schopenhauer sagte – nackt am schönsten ist, möchte ich einige „nackte Zahlen“ nennen: Bayern hat aufgrund seiner Politik – nicht aufgrund seiner Fehler – im Standort-Ranking unter 60 führenden Ländern seinen Platz von 20 auf 18 verbessert. Deutschland dagegen ist von Platz 21 auf Platz 23 zurückgefallen. So falsch kann die Politik, die in Bayern betrieben wird, also nicht sein. Deshalb lohnt es sich nicht, dieses Thema zum Thema einer Aktuellen Stunde zu machen. In Bayern wird eine hervorragende Unternehmenspolitik betrieben, wenn auch nicht alles so läuft, wie es wünschenswert wäre. Bayern liegt nicht auf einer Insel der Seligen. Wir sind in eine Politik eingebunden, die für unsere Unternehmen nicht günstig ist. Das hat der Herr Minister schon ausgeführt.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Kaiser.

Dr. Heinz Kaiser (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Anlass für die heutige Aktuelle Stunde ist der Kauf der Hypo-Vereinsbank durch ein italienisches Institut. Eigentlich handelt es sich dabei um eine Übernahme.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Ein Aktientausch!)

– Dieses Institut macht zwar nur ein Drittel der Größe der Hypo-Vereinsbank aus, verfügt aber über den doppelten

Börsenwert. Das zeigt die ganze Misere, die Sie damals mit der Fusion der Hypo-Bank und der Vereinsbank mit verursacht haben.

(Beifall bei der SPD)

– Jetzt stellt sich Herr Staatsminister Dr. Wiesheu hierher und sagt, dass sei eine Sache der Aufsichtsräte der Unternehmen, damit habe die Staatsregierung nichts zu tun. Sie verschweigen aber, dass Sie vorher versucht haben, die Bayerische Landesbank zu überreden, mit der Hypo-Vereinsbank zusammenzugehen. Sie verschweigen außerdem, dass die Bayerische Staatsregierung – insbesondere auch der Ministerpräsident – an der damaligen Fusion maßgeblich beteiligt waren.

Eine Aussage in der Presseerklärung, die Sie herausgegeben haben, ist hochinteressant. Ich zitiere wörtlich: „Dabei spielt es eine zentrale Rolle, ob Deutschland beim Thema Finanzstandort nicht nur national, sondern auch international beachtete Player hat“.

Das ist richtig. Weiter heißt es: „Leider ist es auch ein besonderes Versäumnis der Bundesregierung, hier in den letzten Jahren die Entwicklung verschlafen zu haben, und es ist bedauerlich, dass der Bund die Möglichkeiten für eine sinnvolle Gestaltung des Finanzplatzes nicht entsprechend genutzt hat.“

Was wollen Sie damit sagen? – Sie haben schon angedeutet, dass in der Bankenlandschaft neue Wege gegangen werden müssten. Bislang war die gemeinsame Position in diesem Hohen Hause, dass wir von einem Drei-Säulen-Modell der Deutschen Bankenlandschaft ausgehen, nämlich von den privaten Großbanken, den Genossenschaftsbanken und dem öffentlich-rechtlichen Sektor, den Sparkassen und Landesbanken. Das war auch die Position des Finanzministers, also die Position der Staatsregierung. Heute werfen Sie der Bundesregierung vor, dass sie diese Position, die Sie selbst verlangt haben, in den letzten Jahren nicht eingehalten habe. Das ist doppelzüngig und scheinheilig. Sie sollten einmal darlegen, wie Sie sich die Bankenlandschaft der Zukunft vorstellen und nicht nur auf Berlin zeigen und der Bundesregierung die Schuld in die Schuhe schieben.

(Beifall bei der SPD)

– Meine Damen und Herren, Herr Kollege Dr. Bernhard war heute so ehrlich und hat gesagt, die Fusion sei richtig gewesen. Er hat nicht gesagt, dass die Staatsregierung diese Fusion maßgeblich eingefädelt hätte. Ich habe hier ein Interview des Magazins „Capital“ mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber aus der damaligen Zeit. Die Überschrift lautet: „Ich war elektrisiert – Bayerns Ministerpräsident zog hinter den Kulissen die Fäden, bevor die Münchner Großbanken ihre Fusion besiegelten“. In diesem Interview heißt es: Entscheidend ist, dass in München eine schlagkräftige Superregionalbank entsteht, die gleichzeitig Europas größter Immobilienfinanzierer ist.

Das ist genau das Problem. 60 % aller Immobilienfinanzierungen im Osten Deutschlands wurden durch die Hypo-Bank beziehungsweise durch die Hypo-Vereins-

bank gemacht. Angeregt wurde dies auch von der Bayerischen Staatsregierung, siehe LWS. Dieses Stichwort ist noch gar nicht gefallen. Das war ein Staatsunternehmen, das Sie an die Wand gefahren haben.

(Beifall bei der SPD)

– Schon damals wurde nach den Stiftungen gefragt. Über die Stiftungsvermögen hat der bayerische Ministerpräsident gesagt: Wir prüfen natürlich laufend das Monitum unseres Rechnungshofes, dass die Landesstiftung und die Forschungsstiftung ihr Kapital möglichst ertragreich anlegen sollen. – Das war im Jahre 1997. Die Stiftungen haben bis zum Jahr 2000/2001 gewartet, bis sie die ersten Aktien verkauft haben. Dann gingen die Aktien in den Keller. Sie haben für die Prüfung vier Jahre gebraucht und haben solange geprüft, bis Sie den Wert der Aktien herunterspekuliert hatten. Das war das Problem, das uns auch heute bedrückt.

Herr Kollege Pschierer, Sie haben gesagt, unsere Beispiele wären alle von gestern und Geschichte. Sagen Sie das einmal den Leuten, die bei der Landesstiftung und der Forschungsstiftung Anträge stellen. Diese Leute bekommen kein Geld, weil Sie eine falsche Politik gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mich damals sehr massiv gegen diese Steuerneutralität und gegen die Fusion im Allgemeinen ausgesprochen. Ich habe einen interessanten Brief bekommen, eine Antwort auf ein Schreiben an Herrn Stoiber; die Antwort stammte von Herrn Falthäuser, heute Finanzminister, damals Leiter der Bayerischen Staatskanzlei:

Für mich ist es unverständlich, dass Sie als bayerischer Abgeordneter die geplante Bankenfusion, die den bayerischen und damit den Münchener Finanz- und Bankenplatz stärkt, negativ sehen.

Einen Satz noch, Frau Präsidentin:

Mit dem angekündigten Zusammenschluss von Bayerischer Vereinsbank und Bayerischer Hypotheken- und Wechselbank zum zweitgrößten Bankeninstitut in Deutschland werden die beiden renommierten bayerischen Kreditinstitute ihre Position im nationalen und internationalen Wettbewerb nachhaltig stärken. Beide Unternehmen sehen in ihrer klar definierten strategischen Ausrichtung zu einer Superregionalbank mit einer Konzentration auf Kernkompetenzen und einer selektiven Erschließung neuer Geschäftsfelder deutliche Wachstumspotenziale im Markt.

Schlimmer als Sie kann man sich gar nicht irren. Die wirtschaftspolitische Kompetenz von Herrn Stoiber, von Herrn Wiesheu und von Herrn Huber ist gleich Null. Meine Damen und Herren, das sollte man im bevorstehenden Bundestagswahlkampf auch dem Bürger sagen. Das Schlimmste, was Deutschland passieren kann, ist ein Superminister Stoiber in Berlin.

(Beifall bei der SPD – Dr. Otmar Bernhard (CSU): Das Schlimmste sind fünf Millionen Arbeitslose!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Kaiser, bitte sagen Sie mir vielleicht nach der Aktuellen Stunde, wie viele Sätze das gerade gewesen sind. – Herr Staatsminister Wiesheu, bitte.

Staatsminister Dr. Otto Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will kurz auf eine von Herrn Kaiser aufgeworfene Frage eingehen. Die Fusion der HVB mit der Unicredit – Sie können das auch als Übernahme bezeichnen – war eine Entscheidung der Gremien der beiden Banken. Ich sage noch einmal: Wir waren daran nicht beteiligt. Das zum Ersten.

Zweitens. Das Drei-Säulen-Modell ist das bei uns in Deutschland vorherrschende Modell – das ist richtig. Das versagt es uns aber nicht, auch einmal in andere Länder zu schauen und zu sehen, was dort läuft. Schauen Sie sich Unicredit an: Das waren vorher sechs Sparkassen plus eine oder zwei Privatbanken.

(Franz Maget (SPD): Haben Sie keine Gespräche mit der Landesbank geführt?)

– Ich habe gesagt: Die Fusion der HVB mit Unicredit war eine Entscheidung dieser beiden Kreditinstitute.

(Franz Maget (SPD): Haben Sie ein Gespräch mit der Landesbank geführt?)

– Ich führe viele Gespräche, sogar einige, die Sie nichts angehen. – Okay, dann sind wir uns wieder einig.

Hinsichtlich des Drei-Säulen-Modells kann man einmal schauen, was in Italien gemacht worden ist – die haben es intelligent gemacht – und was in Österreich gemacht worden ist – die haben es auch nicht schlecht gemacht.

(Franz Maget (SPD): Also eine Fusion der Sparkassen!)

– Nein! Vielleicht sollte man sich bei uns einmal darüber Gedanken machen, wie es insgesamt weitergehen kann.

(Franz Maget (SPD): Was empfehlen Sie denn?)

– Diese Debatte führen wir bei anderer Gelegenheit.

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass ein Wirtschaftsstandort wie Deutschland starke Banken, nicht schwache Banken braucht.

Jetzt komme ich zum Thema Bund.

(Franz Maget (SPD): Was heißt das?)

– Das sage ich Ihnen gerade. Ich komme jetzt zum Thema Bund und dazu, warum ich dem Bund Vorwürfe gemacht habe, Herr Kaiser. Vor ein paar Jahren fand eine Debatte statt; sie stand im zeitlichen Zusammenhang mit dem Irak-Krieg; sachlich war sie auch nicht völlig davon entfernt. Der Bund hatte die Sorge, dass amerikanische Investoren stärker bei unseren Banken einsteigen. Norma-

lerweise sollte man das gar nicht laut sagen. Ich sage es hier aber. Es tut mir leid, dass ich die Dinge so ausbreiten muss. Die so genannte Verbriefung von Krediten sollte über die KfW groß organisiert werden, damit die Banken wieder besser dastehen und ein besseres Rating haben, damit sie auch hinsichtlich der Börsenkapitalisierung wieder besser dastehen. Das war ein Thema, das die Verantwortlichen mit mir besprochen hatten – sie hatten mich dazu eingeladen, darüber zu sprechen. Ein Thema – wahrscheinlich ist das an allen vorbeigegangen – war die Frage, wie derartige Verbriefungen steuerlich behandelt werden. Bis dahin sind diese nämlich über Irland gelaufen, weil sie dort steuerfrei sind. Dann hat man sie bei uns auch steuerfrei gemacht, damit das Geschäft auch hier in Deutschland gemacht werden kann. Das war ein Aspekt von mehreren.

Damals gab es – daran werden Sie sich erinnern – das Angebot des Bundeskanzlers, die Postbank an die Deutsche Bank zu geben. Das hat nicht geklappt, weil die Deutsche Bank zunächst nicht zugegriffen hat. Dann war die Deutsche Bank selbst der Merger und konnte damit de facto nicht kaufen. Nach den Vorstellungen des Kanzlers – mit Unterstützung von Herrn Eichel – wäre das eine große starke Deutsche Bank gewesen.

(Franz Maget (SPD): Wie würden Sie mit der Postbank umgehen?)

Es hat dann eine andere Konstellation gegeben, ebenfalls unter Einbezug der Postbank. Diese wollte dann Herr Eichel nicht. Ich sage Ihnen jetzt auch, warum: weil es Herrn Eichel um den Bankenstandort Frankfurt gegangen ist, nicht aber um den Bankenstandort Deutschland. Das ist es.

(Franz Maget (SPD): Wie würden Sie mit der Postbank umgehen?)

– Diejenigen, die es betrifft, haben meine Anmerkung sehr wohl verstanden. Dass Sie sie nicht verstanden haben, wundert mich nicht. Es geht um das Thema: Macht man Politik für eine Region, nämlich für die Heimatregion von Herrn Eichel, Frankfurt, oder macht man Politik für Deutschland insgesamt? Das war die Anmerkung, die ich hier kritisch angebracht habe. Es ist falsch zu sagen: Die Postbank passt zur Deutschen Bank, aber über andere Themen reden wir nicht. Das ist auch nicht das, was ich von einer Bundesregierung erwarte, die sich um den Bankenplatz Deutschland kümmert.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Sie haben jetzt nichts gesagt, gar nichts!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Stöttner, bitte. Herr Kollege Stöttner hat jetzt das Wort.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren, ich spreche heute erstmals vor dem Hohen Haus.

(Allgemeiner Beifall)

Leider muss ich aber sagen: Diese Diskussion in der aktuellen Stunde kommt mir so vor, als würde man mit zugeklebter Frontscheibe und mit Blick in den Rückspiegel in die Zukunft schauen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Märkte der Welt, meine Damen und Herren, suchen Bayern als Partner, suchen den Spitzenplatz Bayern. Glauben Sie mir: Unsere Freunde beispielsweise in Kalifornien wissen, warum sie Bayern als Partner wählen.

Doch, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zum wirklich Wichtigen. Bayern und Deutschland brauchen bessere Rahmenbedingungen. Die Menschen in Deutschland hatten im September 1998 die rot-grüne Bundesregierung mit großer Hoffnung, mit einer enormen Erwartung gewählt. Alle waren 1998 zuversichtlich, dass nun die Blockadepolitik, die Sie uns heute vorwerfen, durch die SPD beendet wird und neue Reformen das Land nach vorne bringen.

Doch wie sieht es nach sieben Jahren rot-grüner Regierung aus? Die wichtigsten Indikatoren für die wirtschaftliche Lage im Lande stehen im roten Bereich. Das Problem Nummer eins ist die Arbeitslosigkeit. Wir sind mit einer außerordentlich hohen Arbeitslosigkeit konfrontiert. 2005 – jeder weiß es – gibt es in diesem Lande über 5 Millionen Arbeitslose. Wenn man aber ehrlich ist – das verlange ich von mir und auch von Ihnen allen –, fügt man hinzu, dass diese Zahl durch die Zusammenlegung der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe, also auf einen statistischen Effekt zurückzuführen ist.

Eine wichtige Kennzahl ist allerdings die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; denn sie sagt alles über die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und somit etwas über die Tragfähigkeit unseres Sozialversicherungssystems aus. Mit nur knapp 26 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, also mit nur einem Drittel unserer Bevölkerung, sollen wir unseren Sozialstaat finanzieren. Meine Damen und Herren, diese Zahl zeigt die Dramatik am Arbeitsmarkt.

Die rot-grüne Bundesregierung wollte 1998 die Zahl von 3 Millionen Arbeitslosen halbieren. Rot-Grün hat kein tragfähiges Konzept zum Lösen des Kernproblems Arbeitslosigkeit. Die Regierung hat das Ziel nicht erreicht. Rot-Grün wollte Deutschland voranbringen. Deutschland ist aber das Schlusslicht in Europa.

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Das ist doch nicht wahr!)

– Deutschland ist Schlusslicht in Europa, Frau Kollegin Dr. Kronawitter. Die Regierung hat das Wachstumsziel nicht erreicht. Die Bundesregierung wollte einen ausgeglichenen Haushalt. Insgesamt haben wir aber 183 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Die Bundesregierung hat auch dieses Ziel nicht erreicht.

Was brauchen wir, meine Damen und Herren, meine lieben Kollegen? – Deutschland und jedes Bundesland

brauchen gute Rahmenbedingungen und solide Finanzen. Wir brauchen den Mut zu niedrigen und einfacheren Steuern. Wir brauchen eine preisgünstige und sichere Energieversorgung. Wir brauchen die Entlastung der Bürger und der Wirtschaft durch einen wirklichen Bürokratieabbau. Wir brauchen die Stärkung des Mittelstandes und der Unternehmensnachfolger. Unser Minister Wiesheu hat als Beispiel die Erbschaftsteuermodelle genannt. Wir brauchen eine gesunde Umwelt mit einer wirklich modernen Landwirtschaft.

Was wir ganz besonders brauchen, ist eine Wertevermittlung an unsere Kinder, und wir brauchen mehr Eigenverantwortung für unsere Eltern.

Unser Ziel wird sein, die Wohlstandslücke zu anderen Ländern zu schließen. Unser Ziel wird sein, den hunderttausend Leistungsträgern, die Deutschland jedes Jahr verlassen, wieder eine Heimat für Forschung und Erfindungen zu geben. Wir waren das Land der Erfinder und Denker, und das müssen wir wieder werden.

Die Damen und Herren der rot-grünen Bundesregierung geben den Menschen keine Hoffnung. Die Menschen möchten ehrliche, wenn auch unangenehme Antworten. Die Menschen möchten, dass es zwischen Reden und Handeln keinen Unterschied gibt.

(Zurufe von der SPD)

Das Wichtigste, was wir als Politiker zu verspielen haben, ist unsere Glaubwürdigkeit. Wir brauchen daher einen Wechsel. Sie werden sehen: Die CDU/CSU kann es besser.

(Beifall bei der CSU – Lachen und Widerspruch bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hufe. Bitte schön, Herr Kollege.

Peter Hufe (SPD): Kolleginnen und Kollegen, Frau Präsidentin! Lieber Kollege Stöttner, ich will nicht auf Ihre Rede eingehen und Ihnen nicht alle Illusionen rauben, was Sie in diesem Landtag noch erwartet. Ich gehe auf die Rede des Kollegen Dr. Bernhard ein, weil dieser einiges gesagt hat, was richtig zu stellen ist, bevor ich auf die Causa Kirch zu sprechen komme.

Erstens. Rot-grün regiert München – das sollte Ihnen nicht entgangen sein. Das Filmfest in München sollte Ihnen auch nicht entgangen sein. Media-Works sollte Ihnen auch nicht entgangen sein. Sie haben gefragt, was wir für die Medienpolitik leisten würden. Sie kommen aus München. Sie sollten Herrn Dr. Wiczorek, den Referenten der Stadt München für Arbeit und Wirtschaft, kennen. Er hat mehr für die Medienpolitik in München geleistet, als Sie sich vorstellen können.

(Beifall bei der SPD – Dr. Otmar Bernhard (CSU): Ein Dampfplauderer!)

Zweite Anmerkung. Der Forschungsreaktor in Garching ist ein wunderbares Beispiel.

(Wortmeldung des Abgeordneten Prof. Dr. Kurt Faltthäuser (CSU))

– Wir befinden uns in der Aktuellen Stunde, Sie dürfen keine Zwischenfrage stellen. Sie dürfen sich wieder setzen. Wären Sie bei der Eröffnung des Filmfestes gewesen, hätten Sie wie gewohnt Ihr Grußwort halten können. Ich hatte mich doch so sehr darauf gefreut. Aber leider, leider waren Sie verhindert. Dafür war es wie immer ein Genuss, Oberbürgermeister Ude zuzuhören.

Ich war anwesend, als der Forschungsreaktor in Garching eröffnet wurde. Dr. Otto Schily hat geredet. 340 Millionen sind aus dem Bundeshaushalt geflossen.

(Staatsminister Erwin Huber (CSU): Was?)

Es gab Verzögerungen beim Bau. Die mögen von vielen Seiten des Hauses kommentiert werden. Aber es gab auch Verzögerungen, die durch die Berechnungen der Technischen Universität entstanden waren.

Das dritte Beispiel. Der Airbus A 380 ist ein wunderbares Projekt von europäischer Größenordnung. Wir hatten die Kernzelle hier in Bayern – bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm. Jetzt wird der Airbus in Toulouse gesteuert, in Hamburg zusammengebaut, und die Staatsregierung hat unter Strauß und Streibl fünf Freiflüge von Messerschmidt-Bölkow-Blohm bekommen.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Das ist doch lange her!)

Das ist ein Beispiel „wunderbarer“ Wirtschaftspolitik, die im Freistaat Bayern geleistet wurde. Wir hatten die Kernkompetenzen. Jetzt müssen wir aufpassen, dass uns nicht noch der Eurocopter verloren geht.

(Zurufe von der CSU)

Die Kompetenzen waren in Bayern. Nicht Sie und nicht wir hatten die Kompetenzen, aber Messerschmidt-Bölkow-Blohm hatte sie. Wo sind sie nun? – In Hamburg und Toulouse.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Stöttner (CSU))

Wer hat sie dort hingebacht? – Das Versagen der Bayerischen Staatsregierung. Daraus hätten wir viel mehr Kapital schlagen können.

(Beifall bei der SPD)

Die Causa Kirch ist erwähnenswert. Kirch ist als Filmrechtehändler in Bayern aufgestiegen und hat ein Imperium aufgebaut, das für den Medienstandort Bayern sicherlich gut war. Aber dann ist die Causa Kirch problematisch geworden. Kirch hatte schon mehr als 4 Milliarden Euro Schulden und brauchte, um die Formel 1-Rechte zu kaufen, noch einmal 1 Milliarde Euro. Die Landesbank

war schon mit einer Milliarde beteiligt. Staatsminister Huber hat sich ins Zeug gelegt, um von der Hypo-Vereinsbank 1 Milliarde Euro zu bekommen. Er hat sie nicht bekommen. Aber die Landesbank hat noch einmal 1 Milliarde Euro hineingesteckt. Also hat die Landesbank insgesamt 2 Milliarden Euro in den maroden Kirch-Konzern gesteckt. Hätte das Land Bayern die 2 Milliarden Euro nicht gegeben, wäre Kirch vorher schon Pleite gegangen. Das wäre das gleiche Ergebnis, aber der Freistaat Bayern hätte 2 Milliarden Euro mehr.

Ich werde Ihnen auch sagen, warum zwei Milliarden Euro über die Landesbank an den Kirch-Konzern gegeben wurden. Zeitweise waren 11 von 38 Aufsichtsräten Mitglieder der Staatsregierung im Vorstand der Landesbank – 11 von 38! Staatskanzleiminister Huber legte zum Formel 1-Kredit noch mal 1 Milliarde Euro auf die über 6 Milliarden Schulden, die Kirch schon hatte, mit der Begründung, wenn ein Unternehmen die Weltrechte an der faszinierenden Formel 1 halte, mache dies den Einsatz der Staatsregierung notwendig. Andere würden dafür Jubelfeste abhalten. Das sei ein big point der bayerischen Medienpolitik. Das alles geschah ohne ausreichende Absicherung.

Kollege Dr. Bernhard sprach von Ränkespielen. Aber Kirch hatte hochrangige Berater. Es gab Dr. Helmut Kohl. Er kassierte über viele Jahre hinweg sechsstelligen Summen. Es gab Dr. Theo Waigel. Auch er kassierte über viele Jahre hinweg sechsstelligen Summen. Der Bundesminister für Post und Telekommunikation Bötsch kassierte über viele Jahre sechsstelligen Summen von Kirch. Und es gab das CSU-Urgestein Scharnagl, den früheren Herausgeber des „Bayernkurier“; er kassierte über viele Jahre sechsstelligen Summen von Kirch.

(Zurufe und Widerspruch von der CSU)

– Er hat das als Chefredakteur verantwortet.

Obwohl er Mitglied des ZDF-Fernsehrates war, hatte er Beraterverträge – was mit den Richtlinien des ZDF nicht vereinbar war – bei Kirch und hat sechsstelligen Summen kassiert.

Man mag darüber nachdenken, wie das alles zustande gekommen ist. Ich lasse das offen, wie Kollege Pschierer anderes offen gelassen hat. Bei all dem Eigenlob, das die Staatsregierung über ihre ökonomische Tätigkeit legt – –

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege.

Peter Hufe (SPD): Ich bin sofort fertig. – Bescheidenheit wäre ein demütiges Zeichen, wenn man eine solche Bilanz wie bei der Causa Kirch zu verzeichnen hat, anstatt solche Töne zu spucken, wie Staatsminister Dr. Wiesheu dies getan hat. Ihnen täte Bescheidenheit gut.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld. Bitte schön.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Chapeau, chapeau. Hut ab, meine Kollegen von der SPD, die Debatte, die Sie heute geliefert haben, ist wirklich „großartig“. Sie haben Chuzpe, richtige Chuzpe. Das waren Tatsachenverdrehungen erster Güte.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Kollege Hufe, ich komme zu Ihren Anmerkungen zum Filmfest. Wenn ich mich recht erinnere, wird die Gesellschaft, die dahinter steht, gemeinsam von der Stadt und dem Land Bayern geführt. Zurzeit hat der sehr verehrte Staatsminister der Finanzen den Vorsitz im Aufsichtsrat.

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Er war aber nicht da!)

So ganz alleine das Verdienst von München ist das Filmfest doch nicht.

Erinnern Sie sich daran, dass 1994 – so hat mir Kollegin Deml erzählt – die Kollegin Renate Schmidt gefordert habe, den Forschungsreaktor in Garching nicht zu bauen. Sie habe vorgeschlagen, den Professoren die Fahrkarte für Forschungsfahrten nach Grenoble zu zahlen. Das ist die Forschungspolitik der SPD.

(Beifall bei der CSU – Dr. Otmar Bernhard (CSU): Die GRÜNEN wollten kein HEU!)

Von allen wurde schon gesagt, dass Bayern im Verhältnis zu den anderen Bundesländern wirklich hervorragend dastehe. Schauen Sie sich Niedersachsen an. Nach den Herren Schröder und Gabriel ist es pleite. Wer muss es richten? – Die CDU.

(Lachen bei der SPD)

Bremen ist ebenfalls pleite; ohne Bund geht nichts mehr. In Nordrhein-Westfalen gibt es nach 40 Jahren roter und grüner Regierung eine Rekordverschuldung, Rekordarbeitslosigkeit und desaströse Verhältnisse. Sie haben seit 1995 in Nordrhein-Westfalen die Schulden fast um das Dreifache erhöht auf 100 Milliarden Euro und gleichzeitig mit einer Wirtschaftspolitik dafür gesorgt, dass mehr als eine Million Menschen dort arbeitslos sind.

Und im Bund? Nachdem Herr Eichel von der wandelnden Spardose zum Fass ohne Boden mutiert ist, haben Sie Schulden auf Schulden gehäuft und mit einer vollständig verfehlten Wirtschaftspolitik Unternehmen aus Deutschland vertrieben. Das ist in Ihren Augen vernünftige Wirtschaftspolitik.

(Franz Schindler (SPD): Typische Rede eines Verbandsvertreters!)

Jetzt kommt Ihr fabelhafter Finanzminister Eichel und schreibt das letzte Kapitel dieser Bundesregierung, den Ausverkauf Deutschlands. Das letzte Tafelsilber wird verschleudert, das Ihnen nach sieben Jahren rot-grüner Regierung noch verblieben ist. Forderungsverkäufe. – An wen? – An verteilte Hedge Fonds.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Schindler (SPD))

Verkauf von Pensionsverpflichtungen für ehemalige Beamte von Telekom und Post, und jetzt sogar noch der Rückgriff auf das Sondervermögen aus dem Marschallplan

(Franz Maget (SPD): Mein Gott!)

zur Aufstellung eines Haushalts, der sowieso im Jahre 2006 nur noch eine Farce ist. Diesem Minister ohne Macht und Fortune, der einmal angetreten war als Sparer der Nation, gelingt einfach überhaupt nichts mehr.

Ich wiederhole: Hut ab vor Ihrem Mut, die wirtschaftlichen Tatsachen in Deutschland so zu verdrehen. Wenn jetzt am Ende dieser Bundesregierung nichts mehr vorhanden ist, was man verkaufen kann,

(Franz Schindler (SPD): Abwarten!)

dann schreien Sie nach Steuererhöhungen.

(Franz Schindler (SPD): Wer will sie erhöhen?)

Steuererhöhungen für die Reichen! Bravo! Das ist finanzpolitischer Blödsinn. Das macht einen ganz schwindelig. Erst senken Sie den Spitzensteuersatz um 5 % auf 42 % und jetzt wird er wieder erhöht. Das Ganze innerhalb kürzester Zeit! Ist das logisch? Ist das klar und ehrlich? – Nein! Das ist rein populistisch. Die Angst treibt Sie um, die Angst vor Ihren eigenen Genossen, die sich langsam um die beiden wirklichkeitsfremden Populisten Lafontaine und Gysi von der Linkspartei scharen. Sie werden es dadurch noch schaffen, dass der Standort Deutschland noch schlechter wird, als er es bereits heute ist.

(Beifall bei der CSU)

Sind Sie sich im Klaren darüber, was Sie mit diesen dummen Forderungen anrichten? Sind Sie sich darüber im Klaren, dass die Großunternehmen, die Herr Schröder bisher immer so verhättselt hat, schnellstens ihren Sitz ins Ausland verlegen werden, wenn sie merken, dass sie keine Spitzenkräfte in Deutschland mehr bekommen, weil diese Spitzenkräfte einfach zu hoch besteuert werden?

(Lachen bei der SPD)

Sie schaffen Arbeitsplätze, aber nicht bei uns, sondern im Ausland. Ihre Freunde von der so genannten „Premium-Opposition“ führen immer das Wort „Nachhaltigkeit“ im Munde. Da darf ich Ihnen noch etwas zum Abschluss empfehlen. Verabschieden Sie sich bitte nachhaltig in die Opposition. Wir werden Jahre brauchen, bis wir den Augi-

asstall in Deutschland, für den Sie mit Ihrer Wirtschaftspolitik verantwortlich sind, ausgemistet haben.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE) – Gegenruf von Staatsminister Erwin Huber (CSU))

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, nehmen Sie doch bitte für die Zurufe die Abgeordnetenbank ein. – Nächster Redner: Herr Kollege Werner Schieder.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Jetzt wird es unterhaltsam und kabarettistisch!)

Werner Schieder (SPD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will die Aufmerksamkeit nach Möglichkeit wieder auf das Thema dieser Aktuellen Stunde lenken. Gegen Ende dieser Aktuellen Stunde, verehrter Herr Kollege Maget, ist mein erstes Fazit, dass eine Aktuelle Stunde eigentlich nicht ausreicht, um ausreichend darzulegen, worin das Versagen der Staatsregierung gerade im Bereich unternehmenspolitischer und spezieller wirtschaftspolitischer Ansätze liegt. Eine Aktuelle Stunde reicht dafür nicht aus. Wir müssten im Grunde einen ganzen Plenumstag darauf verwenden, um die lange Passivseite dieser Staatsregierung zu verdeutlichen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie haben es an der leidenschaftslosen Verteidigung der Staatsregierung meiner geschätzten Ausschusskollegen Dr. Bernhard und Kupka gemerkt, dass wir nicht so ganz falsch liegen mit dem, was wir behaupten. Die wissen schon auch, wie viele Millionen, zig Millionen, hundert Millionen – und woanders eine Milliarde – finanziell durch die Politik dieser Staatsregierung versenkt wurden. Wer es nicht glaubt, meine Damen und Herren in der CSU-Fraktion, der soll doch mit denen reden; die können Ihnen das sicherlich auch erklären.

Herr Staatsminister Wiesheu, wir haben hier nicht behauptet, Sie sollten sich aus diesen Dingen heraushalten. Sie haben uns das unterstellt. Das meinen wir nicht. Wir sind schon dafür, dass eine Staatsregierung aktiv eingreift, gestaltet und etwas voranbringt.

(Zurufe von der Regierungsbank)

Unsere Aufforderung, dass Sie aktiv sein und sich einmischen sollen, bedeutet aber nicht, aus jeder Initiative, die Sie ergreifen, eine Pleite zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Aufforderung, sich da herauszuhalten, ist vielleicht in einem ironischen Sinne richtig.

(Heiterkeit bei der SPD)

Es ist schließlich nicht nur heute, sondern auch schon früher immer wieder einmal festgestellt worden, dass einer Sache in Bayern nichts Schlimmeres passieren kann – wenn man es einmal auf den Punkt bringt –, als dass der Ministerpräsident sie zur Chefsache macht.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Punkt, um den es uns geht. Es ist nicht so, dass wir Ihnen heute vorhalten, was da oder dort einmal fehlergeschlagen ist. Das kommt überall vor. Der Punkt ist, dass immer dann, wenn Sie die Verantwortung knallhart an sich zogen – ich meine die Staatsregierung – und sagten, das ist unsere Sache, dafür werden wir uns stark machen, die Zahl der Pleiten und Pannen wesentlich gestiegen ist.

Es sind schon einige Beispiele dafür genannt worden. Wenn man mehr Zeit hätte, müsste man das mit dem Beschäftigungspakt Bayern noch einmal erläutern. Da hat der Ministerpräsident versprochen, die Arbeitslosigkeit in Bayern um die Hälfte zu senken. Das war hier in Bayern. Es war nicht der Bund oder sonst irgendjemand, nein, das war die Bayerische Staatsregierung.

(Widerspruch bei der CSU)

– Nein, meine Damen und Herren, ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt. Es gefällt Ihnen nicht, dass man Sie daran erinnert. Das ist mir schon klar. Es geht aber hier darum, deutlich zu machen, welcher Widerspruch es gibt zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Propaganda und Realität. Diese Propaganda, die diese Staatsregierung mit nicht geringen Mitteln dauernd verbreitet, ist weit weg von der Realität, und das müssen wir immer wieder deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesstiftung ist schon angesprochen worden. Herr Kollege Maget, da möchte ich Sie mit Verlaub kurz korrigieren. Es ist noch viel schlimmer, als Sie es ausgedrückt haben. Eine Milliarde Euro – ein schwerer Schaden für die Landesstiftung – sind gegen den heftigen Widerstand dieser SPD-Fraktion in diesem Hohen Hause versenkt worden. Eine Pleite ist das für die Landesstiftung.

(Beifall bei der SPD)

Und es gibt noch viele andere Beispiele. Wenn Sie uns nicht glauben, lesen Sie doch die Berichte des Landesrechnungshofs, Herr Kollege Ach. Ich erinnere nur an das Zentrum Ost-West-Management, eine mit viel Propaganda in die Welt gesetzte Initiative. Das Management sollte dazu dienen, Marketing in den Ost-West-Beziehungen zu entwickeln und zu fördern. Die Staatsregierung hat sich federführend an einer Gesellschaft beteiligt und 20 Millionen dafür in die Hand genommen. Und was ist nach einigen Jahren gewesen? – Missmanagement, totale Erfolglosigkeit. Der Aufsichtsrat, in dem die Staatsregierung vertreten ist, hat versagt, und inzwischen ist das Ganze in Insolvenz gegangen.

20 Millionen Euro in den Sand gesetzt und eine Pleite dort, wo Sie initiativ geworden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ein anderes Beispiel ist die Initiative „Bayern-Online“. Dafür wurden seit Mitte der Neunzigerjahre inzwischen 180 bis 200 Millionen Euro staatliche Mittel eingesetzt. Was sagt der ORH dazu? Damit sollte ein Hochgeschwindigkeitsnetz aufgebaut werden. Faktisch existiert dieses Netz nicht mehr. Es ist gescheitert. 180 Millionen Euro wurden in den Sand gesetzt.

Oder denken wir an das Bayerische Institut für angewandte Umweltforschung. 25 Millionen Euro wurden dort in den Sand gesetzt. Das Projekt ist gescheitert. Der ORH sagt, es sei vorbehaltlos die Liquidation zu prüfen. Dies hat der ORH gesagt, und der Ausschuss hat es kürzlich beschlossen.

Top elf ist ein Projekt der Telematik. Es geht um Wirtschaft im ländlichen Raum. Dort wurden zweistellige Millionen-summen in den Sand gesetzt. Der Rechnungshof sagt, dieses Projekt sei völlig daneben gegangen und im Zusammenhang damit auch der so genannte Virtuelle Marktplatz Bayern, wobei nochmals einige zig Millionen in den Sand gesetzt wurden.

Meine letzte Bemerkung: Überall da, wo Sie die Verantwortung direkt an sich gezogen haben, meine Damen und Herren von der Staatsregierung, haben Sie die meisten Pleiten in diesem Land verursacht. Dafür sind ausschließlich Sie verantwortlich. Das muss man hier immer wieder deutlich sagen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Runge. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Schieder von der SPD hat mit Augenzwinkern, also ein bisschen ironisch, die Aufforderung an die Staatsregierung gerichtet: Haltet euch bitte heraus! – Von uns kommt diese Aufforderung ohne jede Ironie, sondern mit bitterem Ernst: Bitte haltet euch da raus! Geht nicht weiter in die Unternehmenspolitik hinein; denn das endet im Desaster! – Wir haben diese Forderung aus grundsätzlichen politischen Argumenten heraus schon immer vertreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kollege Pschierer – mit Vornamen Franz Josef – hat sich etwas an meiner Wortwahl gestoßen. Er hat als Beispiel gebracht: Zitat Martin Runge: „wohlinzenszierter Börsenschwindel“. – Kollege Pschierer ist jetzt nicht mehr anwesend, aber Sie können ihm ausrichten, dass dieser Begriff noch sehr höflich ist für das, was da passiert ist. Wir verstehen alle, dass sich Franz Josef Pschierer als örtlicher Abgeordneter hier fürchterlich schämt, dass ihm das Ganze fürchterlich peinlich ist. Von Ihrem geschätzten

Kollegen war nämlich beispielsweise in der „Mindelheimer Zeitung“ nachzulesen, er kümmere sich seit Jahren um die Geschicke des Unternehmens. Kollege Pschierer war dann völlig überrascht, als das Nachfolgeunternehmen angekündigt hat, die Produktion dichtzumachen. Er war auch völlig überrascht, als der Mietvertrag nicht verlängert wurde. Und er war noch mehr überrascht, als er in der Zeitung hat lesen müssen, dass Albert und Bernhard Schneider erklärt haben: Außer aus Zeitungsartikeln kennen wir diesen Herrn nicht. – Auch die Chefs des Nachfolgeunternehmens und die Mitarbeiter haben gesagt: Wir kennen diesen Herrn nicht. – Angeblich aber kümmert er sich seit Jahren um die Geschicke des Unternehmens.

Jetzt aber zu Ihren Ausführungen, Herr Minister Wiesheu, und auch zu den Ausführungen einiger Ihrer Kollegen im Gefolge. Niemand hier und auch niemand von Rot-Grün lobt die Arbeitsmarktbilanz, lobt irgendwelche Wirtschaftsdaten. Da gibt es nichts zu beschönigen. Das ist allerdings heute auch nicht das Thema. Das Thema heute sind die Pleiten, das sind die Pannen, und das ist das Pech – ich habe den Katalog ja schon ergänzt; denn es spielt noch einiges andere hinein – immer dann, wenn die Bayerische Staatsregierung gemeint hat, Unternehmen spielen zu sollen oder in unternehmerische Geschicke hineinzuregeln.

Was machen Sie? - Angriff ist die beste Verteidigung. Sie zeigen wiederum nur auf die anderen. Sie treiben also das Spiel, das Sie schon von jeher trefflich beherrschen. Und Sie sind sich nicht zu dumm dazu, solche Dinge wie das Ranking Bertelsmann-Stiftung zu bringen. Also bitte, das sind doch wirklich ganz einfache Methoden. Als Antwort könnte man zum Beispiel auf das verweisen, was in der „Financial Times“ zu lesen ist: „Bayern ist im Westen Wachstumsschlusslicht“. Es gab da diese tolle Studie „Einkaufsmanagerindex“. Ich habe diesen Index dann entsprechend herabgewürdigt.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Wir auch!)

Das sind alles Studien, bei denen einzelne Dinge herausgegriffen werden, und zwar ziemlich beliebig. Bei dem Ranking der Bertelsmann-Stiftung war meiner Erinnerung nach auch die innere Sicherheit dabei. Das dann wieder als Argument zu bringen, wie toll es in Bayern sei, ist meines Erachtens billig. Wenn Sie zu solchen Mitteln greifen müssen, dann zeigt das einfach, dass es bei Ihnen mit der Kompetenz nicht weit her ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Kupka hat vorhin die Frage gestellt: Hat die „Abendzeitung“ von der SPD abgeschrieben, oder hat die SPD von der „Abendzeitung“ abgeschrieben? Die Überschrift in der „AZ“ hieß nämlich genauso, wie die Aktuelle Stunde betitelt ist. Kollege Kupka hätte ein bisschen in der „Staatszeitung“ nachblättern sollen. Dort gab es vor Jahren schon einen Artikel „Pleiten, Pech und Pannen“. Er stammte aus meiner Feder. Allerdings muss man sagen, dass die Listen von Pleiten, Pech und Pannen seitdem immer länger geworden ist, und es gibt eben heute ein

aktuelles Thema, nämlich das Desaster bei der Hypo-Vereinsbank, das Ende der Bayernbank. Dazu haben wir nichts, überhaupt nichts Erhellendes zu hören bekommen.

Meine Damen und Herren, wahrscheinlich ist das auch nicht möglich, wahrscheinlich hat die CSU, wahrscheinlich hat die Staatsregierung hierzu nichts zu sagen. Sie haben sich zu schämen, aber wenigstens das sollten Sie dann auch tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Kaiser. Bitte schön, Herr Dr. Kaiser.

Dr. Heinz Kaiser (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben heute erlebt, dass sich der Wirtschaftsminister vom deutschen Bankenmodell, vom Drei-Säulen-Modell, verabschiedet hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Otmar Bernhard (CSU))

Er hat Abschied genommen von der bisherigen Position der Staatsregierung, dass Sparkassen und Landesbanken selbstständig bleiben als eigenständiger wichtiger Teil der deutschen Bankenlandschaft. Offensichtlich überlegt er sich jetzt, nach dem italienischen Vorbild vorzugehen. Ich bin gespannt, was die Staatsregierung insgesamt und vor allem der Finanzminister, der immer das öffentlich-rechtliche System hochhält, dazu sagen, was die CSU dazu sagt. Das ist in den Aussagen hier deutlich geworden.

Herr Staatsminister Wiesheu, in einem Punkt möchte ich Sie korrigieren: Ich wohne im bayerischen Teil des Rhein-Main-Gebietes. Sie haben hier sehr negativ über Opel geredet und behauptet, dass dort 10 000 Arbeitsplätze verloren gehen würden. Das ist längst passé. Sie sollten sich besser informieren.

(Zurufe von der CSU)

Opel befindet sich im Aufwind. Das Opelwerk in Rüsselsheim – in diesem Werk arbeiten auch Hunderte von Menschen aus meinem Landkreis – ist jetzt das zentrale Entwicklungszentrum von General Motors für ganz Europa. Sie sollten also außerbayerische Firmen, die auch Arbeitsplätze für bayerische Bürger bereitstellen, in diesem Hohen Hause nicht schlecht machen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Kollege Schieder hat schon auf den großen Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit hingewiesen. Natürlich kann der eine oder andere Sanierungsfall auch schief gehen. Das ist gar nicht zu vermeiden. Bemerkenswert ist aber, dass die Pleite von Holzmann, nachdem zunächst Roland Koch vergeblich versucht hat, eine Lösung zu finden – der Bundeskanzler hat das dann auch versucht –,

die Bundesrepublik Deutschland keinen Cent oder keinen Pfennig gekostet hat.

(Dr. Otmar Bernhard (CSU): Das ging aber zulasten der Mittelständler! – Weitere Zurufe von der CSU)

Im Gegensatz dazu haben Grundig, Schneider und Fairchild Dornier eine Menge Steuergelder gekostet.

(Zurufe von der CSU)

Bemerkenswert ist Folgendes: Sie haben immer eine hervorragende PR-Arbeit, wenn einmal ein Zwischenschritt erfolgt ist. Wenn die Firma aber pleite geht, dann tauchen Sie ab.

Sie, Herr Wiesheu, haben sich einen Gewerkschaftsorden, die Hans-Böckler-Medaille, umhängen lassen, verliehen aus Anlass der Rettung von Hutschenreuther und der oberfränkischen Porzellanindustrie. Was ist davon heute übrig geblieben? Das sind nur noch klägliche Reste – ein Versäumnis der Strukturpolitik der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Otmar Bernhard (CSU))

Herr Kollege Bernhard, hier lese ich in der „Süddeutschen Zeitung“:

Es war der große Tag des Otto Wiesheu. Zu früher Stunde am Mittwoch konnte er die Rettung des ehemaligen Weltunternehmens Grundig verkünden, das durch den scharfen Wettbewerb in der Unterhaltungselektronik und zahllose Managementfehler an den Rand des Zusammenbruchs geraten war. Kurz vor Mittag widerfuhr ihm die Ehre, die bisher noch keinem Politiker seiner Couleur zuteil wurde: Aus der Hand des Gewerkschaftschefs Hubertus Schmoldt erhielt Wiesheu die Hans-Böckler-Medaille, die höchste Auszeichnung, die die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu vergeben hat.

Sie lassen sich feiern für Sanierungen, und wenn die schief gehen, dann tauchen Sie ab und stehen nicht zu den Fehlern, die da unter Umständen passiert sind. Da könnte man mit den Elogen fortfahren, die damals verbreitet worden sind.

In der Liste der Fehlschläge – Kollege Schieder hat es angesprochen, ich will ein paar Namen nennen, auch aktuelle Dinge, die in den vergangenen Monaten eine Rolle gespielt haben – lässt sich anführen: Die Gesellschaft für Sondermüllbeseitigung, 20 Millionen Bürgschaft im Haushalt, 40 Millionen Euro sind an Deponieverpflichtungen übernommen worden. Die Bayerische Landesiedlung macht seit Jahren Verluste und steht zum Verkauf, der Deutsche Orden hat 200 Millionen Euro Schulden hinterlassen, nachdem er von Stoiber nach Bayern geholt worden ist. Die Kelheimer Zellstoff-Werke waren ein großer Fehlschlag. Weiteres Beispiel das Musical Lud-

wig II. Oder Quam und die UMTS-Euphorie damals. Minister Huber hat erklärt, als Quam sich in München niedergelassen hat – es war eine Fusion von Telefonica und Sonera –, er sei einen Meter hoch gesprungen. Die Firma gibt es heute gar nicht mehr. Man könnte weitermachen mit Maho/Deckel. Walter Bau und die Schmidt-Bank sind schon angesprochen worden.

Meine Damen und Herren, zur Schmidt-Bank. Wenn gar nichts mehr hilft, dann schreit Herr Schnappauf: Kreditanstalt für Wiederaufbau an Schmidt-Bank beteiligen! Wo ist der Kanzler? Hier wird kritisiert, wenn der Kanzler versucht, Holzmann zu sanieren, und im Falle der Schmidt-Bank, wo Sie versagt haben, wird gesagt – in Oberfranken –: Wo ist der Kanzler? – Das ist eine doppelzünigige Politik, Herr Kollege König.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben noch einiges zu tun.

Abschließend möchte ich zu Schneider etwas sagen, was Herr Kollege Runge angesprochen hat. Da wird man auch noch mal nachfassen müssen. Wenn laut eines Artikels der „Süddeutschen Zeitung“ der damalige Abteilungsleiter Ralf Adam sagt: „Die neue Laserzukunft ist für Adam greifbar nahe gerückt. Bis Mitte nächsten Jahres soll das Produkt marktreif sein.“ – so im Wirtschaftsteil der „Süddeutschen Zeitung“ – und dann zwei Kapitalerhöhungen folgen, wo Anleger hineingehen, dann wird das Ganze problematisch. Das sind nicht Dinge der Vergangenheit, sondern das sind Probleme, die uns noch heute beschäftigen. Da laufen noch die Prozesse, die uns vielleicht noch mal großen Kummer bereiten werden, zumindest der LfA.

Die heutige Aktuelle Stunde ist wichtig gewesen, um aufzuzeigen: Pleiten, Pech und Pannen. Die Staatsregierung hat wenig wirtschaftspolitische Kompetenz, um nicht zu sagen gar keine.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Franz Maget (SPD): Gut, Heinz!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Schade!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 a auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über die Kostenfreiheit des Schulweges (Drs. 15/3619) – Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung nicht begründet. Eine Aussprache findet ebenfalls nicht statt. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport als federführendem Ausschuss zu

überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (Drs. 15/3620)

– Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung nicht begründet. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Redezeit fünf Minuten pro Fraktion. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Weidenbusch, bitte.

Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Anlass für die Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes ist die Änderung des Gesetzes über eingetragene Lebenspartnerschaften. Dieses Gesetz wurde notwendig in der Folge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Februar 2004, das die Möglichkeit eingeräumt hat, einen einmal erworbenen Ehenamen, der nicht Geburtsname ist, auch in einer späteren Ehe als Ehenamen zu wählen. Als Folge der Tatsache, dass dies möglich ist für das Verhältnis in der Ehe, ergibt sich aus § 3 Absatz 5 des Gesetzes über eingetragene Lebenspartnerschaften, dass dies auch für eingetragene Lebenspartnerschaften möglich sein muss.

Der Zeitraum, den dieses Ausführungsgesetz erfassen wird, ist begrenzt auf die Zeit bis zum 12. Februar 2006. Er betrifft alle diejenigen, deren Ehenamenerlangung aus einer früheren Verheiratung nach einem anderen Geburtsnamen in der Zeit vor dem 12. Februar 2005 erfolgt ist.

Konkreter Anlass für dieses Ausführungsgesetz ist die Tatsache, dass im Bayerischen Ausführungsgesetz bisher keine zuständige Behörde für die Entgegennahme namensrechtlicher Erklärungen bestimmt ist und dass des Weiteren bisher nicht geregelt ist, wie die Datenübermittlung erfolgen soll. Das Gesetz regelt daher, dass die Datenübermittlung durch die zuständigen Notare erfolgen soll, und zwar entweder an den Standesbeamten, der die Geburt beurkundet hat, oder an den Standesbeamten, der das Familienbuch führt. Die Zuständigkeit dafür ist bei den Notaren. Wenn die Namensbekanntgabe gleichzeitig mit der Eintragung der Lebenspartnerschaft stattfindet, dann wird sie kostenfrei sein. Wenn sie isoliert stattfindet, fällt dafür eine Gebühr von 50 Euro an.

Eine gewisse Brisanz hat das Thema eventuell dadurch, dass wohl bekannt sein dürfte, dass die CSU verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft erhebt, sodass es auf den ersten Blick durchaus eigenwillig erscheinen mag, dass jetzt ein Ausführungsgesetz ergeht. Auf der anderen Seite ist es aber einfach so, dass man für die Betroffenen, sprich die, die einen solchen Ehenamen vor dem 12. Februar 2005 erworben haben und jetzt in einer neuen Beziehung führen wollen, eine Regelung auch im Ausführungsgesetz dann machen muss, wenn man verfassungsrechtliche Bedenken hat. Das ist einfach das Ergebnis der Abwägung zwischen den Interessen der Betroffenen und

der eigenen Meinung über die Verfassungsmäßigkeit eines vom Bund festgestellten Gesetzes.

Ich bitte daher um Zustimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes. Abschließend sage ich: Bitte ersparen Sie uns die Diskussion über die Zuständigkeit der Notare.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN – Ulrike Gote (GRÜNE): Das hätte er gerne!)

– Das hätte ich nicht gerne. Sie können sich hier so viel lächerlich machen, wie Sie wollen. Aber die Betroffenen teilen Ihre Ansicht nicht. Es gibt aus der Zahl der Betroffenen überhaupt keinen nennenswerten Protest, weil sich nämlich herausgestellt hat, dass es bei den Notaren in sehr bewährter Weise funktioniert. Da nützt es nichts, wenn Sie Ihre Meinungen und Veröffentlichungen nachlesen, sondern da müssen Sie schauen, wie die Realität in Bayern ist.

(Christine Stahl (GRÜNE): Weil Sie so viel Kontakt zu den Betroffenen haben!)

– Frau Stahl, bevor Sie zwischenrufen, wie viel Kontakt ich zu Betroffenen habe, würde ich raten, dass Sie sich mal informieren. Ich biete Ihnen auch an, dass Sie das bei mir persönlich tun. Dann sage ich Ihnen auch die Namen zu. Aber schreien Sie nicht dazwischen, wenn Sie nicht wissen, wovon Sie reden. Ich verlange auch von Ihnen, dass Sie sich informieren.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Rupp. Bitte schön, Frau Kollegin.

Adelheid Rupp (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Kollege Weidenbusch, ich werde Ihnen das natürlich nicht ersparen. Allein wie Sie heute Ihren Vortrag hier gestaltet haben, drückt schon aus, wie fern Sie Schwulen und Lesben sind. Ich sage das hier ganz bewusst, weil ich weiß, dass Sie alle immer gern den klinisch reinen Begriff Homosexuelle verwenden. Wir reden von Schwulen und Lesben.

(Widerspruch bei der CSU)

Lassen Sie mich erst mal ausreden, kommen Sie erst mal wieder runter. Das kennen wir ja auch aus dem Ausschuss. Es ist natürlich so, dass die ganzen Verpartnereien durch die Notare meist positiv gestaltet werden. Das ist richtig. Das heißt aber noch lange nicht, dass der bayerische Sonderweg politisch richtig ist. Das heißt es noch lange nicht. Das schreiben Sie sich bitte hinter die Ohren, weil alle Lesben- und Schwulenverbände, die man dazu befragt, ganz klar darin eine Diskriminierung sehen.

Das haben Sie wohl völlig vergessen. Wenn Bayern ausschereen muss und einen Sonderweg geht, dann ist das nicht in Ordnung. Wenn Herr Ministerpräsident Stoiber

sagt, die Diskriminierung von Homosexuellen sei lang vorbei, dann muss ich sagen, allein das, dass man nicht das tut, was andere Bundesländer tun, und es selbstverständlich tut, drückt aus, dass Sie sehr wohl differenzieren.

Nun zu dem, was ich eigentlich sagen wollte. Wir haben eine Bundesgesetzgebung vorliegen, und es muss angepasst werden. Nach dem, was Sie vorgetragen haben, habe ich den Eindruck, diese Anpassung erfolgt auch nur deswegen. Ihre eigene Idee wäre es sicherlich nicht gewesen. Beim Namensrecht – und der wichtigste Teil ist die Frage des Kindes, wenn es in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften lebt –, soll eine Anpassung erfolgen. Das ist der Kern und einer der wichtigsten Punkte. Ich gehe, wie gesagt, davon aus, dass dies nicht von Ihnen gekommen wäre.

Von uns aus wird es so sein, dass wir dem auch nicht zustimmen werden, und zwar nicht deswegen, weil wir der Meinung wären, dass die Bundesgesetzgebung falsch ist, sondern weil wir der Meinung sind, dass ein Gesetz angepasst wird, das wir von Grund auf ablehnen.

Wir als SPD-Fraktion werden einen eigenen Gesetzentwurf zur Änderung des Lebenspartnerschaftsgesetzes vorlegen, weil wir der Meinung sind, es geht nicht an, in einer Gesellschaft, in der es 10 % Schwule und Lesben gibt, diese nicht als gleichwertige Mitbürgerinnen und Mitbürger dieser Gesellschaft zu behandeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun noch einmal zu dem Thema: Wie geht die CSU, wie gehen Sie mit Schwulen und Lesben um? Sie haben damals gegen das Lebenspartnerschaftsgesetz geklagt. Sie sind wohl immer noch nicht in dieser Gesellschaft angekommen. Sie verweigern eigentlich jegliche Diskussion darüber, wie man das gleichberechtigt mit den anderen Bundesländern gestalten könnte und auch wie man weitere Schritte gehen könnte. Wir wissen alle, dass es sehr viele Pflichten aufgrund des Lebenspartnerschaftsgesetzes gibt. Die Rechte sind dagegen nicht so ausgestaltet, wie wir es uns vorstellen. Das heißt für uns auch –, und das werden wir immer wieder vertreten –, dass wir steuerrechtliche Möglichkeiten und Verbesserungen schaffen wollen.

Interessant finde ich zu diesem Themenbereich auch die Ausführungen der Justizministerin Frau Merk. Sie hat gesagt, mit der notariellen Regelung sei eine umfassende notarielle Beratung garantiert. Lebenspartner könnten auf diese Weise bereits bei Begründen der Lebenspartnerschaft sämtliche vermögensrechtlichen Fragen regeln. Da muss ich schon fragen, wenn das so Klasse ist: Wann bekommen wir dann die Bundesratsinitiative der CSU zur Änderung der Eheschließungen? Denn dann sollten wir doch grundsätzlich alles beim Notar machen, wenn das das Wesentliche dieser Möglichkeit der Verpartnerung ist. So kann es ja wohl nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Wie gesagt, diese herausragende Regelung hätte ich dann gern auch für die klassische Ehe. Mich würde es überraschen, wenn Sie das täten. Aber es wäre die Konsequenz aus dem, was Sie gesagt haben.

Für uns wird das weiterhin ein Thema bleiben. Wir werden keine Ruhe geben, bis der bayerische Sonderweg weg ist, bis auch Sie Schwule und Lesben als gleichwertige Mitglieder dieser Gesellschaft akzeptieren,

(Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

und bis wir so weit sind – das macht es vielleicht auch für Sie als Abgeordnete am allerdeutlichsten –, dass nach einem Christopher-Street-Day die Abschlussparty nicht nur im Münchner Rathaus stattfindet, sondern auch im Maximilianeum.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Stahl.

Christine Stahl (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Herren und Damen! Dieser Gesetzentwurf hat eines geschafft, nämlich zum perfekt richtigen Zeitpunkt als Gesetz eingebracht zu werden. Das, muss ich sagen, war wirklich gut; denn bei sämtlichen CSDs, die in diesem Land stattfinden – das ist übrigens die Abkürzung von Christopher-Street-Days, falls die Damen und Herren von der CSU das nicht wissen –,

(Margarete Bause (GRÜNE): CSD statt CSU!)

mit Tausenden von Besucherinnen und Besuchern wird es uns eine Freude sein, vor allem wenn ich bei einzelnen Schirmherrin bin, Ihren Gesetzentwurf zu zerpfücken und dazu auch noch die wunderbaren Aussagen zu demaskieren, die zum Beispiel Ihre Justizministerin in der Monatszeitschrift des LSVD getroffen hat: Wir sind ja so offen für Schwule und Lesben.

(Margarete Bause (GRÜNE): Die ist ja auch für die Großstädte zuständig!)

Ich bin sehr gespannt, wie darauf die wirklich Betroffenen reagieren werden. Um mit meinem Patenkind zu sprechen: Sie sind Pseudos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind nur scheinbar weltoffen, Sie sind scheinbar aufgeschlossen und akzeptieren auch nur scheinbar andere Lebensweisen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber scheinheilig sind Sie!)

– Das hat jetzt Herr Dr. Dürr gesagt. Ich glaube auch nicht, dass Sie uns, vor allem nach unserem Vernetzungstreffen, das wir im Landtag abgehalten haben, bei dem eine ganze Reihe der verschiedensten Gruppen und Organisationen

anwesend waren, die im Bereich Schwule und Lesben arbeiten, die sehr genau wissen, was sie wollen. Sie müssen unterscheiden zwischen dem, womit man sich

(Ernst Weidenbusch (GSU): Zwischen Berufsschwulen und Schwulen!)

– warten Sie meinen Satz ab, Herr Kollege – angesichts von Mehrheiten ein bisschen arrangiert hat, und dem, was man tatsächlich will. Die Kollegin hat es richtig gesagt: Das ist die Eintragung beim Standesamt, und zwar für alle Formalia, das heißt auch für Namensrechtsänderungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sehen uns in unserer alten Forderung aus der letzten Legislaturperiode bestätigt, dass im Grunde genommen alle diese Eintragungen und jetzt auch die neuen Möglichkeiten beim Standesamt durchzuführen sind. Was Sie vorgeben, ist ein Umweg über die Notare. Denn wie läuft denn das Ganze? Sowohl die Eintragung als auch die von Ihnen geplanten Namensänderungen müssen letztendlich ja doch beim Standesamt gemeldet werden, weil dort die Familien- und Geburtenbücher liegen. Können Sie mir erklären, was für einen Sinn das macht? Wieso gehen Sie diesen teuren Umweg über den Notar – Herr Kollege Weidenbusch, Sie haben zu Recht gesagt, dass dafür 50 Euro fällig werden, während es beim Standesamt bei bestimmten Eintragungen nur ganze 17 Euro sind –, wenn man letztendlich doch beim Standesamt landet? Der Sinn dessen erschließt sich mir nicht. Ich sehe nur, dass Sie unglaubliche Verrückungen unternehmen, die wirklich erstaunlich sind. Damit sind Sie auch bereit, Ihre eigenen Grundsätze über Bord zu werfen, Grundsätze, die heißen: Verwaltungsvereinfachung, Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens. Nein, Sie bauen noch eine Stufe rein, einfach weil Sie meinen, Sie müssten das aus ideologischen Gründen tun. Damit diskriminieren Sie – und das finde ich persönlich schäbig – Kinder in eingetragenen Lebenspartnerschaften, weil Sie sie anders behandeln als Kinder in „normalen“ Partnerschaften.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr wohl tun Sie das, wenn die Namensänderungen nur über den Notar gehen und nicht gleich beim Standesamt möglich sind. Das ist eine Art von Ungleichbehandlung. Sie wollen mir doch nicht erzählen, dass das nicht so ist. Da stelle ich fest: Ideologie schafft Bürokratie, und Sie müssen erst einmal erklären, was das soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als ich die Überschrift des Gesetzentwurfes las, habe ich gedacht: Das kann doch nicht sein. Die werden doch nicht endlich die landesrechtlichen Anpassungen vornehmen, die wir schon beantragt haben, weil es hier ebenfalls Handlungsbedarf gibt. Sie wissen ganz genau, dass in diesem Bereich für den öffentlichen Dienst noch eine ganze Reihe Regelungen fehlen. In der letzten Legislaturperiode – da waren Sie noch nicht dabei – hieß es im Ausschuss: Die Bundesebene soll erst einmal ihren Job machen, dann reden wir darüber. Die Bundesebene hat ihren Job gemacht, und ich erwarte, dass auch wir hier im

Landtag über die landesrechtlichen Regelungen sprechen.

Über den Gesetzentwurf zum Namensrecht werden wir im Ausschuss noch intensiver diskutieren müssen. Ich belasse es jetzt dabei. Auch wir kündigen einen Antrag an. Wir ersparen Ihnen die Debatte zum Thema „Standesamt“ ganz sicher nicht, weil ich weiß, dass wir auf der richtigen Seite stehen. Ich vermittele Ihnen den Kontakt zu mindestens 20 Organisationen, die Ihnen sagen werden, dass Ihr Weg der falsche ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Die Aussprache ist geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist dies so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 c auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Drs. 15/3621) – Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Ich darf Herrn Staatsminister Schneider darum bitten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen umfasst eine Vielzahl bildungspolitischer Themen, die zum Teil auch aufgrund von Beschlüssen des Bayerischen Landtages notwendig geworden sind. Ich möchte in aller Kürze die Schwerpunktthemen vorstellen. – Der erste Bereich des Gesetzentwurfes ist, dass wir in das Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen geschlechtsneutrale Bezeichnungen bzw. Paarbezeichnungen durchgehend eingeführt haben. Grundlage hierfür war ein Beschluss des Bayerischen Landtages vom 6. Mai 2003. Dieser Beschluss wurde, soweit ich mich erinnere, damals im Bildungsausschuss einstimmig gefasst.

Der zweite Bereich ist die Streichung der beweglichen Ferientage. Auch hierzu gibt es einen Beschluss des Bildungsausschusses vom 20. Januar 2005, wonach die beiden beweglichen Ferientage wieder abgeschafft werden, weil die Praxis gezeigt hat, dass letztendlich bei der Betreuung der Kinder, auch beim Schülertransport und bei den Planungen für die Familien große Schwierigkeiten aufgetreten sind. Wir haben im Gesetzentwurf aber auch die besondere Situation der beruflichen Schulen berücksichtigt: In Zeiten der praktischen Ausbildung bleibt die Möglichkeit für die Berufsschulen erhalten, bis zu zwei Tage von der Ferienordnung abzuweichen.

Drittens. Es gibt eine gesetzliche Anordnung zur sofortigen Vollziehbarkeit von schulischen Ordnungsmaß-

nahmen. Wenn nach geltendem Recht eine Ordnungsmaßnahme verhängt worden ist, gab es auch in schwerwiegenden Fällen eine aufschiebende Wirkung, auch in Situationen, in denen Schüler Gewalt gegen Mitschüler angewandt oder auch Gewalt gegen Lehrer angedroht haben. In wenigen, aber doch einigen Fällen war kein ordnungsgemäßer Unterricht mehr möglich. Dann musste diese Ordnungsmaßnahme ohne weitere Begründung ausgesetzt werden. Mit der vorgeschlagenen Lösung, die aus meiner Sicht rechtlich gut vertretbar ist, bleibt dennoch ein effektiver Rechtsschutz sowohl im einstweiligen Rechtsschutzverfahren als auch im Hauptsacheverfahren erhalten.

Viertens. Wir schaffen im Gesetz die Voraussetzungen für die Einrichtung von Kooperationsklassen.

Fünftens. Schauspielschulen und bestimmten anderen beruflichen anderen Schulen soll die Möglichkeit gegeben werden, vom Regelschuljahr abzuweichen.

Ich bitte, den Gesetzentwurf zur Beratung an die zuständigen Ausschüsse weiterzuleiten.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich darf Ihnen, Frau Kollegin Pranghofer, das Wort erteilen und daran erinnern: Fünf Minuten Redezeit pro Fraktion, wie immer. Bitte, Frau Kollegin.

Karin Pranghofer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Der Minister hat die einzelnen Punkte des Gesetzentwurfes hier vorgestellt. Es geht um eine Reihe von bildungspolitischen Fragen und Problemen, die im Gesetz neu geregelt werden sollen. Ich will hier nur noch auf wenige Punkte eingehen: Zum einen begrüßen wir natürlich, dass es zur neuen sprachlichen Regelung im Gesetz kommt und dass eine Überarbeitung erfolgt ist. Jetzt wird geschlechtsneutral formuliert bzw. dort, wo das nicht möglich ist, werden der männliche und der weibliche Begriff im Gesetz verwendet. Das ist unkritisch.

Unkritisch ist auch die Ferientagsregelung. Das wurde auch im Ausschuss einvernehmlich beschlossen; wir haben dem Vorschlag zugestimmt.

Die Aufforderung im Gesetz, Ordnungsmaßnahmen rascher durchzusetzen, sehen wir sehr kritisch; diesen Punkt werden wir ablehnen. Da haben wir große Bedenken, denn wir sagen: Die Schule ist kein rechtsfreier Raum. Ich teile ausdrücklich die Meinung der Landeselternvereinigung der Gymnasien. Auch wir sind der Meinung, dass dieser Wegfall zu einer massiven Verkürzung des effektiven Rechtsschutzes führt. Der Status eines Verwaltungsaktes wird verändert. Gerade dieses Widerspruchsverfahren ist natürlich ein Verwaltungsakt. Wenn wir auf die aufschiebende Wirkung, die jetzt per Gesetz weggelassen werden soll, verzichten, bedeutet das, dass hier möglicherweise auch grundgesetzliche Tatbestände zu berücksichtigen sind, denen man hier einfach nicht gerecht wird. Ich bitte vor allem auch darum, hier nicht so zu tun, als müsste man hier der Praxis in der Schule folgen. Man kann sich hier nicht darauf zurückziehen,

dass an der Schule keine juristischen Personen handeln. Zudem hat die Schule die Möglichkeit, die Ministerien zu befragen. Diese harten und scharfen Maßnahmen, ein Rauswurf oder eine Entlassung aus der Schule, müssen auch in einem geregelten Verfahren vollzogen werden. Eine Änderung kann nicht unter Hinweis auf praktische Bedürfnisse der Schulverwaltung erfolgen.

Ich darf noch auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen, den der Minister in seinem Beitrag gar nicht genannt hat: Es soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, dass Kommunen Schulen in der Rechtsform von gemeinsamen Kommunalunternehmen errichten und betreiben. Das soll schulrechtlich im vorliegenden Gesetzentwurf klargestellt werden. Auch hier erwarten wir von der weiteren Beratung eine konzeptionelle Vorstellung, wie das in der praktischen Umsetzung aussehen soll, zumal der Städtetag in seinem Konsultationsverfahren ausdrücklich gerügt hat, dass das Konsultationsverfahren viel zu kurz gewesen sei. Insofern hat der Städtetag zu dieser Frage sicherlich nicht qualifiziert Stellung nehmen können. Das werden wir aber im Ausschuss noch diskutieren, wenn wir dieses Gesetz beraten.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat Herr Kollege Eisenreich das Wort.

Georg Eisenreich (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden den Gesetzentwurf im Ausschuss ausführlich beraten; daher jetzt nur eine kurze Stellungnahme. Auch wir begrüßen, dass der Beschluss des Landtags zur geschlechtsneutralen Formulierung von personenbezogenen Begriffen umgesetzt wird. Auch die Abschaffung der beweglichen Ferientage begrüßen wir. Dies entspricht schließlich einem Wunsch der Eltern. – Vieles ist also unproblematisch.

Ich möchte nur kurz zur Durchsetzbarkeit schulischer Ordnungsmaßnahmen Stellung nehmen. Frau Kollegin, Sie unterliegen hier einem Irrtum: Wenn Rechtsbehelfe keine aufschiebende Wirkung mehr haben – in einer ganzen Reihe von Fällen ist geregelt, dass Rechtsbehelfe keine aufschiebende Wirkung haben –, hat das nicht zur Folge, dass dann ein rechtsfreier Raum entsteht; denn im anschließenden Widerspruchsverfahren kann die Rechtslage geprüft werden. Sollte es anschließend zu einem Anfechtungsverfahren kommen, wird alles voll umfänglich geprüft. Es geht lediglich um die Durchsetzbarkeit bei Erlass des Bescheides. Das hat aber mit der rechtlichen Würdigung im nachfolgenden Rechtsverfahren nichts zu tun.

Das ist schlicht und einfach ein Irrtum. Dies ist keine Einschränkung des effektiven Rechtsschutzes. Einen rechtsfreien Raum gibt es in diesem Land sowieso nicht. All diese Fragen können wir im Ausschuss eingehend klären.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächste hat Frau Kollegin Tolle das Wort.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich will nicht lange reden. Ich möchte aber den Landtag und die Staatsregierung als frauenpolitische Sprecherin meiner Fraktion

(Zurufe von der CSU: Oho! Oho!)

beglückwünschen, dass nun auch offiziell Schülerinnen an den Schulen angekommen sind.

Wir stimmen der Regelung zu den beweglichen Ferientagen zu, obwohl ich es sehr bedauere, dass es nicht geklappt hat, den Schulen dieses Stückchen Freiheit zuzugestehen. Es ist aber durch Petitionen, die wir im Ausschuss beraten haben, zutage getreten, dass die Eltern, vor allem die allein erziehenden Mütter, an den beweglichen Ferientagen keine Betreuung für ihre Kinder finden konnten. Ich denke, das sollte ein weiterer Anlass sein, um Müttern, Vätern und Eltern mehr Betreuung zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Waschler, in zwei Punkten habe ich Beratungsbedarf. Zum einen geht es um Artikel 43, in dem die Aufsicht vom Schulamt an die Regierung übergeht. Die Begründung hierzu ist mir schleierhaft. Ich freue mich darauf, was wir dazu im Ausschuss hören werden.

Zum anderen besteht bei uns wie bei der SPD Beratungsbedarf hinsichtlich des Artikels 86 Absatz 10, wonach die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Ordnungsmaßnahmen entfällt. Das Beispiel mit gewaltbereiten Schülerinnen und Schülern, Herr Minister Schneider, ist eines, das ein Extrem setzt. Es gibt aber auch noch andere, kleinere Vergehen, wie ich sagen möchte. Ich bin mir sicher, auch hier im Raum sitzen viele, die schon einmal einen Verweis bekommen haben. Herr Kollege Waschler hat natürlich noch nie einen Verweis bekommen, ich im Übrigen auch nie. Die aufschiebende Wirkung, Herr Kollege Eisenreich, bezieht sich aber auf alle Ordnungsmaßnahmen. Sie haben schon Recht, Widerspruch und Anfechtung – oder wie immer das auch heißt, ich bin keine Juristin – werden natürlich weitergeführt werden. Sie höhlen dieses Recht aber eigentlich aus, indem Sie den Sofortvollzug durchführen. Es hat aber niemand etwas davon, wenn man es im Nachhinein wieder rückgängig macht.

Ich denke, gerade an den Schulen sollte man den Schülerinnen und Schülern zeigen, dass es Demokratie gibt, dass man miteinander auskommen kann – Gewaltfälle nehme ich jetzt einmal aus. Es sollte den Schülerinnen und Schülern gezeigt werden, dass Lehrer und Schülerinnen und Schüler zusammenarbeiten und es keinen Diktator gibt, der bestimmt. Das gibt es im Schulleben nämlich leider auch, Herr Kollege Eisenreich. Davor werden unsere Kinder dann nicht mehr geschützt sein. Anstatt mit der Brechstange auf das Verhalten der Schülerinnen und Schüler zu antworten, sollten wir uns um pädagogische Antworten bemühen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine letzte Anmerkung: Die Erweiterung der Definition „öffentliche Schulen“ ist nur Kosmetik. Das wirkliche Problem packen Sie nicht an. Das wirkliche Problem heißt: Kommunale Schulen bekommen weniger Zuschüsse als private Schulen. Dieses Problem haben Sie nicht gelöst, und Sie werden es auch nicht lösen wollen. Die Verstaatlichung kommunaler Schulen – ich sage das hier, damit es wieder einmal alle gehört haben –, so haben Sie vor dem Ausschuss betont, könne frühestens in der übernächsten Legislaturperiode angegangen werden.

Zu erwähnen ist noch, dass das Konsultationsverfahren für die Kommunen und für die kommunalen Spitzenverbände zu knapp gewesen ist. Das Schreiben hat sie teilweise später als Mitte Mai erreicht, doch bis zum 30. Mai musste geantwortet werden. Ich meine, künftig sollte man sich einen besseren Stil angewöhnen. Über alles Weitere sprechen wir am Donnerstag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport als dem federführenden Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Keine Widerrede. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 10, 12 und 14. Das sind die Dringlichkeitsanträge zur Feinstaubbelastung auf den Drucksachen 15/3076, 15/3081 und 15/3085. Diese Anträge sollen auf Wunsch aller Fraktionen gesondert beraten werden.

Auf Wunsch der SPD-Fraktion lasse ich vorweg über die Listennummer 18 abstimmen: Dringlichkeitsantrag der Abg. Johanna Werner-Muggendorfer, Rainer Volkmann, Adelheid Rupp u. a. u. Frakt. (SPD), Berufsfachschule für Musik in Altötting (Drs. 15/3065), Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 15/3486). Sowohl der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport als auch der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlagen jeweils eine Neufassung des Dringlichkeitsantrages vor. Ich lasse jetzt, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, über die Fassung des Haushaltsausschusses abstimmen. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 15/3486. Wer der vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgesehene Neufassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Enthaltung einiger Abgeordneter der GRÜNEN – –

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wenn ich die Hand hebe, dann bedeutet das, die ganze Fraktion stimmt zu.)

- Herr Dr. Dürr, Sie sind nicht die ganze Fraktion.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ich bin die Fraktion!)

- Sehen Sie, das ist der Nachteil der Doppelspitze, weil Sie sich nicht einigen können, wer die Fraktion ist. - Jetzt sind die anderen auch aufgewacht, jetzt ist es einstimmig. Die GRÜNEN enthalten sich also einstimmig. Der Antrag ist damit angenommen.

Wir kommen jetzt zum Rest der Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste (siehe Anlage).

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe? – Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung bei den GRÜNEN. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 4 bis 8 gemeinsam auf:

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Leitlinien der zukünftigen bayerischen Verkehrspolitik (Drs. 15/2545)

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Tempolimit (Drs. 15/2551)

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Tempolimit innerorts (Drs. 15/2553)

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einführung eines Grenzwertes für den CO₂-Ausstoß bei Kraftfahrzeugen (Drs. 15/2566)

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ökologische Folgen des Luftverkehrs verringern (Drs. 15/2567)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und weise darauf hin, dass jede Fraktion 30 Minuten Redezeit hat. Zuerst hat sich Herr Kollege Dr. Magerl zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es heute mit einem Antragsbündel von fünf Anträgen zum Thema Verkehr zu tun. Diese Anträge sind Bestandteil eines größeren Antragsbündels, welches gemeinsam im federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr behandelt wurde. Rund 40 % dieser Anträge wurden einstimmig angenommen. Leider wurden aber zentrale Teile unserer Initiative von der CSU, und zum erheblichen Teil leider auch von der SPD, abgelehnt. Vielleicht gibt es hier und heute

aber noch etwas Bewegung, vielleicht gelingt es mir, noch den einen oder die andere zu überzeugen.

Schauen wir doch einmal auf die Rahmenbedingungen, die wir im Moment beim Verkehr haben. Wir haben zum einen den Ölpreis, der sich auf einem Rekordniveau befindet und bei dem weitere Steigerungen durch die erhöhte Nachfrage und durch Spekulationen zu erwarten sind. Die Prognose der Analysten geht so weit, dass ein Fass mehr als 100 Dollar kostet.

Wir haben nach wie vor Umweltbelastungen aus dem Straßen- und aus dem Luftverkehr, die viel zu hoch sind. Die Ozonprognose des heutigen Tages liegt bei knapp unter 180 µg/m³ und damit im Bereich des Warnwertes. Dieser Wert wird in den nächsten Tagen eher ansteigen als zurückgehen.

Wir haben zwar hier im Hause hinlänglich über die Feinstaubproblematik debattiert, werden aber das Thema in der nächsten Plenarsitzung bedauerlicherweise noch einmal zu diskutieren haben. Nach wie vor ungelöst ist die Klimaproblematik. Der CO₂-Ausstoß des Straßenverkehrs hat sich seit 1960, also in 45 Jahren, mehr als verfünffacht. Gleichzeitig ist der Anteil des Verkehrssektors an den klimarelevanten CO₂-Emissionen in den letzten Jahren auf über ein Fünftel der Gesamtemissionen angestiegen. Es ist zwar gelungen, durch technische Maßnahmen eine Verminderung des CO₂-Ausstoßes pro gefahrenen Kilometer zu erzielen, aber durch die gestiegene Fahrleistung ist der Effekt wieder aufgehoben bzw. ins Gegenteil verkehrt worden.

Ungelöst ist auch das Problem des Straßenverkehrslärms und des Lärms von Flugzeugen. Nach wie vor ungelöst ist das Problem der Inanspruchnahme von Grund und Boden durch Verkehrsflächen. Hier gibt es weitere Steigerungen. Wenn es auch nur zu einer annähernden Umsetzung der Planungen auf allen Ebenen von den Gemeindestraßen bis zu den Bundesautobahnen kommt, dann wird der Flächenverbrauch weiter ansteigen. Enorme Probleme haben wir auch nach wie vor bei der Verkehrssicherheit. Wesentliches Thema in der Diskussion ist das außer- und innerörtliche Tempolimit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss sich nur die Werte ansehen: In Bezug auf die Zahl der verunglückten Kinder unter 15 Jahren wurden im Jahr 2000 in Deutschland mit 530 Todesopfern pro 100 000 Einwohner in dieser Altersklasse die meisten Opfer im Vergleich aller EU-Staaten registriert. Überdurchschnittlich gefährdet sind auch junge Pkw-Fahrer und Zweiradfahrer. Das heißt, wir sind in Deutschland bei den jungen Leuten und den Kindern nach wie vor auf dem letzten Platz innerhalb der EU. Dies ist eine Schande. Ich meine auch, dass dies damit zusammenhängt, dass wir viel zu hohe Geschwindigkeiten sowohl außerorts als auch innerorts auf unseren Straßen erlauben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den Rahmenbedingungen möchte ich abschließend darauf hinweisen, dass wir nach wie vor eine falsche

Raumordnungspolitik, eine falsche Verkehrswegeplanung und zu viele Subventionen, die die vorhandenen Fehlentwicklungen beim Verkehr verstärken, haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt, dass wir eine Neuorientierung auf dem Sektor Verkehr nach wie vor nötig haben. Die ökologisch-soziale Steuerreform – es waren gerade die GRÜNEN, die diese mit Unterstützung der SPD vorgebracht haben – hat bereits beim Pkw-Verkehr eine Wende eingeleitet. Die Fahrleistung der Pkws ist in Deutschland von 534,4 Milliarden Kilometern pro Jahr in 1999 auf 509,3 Milliarden Kilometer pro Jahr in 2000 gesunken. Entsprechend ist auch der Treibstoffverbrauch zurückgegangen.

Sie von der CSU haben letzstens bei einer Diskussion zu dem Thema erklärt, das stimme alles nicht. Herr Dr. Wiesheu hat vollmundig aus dem hohlen Bauch heraus angekündigt, er werde uns ein Gutachten zeigen, das das alles widerlegt. Bis heute hat er das Gutachten nicht vorgelegt. Meine Zahlen – ich kann das klar belegen – entstammen dem Werk „Verkehr in Zahlen“, welches vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen erstellt wird. Ich habe keinen Grund, an diesen Zahlen zu zweifeln.

Das heißt, es ist der amtierenden Bundesregierung – ich gehe davon aus, dass sie noch einige Jahre weiter im Amt sein wird, auch wenn Sie anderes behaupten – gelungen, eine Verkehrswende einzuleiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gehe auch davon aus, dass es uns bei der Lkw-Maut – diese funktioniert mittlerweile hervorragend – gelingen wird, die erhoffte Verlagerung von der Straße auf die Schiene zu erreichen.

Damit man sieht, wo Sie bei diesem Thema stehen, will ich aus dem Gesamtverkehrsplan Bayern 2002 zitieren, in dem Sie sich klar gegen eine gerechte Bemautung des Lkw-Verkehrs wenden. Hier heißt es: „Sie“ – die Staatsregierung – „hält aber die von der Kommission Verkehrsinfrastrukturfinanzierung vorgeschlagene Gebührenhöhe von 25 Pfennigen – gleich 12,8 Cent – und erst recht den von der Bundesregierung genannten Betrag von durchschnittlich 15 Cent je Fahrzeugkilometer für zu hoch.“ – Das ist also das, was Sie wollen. Sie wollen sowohl im Güterverkehr als auch im Pkw-Verkehr eine möglichst billige Lösung, die weder die tatsächlichen Kosten, was die Abnutzung der Straßen anbelangt, noch die externen Kosten, was die Umweltbelastung anbelangt, trägt. Das ist das, was Ihre Verkehrspolitik ausmacht.

Unser erster Antrag betreffend die Leitlinien der zukünftigen bayerischen Verkehrspolitik möchte hier eine Wende einleiten. Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns bewusst an dem Text des Gesamtverkehrsplans 1994 orientiert. Das, was wir fordern, war schon einmal die Position der Bayerischen Staatsregierung. Wer von 1994 unter Gustl Lang bis 2002 unter Otto Wiesheu in die umweltpolitische Steinzeit zurückgefallen ist, ist diese

Bayerische Staatsregierung. Damals waren Sie umweltpolitisch weiter, als Sie es heute sind.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN)

– Es ist eben so, dass die Staatsregierung sich damals ein bisschen was getraut hat und sich heute überhaupt nichts mehr traut. Insofern muss ich klar und deutlich sagen: Herr Dr. Wiesheu ist auf diesem Sektor eine glatte Fehlbesetzung. Anders kann man es nicht sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehen Sie sich einmal im Vergleich zu den konkreten Formulierungen aus dem Jahr 1994 den Text auf Seite 41 des Gesamtverkehrsplans Bayern 2002 betreffend Ziele und Maßnahmen an: „Die Bayerische Staatsregierung bemüht sich vor allem um die Sicherstellung eines ausreichenden und modernen Straßennetzes.“ – Sie hat sich stets bemüht: In ein Zeugnis dürfte man nicht schreiben, was hier als völlig vage politische Zielsetzung der CSU und der Staatsregierung festgehalten wird. Wie gesagt, die Formulierung, die Sie früher gehabt haben, war weit besser. Erstes Ziel war die Vermeidung von unnötigem Verkehr. Zweites Ziel war die Verlagerung von stärker umweltbelastenden auf weniger umweltbelastende Verkehrsmittel, und drittes Ziel war die ressourcenschonende, umweltfreundliche Gestaltung des Verkehrs und der Verkehrsmittel und die bestmögliche Vernetzung aller Verkehrssysteme. Das waren klare Formulierungen, das war eine klare Zielvorgabe.

1994 haben Sie im Gesamtverkehrswegeplan auch aufgeführt, was Sie heute kaum noch hören wollen, nämlich flankierende Maßnahmen der Raumordnungs- und Siedlungspolitik sowie folgenden wesentlichen Satz: „Die Lenkung der Verkehrsnachfrage über den Preis muss verbessert und das Angebot des öffentlichen Verkehrs weiter verstärkt werden.“ – Die Lenkung über den Preis muss verbessert werden! Im Prinzip haben Sie damals eine ökologisch-soziale Steuerreform in Ihr Gesamtverkehrskonzept aufgenommen. Davon wollen Sie 2002 allerdings nichts mehr wissen.

Sollten Sie darauf spekulieren, die Wahl im Herbst zu gewinnen – ich glaube nicht, dass Sie gewinnen –, sollten Sie schon im Wahlkampf sagen, wie Sie es im Fall einer Regierungsübernahme mit der Ökosteuer halten wollen. Wollen Sie die Ökosteuer zulasten der Rentenversicherung abschaffen, oder wollen Sie die von uns eingeleitete Reform beibehalten? Dazu müssen Sie etwas sagen. Hierzu hätte ich heute im Bayerischen Landtag gern Ihre Position gehört, damit wir wissen, woran wir sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einer der wesentlichen Punkte ist für uns die Verkehrsvermeidung. Das ist ein Thema, bei dem sich bei Ihnen nahezu überhaupt nichts tut. Uns geht es insbesondere um die Verkehrsvermeidung über eine optimale Raumordnung und Landesplanung, die Verkehr überhaupt nicht erst entstehen lassen. Wir wollen eine Raumordnung und Landesplanung, bei der funktional zusammengehörende

Bereiche wie Wohnen und Arbeiten, Wohnen und Versorgung sowie Wohnen und Erholung wieder näher zusammenkommen und nicht wie in der Vergangenheit immer weiter auseinanderdriften. Dazu gehört zweifelsohne auch die Frage nach den Subventionen, die in diesem Bereich gewährt werden.

Auch hierzu sollten Sie hier und heute klar Position beziehen. Sie sollten zur Pendlerpauschale und zur Eigenheimpauschale Position beziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt ein ganz neues Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltschutz bei der Bundesregierung. Es ist erst vor wenigen Tagen herausgekommen und umfasst über 600 Seiten. Es gibt dazu eine Kurzfassung, ein Eckpunktepapier, und ich kann nur allen empfehlen, sich dieses beim Bundesumweltministerium aus dem Internet herunterzuladen. Dort steht zum Thema Pendlerpauschale und Eigenheimzulage klar und deutlich:

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen erachtet Pendlerpauschalen und Eigenheimförderung auch wegen ihrer verkehrserzeugenden Wirkung als dringend revisionsbedürftig. Die Pendlerpauschale sollte schrittweise in eine entfernungsunabhängige Pauschale umgewandelt werden. Die Eigenheimförderung sollte gestrichen werden.

Das ist der Tenor des Sachverständigenratgutachtens. Nachdem einige von Ihnen, meine Damen und Herren in der Union, den Mund zum Pfeifen schon gespitzt haben, sollten Sie hier und heute zu diesen Themen klar Stellung beziehen. Wie halten Sie es mit der Verkehrsvermeidung, und wie halten Sie es mit schädlichen Subventionen auf diesem Gebiet?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben einen Antrag gestellt, der darauf abzielt, dass der CO₂-Ausstoß bei der Fahrzeugflotte deutlich weiter nach unten gesenkt wird. CO₂ ist ein klimawirksames Spurengas. Es ist das schädlichste Spurengas auf diesem Sektor, welches wir in größten Mengen ausstoßen. Weltweit stoßen wir 22 Milliarden Tonnen aus. Der Straßenverkehr ist bei uns einer der wesentlichsten Verursacher des CO₂-Ausstoßes. Ein Viertel oder ein Fünftel kommt etwa aus dem Verkehr. Wir wollen mit unserem Antrag den CO₂-Grenzwert auf 120 Gramm pro Kilometer festsetzen. Damit Sie sich es vorstellen können: Das entspricht bei einem Benzinmotor etwa einem Kraftstoffverbrauch von fünf Litern auf 100 Kilometer. Das ist noch nicht einmal das ehrgeizigste Ziel. Der Sachverständigenrat fordert sogar 100 Gramm auf 100 Kilometer. Momentan liegen wir bei 170 Gramm. Die Industrie wird – das zeigen alle Veröffentlichungen – den mit ihrer Selbstverpflichtung festgelegten Wert von 140 Gramm leider Gottes verfehlen.

Der Sachverständigenrat fordert aus Gründen des Klimaschutzes dringend zu handeln. Es besteht Handlungsbedarf. Die Technik lässt eine Absenkung zu, und kombiniert

mit einem Tempolimit auf Landstraßen und Autobahnen sowie innerorts könnten wir den Treibstoffverbrauch deutlich senken und unsere Klimaschutzziele auch in nächster Zukunft erreichen. Der Antrag auf einen Grenzwert für CO₂ ist aus unserer Sicht außerordentlich wichtig und außerordentlich zielführend, um die Klimaveränderungen eindämmen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Tempolimit möchte ich noch eines sagen. Wir sind eines der ganz wenigen Länder weltweit, in dem in nennenswertem Umfang Straßenverkehr abgewickelt wird, in dem es aber auf Autobahnen kein Tempolimit gibt. Unser Vorschlag eines Tempolimits von 120 Kilometern ist ohnehin ein Kompromiss.

(Klaus Dieter Breitschwert (CSU): Waren Sie schon einmal in China?)

– Ich war noch nicht in China. Ich habe gesagt, wir sind eines der wenigen Länder, aber ich habe nicht gesagt, dass es kein Land gibt, das kein Tempolimit hat. Herr Kollege Breitschwert, wenn Sie hier auf China verweisen, schauen Sie sich bitte auch einmal die Grenzwerte an, die China für den Treibstoffverbrauch festgelegt hat. Damit hätten die Hersteller der großen Limousinen in Deutschland enorme Probleme. China zeigt einen Weg, wie der Treibstoffverbrauch eingedämmt werden kann.

Durch Geschwindigkeitsbegrenzungen würden der Treibstoffverbrauch und der Schadstoffausstoß auf unseren Straßen sinken und würde die Sicherheit auf unseren Straßen zunehmen. Nicht ohne guten Grund habe ich eingangs den für uns Deutsche absolut schlechten Wert bei den Unfallzahlen von jungen Leuten genannt. Auch zum Thema Geschwindigkeitsbeschränkungen sagt das neueste Gutachten des Sachverständigenrates klar und eindeutig:

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Senkung von Umweltbelastungen sollte die bisher unverbindliche Richtgeschwindigkeit von 130 km/h auf Bundesautobahnen in ein verbindliches Tempolimit umgewandelt und mittelfristig eine weitere Absenkung auf 120 km/h angestrebt werden. Im innerörtlichen Bereich sollte mit Ausnahme von Durchgangsstraßen ein Tempolimit von 30 km/h eingeführt werden. Zur besseren Durchsetzung der bestehenden bzw. neu einzuführenden Geschwindigkeitsbeschränkungen sind eine maßvolle Ausweitung der Kontrollintensität und eine schärfere Sanktionierung auch in Form temporärer Fahrverbote anzustreben.

So spricht der Sachverständigenrat. Das ist keine alte Kamelle, wie Sie es im Ausschuss darzustellen versucht haben. Das neueste Gutachten kann man nur unterstreichen. Man kann nur unterschreiben, was in diesem Gutachten steht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich als Letztes auf den Antrag zum Thema Luftverkehr eingehen. Mit unserem fünften Antrag mit dem Titel „Ökologische Folgen des Luftverkehrs verringern“ fordern wir zum einen die Feststellung, dass der Luftverkehr national wie international eine immer stärker zunehmende Belastung unserer Umwelt und wegen der gewaltigen Menge an Schadstoffen auch eine große Gefahr für das Weltklima darstellt. Wir versuchen hier klarzustellen, dass das internationale Luftverkehrsabkommen, insbesondere das Chicagoer Abkommen, mit dem die weitgehende Abgabefreiheit geregelt wird, ungeeignet ist, die Probleme zu lösen. Das Abkommen stammt vom Herbst 1944, also aus einer Zeit, als man den Luftverkehr als eine neue Technologie, die sich noch in den Anfangsstadien befand, durch Subventionen fördern wollte.

Wir kennen es auch aus anderen Bereichen: Subventionen, die einmal eingeführt wurden, sind fast nicht mehr abzuschaffen. Wir müssen aber immer wieder anmahnen, diese Subventionen abzuschaffen, und eines Tages wird es so kommen. Deshalb fordern wir in unserem Antrag eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel, die Steuerbefreiung für Kerosin im Luftverkehr aufzuheben. Meines Erachtens ist diese Maßnahme sehr sinnvoll. Ich muss eines sagen: Herr Kollege Beyer, Frau Kollegin Kronawitter, im Ausschuss haben Sie dagegen geredet, speziell Frau Kollegin Kronawitter. Sie haben argumentiert, Sie stimmten deshalb nicht zu, weil wir auf internationaler Ebene noch nie so nah an einer Kerosinbesteuerung waren wie am Tag dieser Ausschusssitzung.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Das ist schon lang wieder vorbei! – Dr. Thomas Beyer (SPD): Haben Sie mit Trittin gesprochen?)

Das mag an dem Tag der Ausschusssitzung vielleicht noch richtig gewesen sein. Ich möchte hier nicht hämisch sein. Ich bedauere es aber zutiefst, dass die Kerosinbesteuerung auf der EU-Ebene erst einmal wieder auf die lange Bank geschoben worden ist. Ich bitte deshalb die SPD, sich vor diesem Hintergrund schon noch einmal zu überlegen, ob sie dieser wesentlichen Forderung vielleicht doch zustimmen sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Des Weiteren fordern wir, dass die Staatsregierung dafür Sorge tragen soll, dass kein weiterer Ausbau der Flughafeninfrastruktur in Bayern mit öffentlichen Mitteln stattfindet. Wir denken hier nicht nur an die seltsame Förderung von Kleinflughäfen, zum Beispiel in Hof oder an die in Aussicht gestellte bzw. in Überlegung befindliche Förderung des Regionalflughafens Memmingerberg.

(Widerspruch des Abgeordneten Franz Josef Pschierer (CSU))

– Die Planung für das Projekt Memmingerberg ist genauso unsinnig wie die Planung in Hof oder wie vorher die Planung für Lagerlechfeld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir denken aber auch an immer wieder von unterschiedlichsten Seiten vorgebrachte Forderungen nach einer dritten Startbahn im Erdinger Moos. Der Flughafen München ist ein Musterbeispiel dafür, wie versteckt eine solche Infrastruktur mit öffentlichen Mitteln subventioniert wird. Weit über 2 Milliarden Euro an Verlusten für die öffentliche Hand stecken in einem nicht verzinsten Gesellschaftendarlehen. Für Kerosin bei Langstreckenflügen wird ein Zuschuss gewährt. Mit alledem wird diese Infrastruktur gefördert. Alles das wollen wir für die Zukunft nicht mehr.

Als Drittes und Letztes fordern wir in dem Antrag, dass die Start- und Landegebühren sich zukünftig an ökologischen Kriterien wie Schadstoffausstoß und Lärm zu orientieren haben.

(Zuruf von der CSU: Das ist doch schon der Fall!)

– Nicht in jedem Punkt, Herr Kollege. Wir müssen zu einer noch wesentlich stärkeren Spreizung kommen. Die Forderungen sind noch längst nicht so erfüllt, wie es eigentlich sein müsste. Sie sind auch noch längst nicht an jedem unserer Flughäfen realisiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, insgesamt meine ich, dass wir mit diesen fünf Anträgen in der Verkehrspolitik ein deutliches Stück nach vorne kommen könnten. Ich bitte Sie deshalb, diesen fünf Anträgen der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Richter das Wort.

Roland Richter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Dr. Magerl, zunächst möchte ich ein paar Punkte richtig stellen:

Erstens. Die Kritik an Herrn Staatsminister Dr. Wiesheu kann ich natürlich so nicht stehen lassen. Wenn der Minister so schlecht wäre, wie Sie das dargestellt haben, wundert es mich, dass er zu den entsprechenden Konferenzen als Berater eingeladen wird. Ich glaube, unser Staatsminister Dr. Wiesheu ist auf Landesebene einer der besten Minister, die wir in Deutschland überhaupt haben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Mindestens in Bayern!)

Zweitens. Sie haben den Gesamtverkehrswegeplan und die Differenzen zwischen den Jahren 1994 und 2002 angesprochen. Ich halte es für sinnvoll, Pläne fortzuentwickeln und den Gegebenheiten anzupassen. Wenn die GRÜNEN glauben, wir sollten auf dem Stand von 1994 stehen bleiben, ist das ihre Entscheidung. Die Staatsregierung und die CSU-Fraktion haben sich jedoch dafür entschieden, den Gegebenheiten Rechnung zu tragen und sich den globalen Märkten zu öffnen.

Drittens. In der Mehrzahl Ihrer Beschlüsse heißt es immer wieder, die Staatsregierung solle eine Bundesratsinitiative einleiten. Soweit mir bekannt ist, haben wir in Berlin immer noch eine rot-grüne Koalition. Deshalb wäre es sinnvoller, die Kollegen Ihrer Fraktion in Berlin darauf zu drängen, etwas zu tun.

Ich möchte jetzt zu den einzelnen Punkten kommen, die Sie angesprochen haben. Sie haben gesagt, die Staatsregierung sollte sich bei allen verkehrspolitischen Fragen von den Zielen leiten lassen, unnötigen Verkehr zu vermeiden, Verkehr zu verlagern etc. Sie wissen selbst, dass dies mit finanziellen Mitteln verbunden ist. Ich möchte Ihnen dazu einige Zahlen zur Situation des Bundes nennen. Im Finanzplan des Bundes werden die Investitionen in die Schiene sukzessive abgesenkt. Im Jahr 2007 werden dafür noch 3,3 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Im Jahre 2008 werden es nur noch 2,3 Milliarden Euro sein. Für mich stellt sich hier die Frage nach Ihrem Ansatzpunkt.

Für die Fernstraßen stehen im Jahr 2006 nur noch 4,19 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Bundesregierung sagt selbst, dass zu diesen 4,19 Milliarden Euro 5,6 Milliarden Euro zusätzlich benötigt würden, um die Fernstraßen einigermaßen zu erhalten. Hier sollten Sie in Berlin noch einmal nachfragen.

Zu Ihrem Forderungskatalog bezüglich des Gesamtkonzepts der zukünftigen bayerischen Verkehrspolitik kann ich nur sagen, dass die Bayerische Staatsregierung bereits auf dem besten Wege dazu ist. Die Staatsregierung hat im Mai 2002 einen Gesamtverkehrsplan verabschiedet. Die meisten Punkte, die Sie heute fordern, sind in diesem Verkehrsplan enthalten. Wir sind auf dem richtigen Weg zu einer Verkehrsvermeidung und zu mehr Verkehrssicherheit. Vor kurzem kam eine Veröffentlichung der Versicherungen heraus, aus der hervorgeht, dass die Zahl der Verkehrstoten im Jahr 2004 gegenüber dem Jahr 2003 um 12 % zurückgegangen ist. Wir werden diesen richtigen Weg, den wir mit dem Plan für das Jahr 2002 eingeschlagen haben, weiterverfolgen. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag zu diesem Punkt ab.

Ihr nächster Antrag betrifft Geschwindigkeitsbeschränkungen. Sie fordern eine Höchstgeschwindigkeit von 120 Stundenkilometern. Sie wissen doch, dass selbst Österreich eine Höchstgeschwindigkeit von 130 Stundenkilometern auf den Autobahnen hat. Dort wird überlegt, eine Höchstgeschwindigkeit von 160 Stundenkilometern zuzulassen. Die entsprechenden Verkehrsuntersuchungen zeigen, dass dies möglich wäre. Dies gilt analog natürlich auch für außerörtliche Straßen.

Zur generellen Forderung nach Tempo 30 innerhalb der Ortschaften muss ich klipp und klar sagen: Wir haben heute mit der Höchstgeschwindigkeit von Tempo 50 eine bewährte Regelung. Ausnahmen können geschaffen werden. Teilweise wurden diese Ausnahmen soweit vorangetrieben, dass ganze Stadtteile mit Tempo 30 belegt werden können. Ich glaube nicht, dass es heute sinnvoll wäre, diese Regelung komplett umzukehren. Damit würde ein unnötiger Verwaltungsaufwand entstehen, mit dem das Gleiche erreicht würde, was wir bereits haben. Ich

halte es für sinnvoll, die jetzige bewährte Regelung beizubehalten.

Zu dem Thema CO₂ wird mein Kollege Breitschwert noch einige Worte sagen. Ich möchte noch etwas zu den ökologischen Folgen des Luftverkehrs sagen. Sie haben die Steuerbefreiung für Kerosin beim Luftverkehr genannt und wollen keinen weiteren Ausbau der Flughafeninfrastruktur. Außerdem wollen Sie die Start- und Landegebühren an ökologischen Kriterien ausrichten. Dazu kann ich sagen: Bayern unterstützt den Vorschlag der Kerosinbesteuerung, aber nicht im nationalen Alleingang. Das können wir nur auf europäischer oder globaler Ebene erreichen. Was eine nationale Besteuerung bedeuten würde, sehen wir an der Ökosteuer. Ich komme aus einem Grenz-Landkreis. Ich weiß, was es bedeutet, wenn viele Kollegen des Kreistags – auch die Kollegen der Grünen-Fraktion – nach Österreich zum Tanken fahren, weil es dort billiger ist. Deswegen sage ich klipp und klar Ja zur Kerosinbesteuerung, aber global und nicht als Einzelvorschlag.

Auch bei der Flughafen-Infrastruktur muss ich Ihnen knallhart widersprechen: Die Luftfahrt ist für mich nur ein Teil der Infrastruktur. Die anderen Teile sind die Bahn, die Straßen und der Schiffsverkehr. Nur bei einem Zusammenwirken dieser Bereiche ist der Wirtschaftsstandort Deutschland in der globalen Welt überlebensfähig. Sie haben vorhin Herrn Kollegen Pschierer bezüglich des Regionalflughafens Memmingerberg angesprochen. Meines Erachtens sind Regionalflughäfen notwendig. Fünf Kilometer von meinem Heimatort entfernt befindet sich ein Regionalflughafen. Dieser Flughafen ist für unsere Wirtschaft und den Fremdenverkehr überlebenswichtig. Die Zuwachsraten dieses Flughafens belegen dies.

Sehen Sie sich einmal die Flughäfen an. Der Franz-Josef-Strauß-Flughafen in München ist zu einer Drehscheibe Europas geworden und ist nach Frankfurt der zweite Flughafen mit der Tendenz, Frankfurt sogar noch zu überholen. Das sind zukunftsweisende Entscheidungen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden dürfen. Diese Entscheidungen müssen ausgeweitet und forciert werden.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich noch zu den Start- und Landegebühren: Die Start- und Landegebühren werden heute schon teilweise nach ökologischen Kriterien erhoben. Allerdings handelt es sich hier um privatrechtliche Einnahmen, die den Staat nichts angehen. Diese Gebühren sollen weiterhin privatrechtlich bleiben.

Aus den genannten Gründen lehnen wir die vier Anträge, zu denen ich soeben etwas gesagt habe, ab. Herr Kollege Breitschwert wird auf den fünften Antrag eingehen. Wir halten diese Anträge nicht für zielführend.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Beyer das Wort.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Ich danke Herrn Kollegen Dr.

Magerl dafür, dass er uns die Chance eröffnet, heute über dieses Thema zu sprechen. Wir haben damit die Möglichkeit, grundsätzlich über Fragen der Mobilität zu reden. Herr Kollege Dr. Magerl, ich danke Ihnen auch dafür, dass Sie es heute bei fünf Anträgen belassen haben. Am 7. April haben Sie im Ausschuss 24 Anträge – einen verkehrspolitischen Bauchladen – eingebracht. Herr Kollege Bocklet hat damals nach dem Staatsanwalt gerufen, weil er der Auffassung war, dies sei eine Körperverletzung.

Spaß beiseite. Ich denke, dass es sich lohnt, über dieses Thema im Plenum zu sprechen. In diesen Tagen eignet sich dieses Thema auch sehr gut dafür, über die Unterschiede zwischen den Fraktionen in diesem Hohen Hause zu sprechen. Der Politikansatz der Sozialdemokratie bei diesem Thema ist klar: Wir sind für eine Verkehrspolitik, die nachhaltig Mobilität schafft und erhält.

Ich bitte Sie, dabei das Wort „nachhaltig“ im eigentlichen Sinne zu verwenden. Verwenden Sie es bitte nicht im Sinne der Vulgärokonomen, nämlich als „nachhaltiges Wachstum“, sondern in dem Sinne, in dem wir beide, Kollege Magerl, dieses Wort verwenden, nämlich im Sinne von sustainable, also aushaltbar. Der Mensch und die Umwelt müssen den Verkehr schließlich und endlich noch aushalten können.

Wir beachten andererseits auch ideologiefrei Bedürfnisse nach Mobilität. Ich halte nichts von Vorstellungen, objektiv gegebene Wirtschaftsströme und Verkehrsbedürfnisse ließen sich durch weniger Straßen, durch weniger Verkehrsinfrastruktur zurückentwickeln. Solche Vorstellungen sind bestenfalls romantisch – in Wirklichkeit sind sie unrealistisch; sie sind gesellschaftsfeindlich, und sie sind wirtschaftsfeindlich. Wir, die Sozialdemokraten, erkennen an, dass es in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts eine nachhaltige Mobilität nicht gegen die Menschen geben kann.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich bin überzeugt: Nicht Bevormundung und Verbot, sondern aktive politische Gestaltung wird die weiter zunehmenden Verkehre lenken. Ich glaube, wir alle müssen davon ausgehen, Kollege Magerl, auch wenn momentan, in der Momentaufnahme die Zahlen vielleicht einen anderen Eindruck vermitteln, dass die Verkehre weiter zunehmen werden. Davon bin ich überzeugt. Wir müssen sie lenken. Dies können wir nur durch eine aktive gestaltende Politik. Nur so können wir die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt erträglich halten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich zu den Anträgen im Einzelnen komme, lassen Sie uns kurz gemeinsam über einige Punkte nachdenken. Lassen Sie uns reden über ein Grundrecht auf Mobilität und darüber, welcher Handlungsauftrag sich damit für den Staat verbindet. Lassen Sie uns über das auch von der Bundesregierung völlig zu Recht verfolgte Leitbild einer integrierten Verkehrspolitik reden. Bisher habe ich in der Diskussion viel über Verkehrspolitik und Verkehrsbedürfnisse gehört, ich habe aber keinen wirklich systematischen Ansatz gehört, diese Politik zu gestalten. Vor allem sollten wir im

Bayerischen Landtag auch darüber reden, was Mobilität in Bayern bedeutet, wie wir sie in der Zukunft gestalten können.

Meine Kolleginnen und Kollegen, Mobilität wird in der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft nicht nur als eine Art Grundrecht empfunden, sondern es ist für viele von uns – seien wir ehrlich –, für viele Bürgerinnen und Bürger zu einer täglichen Notwendigkeit, ja zu einem Zwang geworden, mobil zu sein. Wenn dies so ist, müssen alle staatlichen Ebenen, müssen Bund, Länder und Kommunen ein Mindestmaß an Mobilität auch für diejenigen sicherstellen, die eben nicht auf ein Auto zurückgreifen können oder – das sage ich auch ganz bewusst – nicht auf ein Auto zurückgreifen wollen. Diese Aufgabe ist in Bayern, insbesondere im ländlichen Raum, mit den Rezepten der Vergangenheit dauerhaft nicht zu lösen. In besonderem Maße brauchen wir Kreativität bei der Umsetzung von neuen, alternativen Konzepten.

Ich habe von der Verpflichtung gesprochen, Mobilität zu gewährleisten. Sie trifft sich aber mit einer anderen Verpflichtung des Staates, nämlich mit der Verpflichtung, eine intakte Umwelt sicherzustellen, die gesundheitliche Unversehrtheit der Bevölkerung zu gewährleisten und ein lebenswertes Wohnumfeld möglich zu machen. Ich nenne die Themen Feinstaub, CO₂ und Lärm. Kollege Magerl, Sie haben das sehr schön angesprochen, ich muss das nicht wiederholen.

Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen – auch das gehört zu diesem Nachdenken über den staatlichen Auftrag – sind für uns eine klassische Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge. Sie sind nicht nach rein betriebswirtschaftlichen Rentabilitäts Gesichtspunkten zu bewerten; diese dürfen nicht der Maßstab ihrer Umsetzung sein.

Schließlich muss aber auch klar sein, dass volkswirtschaftlich eine echte Anlastung von Kosten bei den Verkehrsträgern erfolgen muss. Deshalb sind wir, meine Damen und Herren, bei der Maut – auch wenn wir dann noch weiter differenzieren, erst recht nach Schadstoffemissionen und Ähnlichem – grundsätzlich auf einem richtigen Wege. Ich glaube, nach dem Drama der Einführung ist dies mittlerweile auch in Deutschland und darüber hinaus Konsens.

Ich habe davon gesprochen, dass wir uns in der Verkehrspolitik einem klaren Leitbild verpflichtet fühlen: der integrierten Verkehrspolitik. Integrierte Verkehrspolitik bedeutet: Wir setzen darauf, die Stärken der einzelnen Verkehrsträger zu optimieren und die Schwächen zu minimieren; denn mehr Verkehr bei weniger Umweltschädigung lässt sich weder durch ideologische Beschränkungsdiskussionen noch durch Ausbauorgien erreichen. Das lässt sich nur durch eine optimale Verzahnung der Leistungsfähigkeit und der Charakteristika der einzelnen Verkehrsträger erreichen sowie dadurch, die noch bestehenden Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern zu optimieren.

Das gilt zunächst für den Personenverkehr. Oftmals sind es doch die scheinbar nebensächlichen Fragen, die die potenziellen Nutzer davon abhalten, in den Zug zu steigen,

den öffentlichen Nahverkehr zu benutzen: Wie sicher ist mein Rad am Bahnhof? Finde ich dieses Mal einen Parkplatz oder ist der Park-and-ride-Platz entgegen seinem Namen wieder überfüllt? Das sind doch die praktischen Fragen, die die Menschen dazu bringen, nicht auf den ÖPNV umzusteigen.

Die Schnittstellenproblematik zeigt sich auch im Güterverkehr. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die Bemühungen der Bundesregierung, zum Beispiel um die weitere Verbesserung bei den Güterverkehrszentren. Ich nenne als Beispiel die Verlagerung des Güterverkehrszentrums in Nürnberg hinaus aus der Innenstadt hinein in den Hafen. Dies wird jetzt mit den Mitteln des Zwei-Milliarden-Zusatzprogramms möglich, das Kollege Rotter neulich hier so geschmäht hat. Ich glaube, seither keine diesbezügliche Kritik von der CSU mehr gehört zu haben. Was passiert in Nürnberg? – Wir schaffen dort das, was wir sonst nur im Modell schaffen. Wir schaffen ein trimodales Umschlagzentrum zwischen Schiene, Straße und Wasser. Meine Damen und Herren, dies wird genutzt werden. Auch der in diesem Hause immer wieder diskutierte Rhein-Main-Donau-Kanal erfährt dadurch sogar eine Aufwertung.

Wir begrüßen auch die Bemühungen der Bundesregierung um die Reaktivierung und um die Neuerrichtung von Gleisanschlüssen, die der Bahn auch nach ihrem Kahl-schlagsprogramm Mora C im Güterverkehr ihre typischen Güter, die so genannten bahnaffinen Güter, direkt ab Werk und direkt zum Kunden, wieder erschließen soll.

Meine Damen und Herren, der Bund hat mit dem Gleisanschlussprogramm gehandelt. Das Problem ist jetzt: Wann wird endlich die bayerische Verkehrspolitik aktiv? Im Interesse unseres Landes wäre das dringend erforderlich. Solange wir aber auch warten: Fehlanzeige! Sie haben es noch nicht einmal fertig gebracht, dem Ausschuss einen Bericht über Ihre diesbezügliche Politik zu erstatten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich wende mich jetzt direkt an Sie und auch an jene, die regional davon betroffen sind. Ihre CSU-Staatsregierung versagt auch beim Thema Güterverkehr auf der Schiene und beim Thema Güterverkehr auf der Schiene in der Fläche total. Sie versagt in einem Ausmaß, das dramatisch und langsam abenteuerlich ist. Ich frage Sie: Was ist mit den Strecken Amberg – Schnaittenbach und Landsberg – Schongau? Durch Ihre Tatenlosigkeit lassen Sie ganze Industriezweige – Kaolinindustrie, Glasindustrie, Papierindustrie –, und Landstriche vor die Hunde gehen. Wer hat denn die Strecke Amberg – Schnaittenbach öffentlich zum Thema gemacht? Wer? – Das waren wir! Die bayerischen Sozis müssen sich darum kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Die bayerischen Sozis haben die Beteiligten erstmals an einen Tisch gebracht. Monate später hatte Herr Spitzner eingeladen. – Schön, ich weiß ja, dass man unsere Pressemitteilungen im Hause Wiesheu und im Hause Beckstein sehr genau liest. Es ist schön, dass auch einmal danach gehandelt wird. Es waren aber die bayerischen Sozis, die das Geeiere von DB-Netz gegenüber den eigenen Gesellschaften – ob sie jetzt Cargo, Stinnes oder

Railion heißen; man weiß ja gar nicht mehr, was jeden Tag en vogue ist – öffentlich gemacht haben. Der verkehrspolitische Sprecher der bayerischen Sozis rennt den Bahnverantwortlichen hinsichtlich dieses Themas die Tür ein. Ehrlich gesagt: Von Ihnen und Ihrer Regierung habe ich hinter dieser Tür noch niemanden getroffen – und das angesichts eines Themas, das Tausende von Arbeitsplätzen betrifft, das die Oberpfalz betrifft. Das scheint hier niemanden zu interessieren.

Meine Kolleginnen und Kollegen, integrierte Verkehrspolitik heißt auch, dass wir klare Prioritäten setzen. Ich habe gerade mit Herrn Ach gesprochen. Zuallererst muss gerade bei knappen Mitteln darauf geachtet werden, dass man weiß, was das Wichtigste ist: nämlich die Infrastruktur zu erhalten. Dann kommen Lückenschlüsse und Engpassbeseitigungen. Wir haben allen Grund, später miteinander darüber zu reden. Es geht auch um den Aufbau Ost und die EU-Osterweiterung. Kommen Sie mir jetzt bloß nicht wieder damit, dass Sie auf unsere Regierung verweisen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Das Desaster mit der A 6 im Bundesverkehrswegeplan 1992 ist eine verkehrspolitische Bankrotterklärung erster Güte.

(Beifall bei der SPD)

Denjenigen unter Ihnen – für manche hat die Politik offensichtlich erst 1998 begonnen –, die nicht wissen, wer 1992 die Regierung gestellt hat, sage ich: Das waren Kohl und Waigel. Nach meinen Kenntnissen war ein Oberpfälzer, nämlich Kollege Jobst, Vorsitzender des Verkehrsausschusses. Schauen Sie einmal, was im Bundesverkehrswegeplan 1992 aus der Anbindung des Ostens geworden ist.

Das, meine Damen und Herren, ist Versagen bei der Verkehrspolitik. Da müssen wir nicht über Petitesse reden. Das ist Versagen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu den Mitteln. In den Zeiten, als die Kohl-Regierung dort war, wo Sie unsere Regierung hinreden wollen – warten wir ab, ob das so kommt –, also im Jahr 1998, dem Jahr, als Kohl und Waigel abgetreten sind, lagen die Haushaltsmittel für Verkehrsinvestitionen weit unter 10 Milliarden Euro und weit entfernt von dem, was Sie jetzt als den Untergang des Abendlandes heraufbeschwören.

Wir brauchen die Anbindung der großen Zentren. Das ist auch aus Sicht der bayerischen Industrie richtig. Sie kennen die Probleme und die Interessen des Chemiedreiecks. Die Bundesregierung bemüht sich um die Anbindung des Hinterlandes der Seehäfen wie keine andere Bundesregierung zuvor. Das ist auch ein Thema für die Wirtschaft in Bayern. Wenn wir das abgearbeitet haben – erst dann –, müssen wir in der Tat den Neubau überlegen. Wenn wir neu bauen, brauchen wir einen klaren Maßstab. Wir müssen die vorhandenen Netze leistungsfähiger machen, und wir müssen sie umweltverträglich bauen. Daraus erklärt sich das große Engagement der Bundesregierung bei den Ortsumfahrungen. Dort wurde

mit dem Zwei-Milliarden-Euro-Programm sehr viel auf den Weg gebracht.

Nun zur nachhaltigen Mobilität und was sie für den Freistaat Bayern bedeutet. – Das ist unser Handlungsauftrag. Kollege Dr. Magerl, manchmal sollte man – eine gegenseitige Anregung – weniger theoretisch als vielmehr praktisch reden; denn dazu brauchen die Herren, die rechts von uns sitzen, Nachhilfe.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Götz (CSU))

– Frau Götz, Sie nicht. Das weiß ich.

Für Bayern bedeutet das, dass wir einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr brauchen, der eine echte Alternative zum Individualverkehr ist. Das bedeutet den Ausbau der S-Bahn in München. Zum Glück wird mittlerweile auch daran gegangen, für die S-Bahn in Nürnberg ein drittes und viertes Gleis zu bauen. Dank des Zwei-Milliarden-Euro-Programms sind wir auf dem richtigen Weg. Wir haben uns ausdrücklich beide darum bemüht. Ich spreche Ihnen das nicht ab. Sie sprechen es uns Sozis ab. Aber das Ergebnis stimmt. Unsere Regierung hat das auf den Weg gebracht.

Wir müssen im Flächenland Bayern aber auch den ÖPNV in der Fläche sicherstellen. Wir brauchen einen leistungsfähigen Schienenpersonennahverkehr. Dazu brauchen wir den Bayerntakt. Deshalb gefallen mir die Gerüchte, die um die Regentalbahn entstanden sind, die nicht wir erzeugt haben – falls das jetzt kommt –, sondern die an uns herangetragen wurden, gar nicht. Ich bin sehr glücklich, dass sich bei mir nach meiner Mündlichen Anfrage die Anrufe überschlagen haben, an dem Gerücht sei nichts dran. Ich hätte es als fatales Zeichen empfunden, wenn man kaum nach dem Übergang auf Arriva eine andere Politik fährt.

Zum Schienengüterverkehr habe ich bereits etwas gesagt. Ich bitte die Staatsregierung noch einmal, dieses Thema endlich ernst zu nehmen. Wir müssen für die Massengüter in Bayern eine Schienenanbindung sicherstellen. Ich weiß, dass die DB Netz AG eigene Vorstellungen hat. Aber, Herr Minister, Sie haben es doch im Kreuz und haben das heute dargelegt, dass Sie das Nötige an der richtigen Stelle sagen werden. Nicht nur ich kann mit Herrn Josel und mit Herrn von Waldenfels sprechen, sondern doch sicher auch Herr Spitzner.

Für den Schienenfernverkehr wollen wir leistungsfähige, schnelle Verbindungen – nicht als Selbstzweck, Herr Magerl –, sondern um Kurzstreckenflüge entbehrlich zu machen. Ich glaube, hier kommen wir durchaus zusammen.

Wegen des Individualverkehrs müssen wir, Herr Staatssekretär, das jahrhundertealte Staatsstraßennetz in einen sinnvollen Zustand bringen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen die Anregungen des Bayerischen Obersten Rechnungshofs – ORH – ernst nehmen. Ich gebe zu, es war etwas frech, von 10 000 Schlaglöchern zu sprechen. Aber eine Regierung, die von der Bundesregierung in Berlin ständig fordert, mehr Geld locker zu machen, sollte sich nicht mit eigenen Finanznöten herausreden, da schon der ORH sagt, was die Staatsregierung mache, sei eine teure Variante, weil sie die Straßen und Brücken verkommen lasse.

(Manfred Ach (CSU): Ich kann bestätigen, dass wir dafür etwas im Haushalt haben!)

– Ich habe es gesehen. Ich habe mich gefreut. Ich glaube nicht, dass das über den Haushaltsausschuss hinaus in der CSU angekommen ist, Herr Ach. Dass Sie das heute betonen, ist gut.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert nach wie vor die Erstellung des Radverkehrswegeplans, was bisher verweigert wird. Wegen der EU-Osterweiterung sollte die Staatsregierung nicht nur nach Berlin zeigen; denn dort sind die Dinge mittlerweile auf dem Weg. Auch Staatsstraßen führen Richtung Thüringen, Sachsen und in Richtung Böhmen. Hier sollte sich die Bayerische Staatsregierung an der eigenen Nase fassen.

Ich glaube, es war nötig, ein paar Dinge zu sagen, die Bayern betreffen, weil wir uns ansonsten in einer etwas abgehobenen Diskussion verloren hätten.

Interessant ist, dass eine Reihe von Anträgen, die Kollege Dr. Magerl vorgestellt hat, auf Bundsratsinitiativen abzielen. Das hat uns sehr überrascht, weil wir bisher davon ausgegangen waren, dass auch die Bundestagsfraktion der GRÜNEN kraftvoll eigene Dinge auf dem Weg bringen kann und darüber hinaus Kollege Trittin nicht als Leisetreter auffällt. Wir haben verstanden, dass Sie offensichtlich die Schwarzen zu Hilfe gegen die Roten wollen. Bei vernünftigen Dingen marschieren Rot-Grün aber stets zusammen. Nur muss nicht alles zwingend vernünftig sein, was von den GRÜNEN kommt.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

– Immer öfter zwar wieder, aber nicht immer.

Ich komme zu Ihrem ersten Antrag. Vieles davon haben Sie in meiner Rede wieder-gefunden. Ich habe versucht, die Anträge in ein stringentes Korsett einzubinden. Ich werde, Frau Gote, nicht über Ihre Hof-Phobie reden – kein Wort dazu. Wir haben bereits im Ausschuss gesagt, der Antrag beinhalte zwar viele schöne Grundsätze, aber nur – wie Sie in der Begründung schreiben – Allgemeinplätze. Was Sie zusammengeschrieben haben, ist zwar richtig, das muss man aber nicht zu einem Antrag im Parlament erheben. Weil die Aussagen richtig sind, haben wir zugestimmt. Wir werden das auch heute tun.

Nicht zugestimmt haben wir dem Antrag zum Tempolimit. Bemerkenswert war, dass gegenüber den wortgleichen Anträgen aus der vorletzten Runde 20 km/h draufgeschlagen wurden. Das wiederum – das haben wir verifi-

ziert – hängt mit der neuen Lust an der Mobilität zusammen, die Kollege Trittin erkannt hat. Jetzt sind es 120 km/h. Zur innerörtlichen Beschränkung soll das jetzige Regelverhältnis von 50 km/h zu 30 km/h umgedreht werden. Nicht ausnahmslos 30 km/h werden gefordert, sondern Sie sagen, in begründeten Einzelfällen können es auch 50 km/h sein. Kollege Richter hat dazu das Nötige gesagt. Die Umdrehung von Regel und Ausnahme überzeugt uns nicht. Sie erzeugt nur Bürokratie und Kosten für Schilder. Was soll der Aufwand, wenn man wahrscheinlich zum gleichen Ergebnis kommt wie jetzt?

(Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das Tempolimit auf der Autobahn ist ein Thema, über das wir ernsthaft miteinander reden. Sie haben mich auf Ihrer Seite, wenn Sie auf die Gefährlichkeit des Straßenverkehrs verweisen. Wir meinen aber, dass diese Anträge ungenügend sind. Die Erfahrungen in den Ländern, die die Geschwindigkeit auf ihren Autobahnen homogenisiert haben, zeigen das Gleiche wie die Sachverständigen sagen, nämlich man solle nicht auf eine bestimmte Geschwindigkeit fixiert sein, sondern überlegen, wo der Tempobereich liegt, etwa 130/140 km/h oder 160 km/h. Zumindest sollte es ein Bereich sein, den man durchhalten kann. Deshalb haben wir diese Anträge abgelehnt. Wir meinen, dass Sie bei einem richtigen Ansatz zu kurz springen. Für uns gibt es keinen Grund mitzuspringen.

(Christine Stahl (GRÜNE): Wenn die SPD noch springen kann!)

– Wir können und dürfen springen.

(Schriftführerin Maria Scharfenberg (GRÜNE): Bloß wie weit!)

– Wir, liebe Kollegin – Ich weiß nicht, ob es gestattet ist, dass Sie als Schriftführerin zwischenrufen. Ich antworte aber gern. Wir springen immer in die richtige Richtung, und wir springen immer, so weit wir können. Das ist der Sinn eines Weitsprungs. Alles andere wäre Schwebelaken oder Ähnliches, wo es auf die Schönheit ankommt. Wir wollen Ergebnisse der Politik und nicht in Schönheit sterben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ihr übertretet immer!)

– Jetzt kommt Herr Dürr, und ich begrüße Sie.

Zur Einführung eines Grenzwertes für CO₂: Der Antrag eignet sich am besten von allen, um die Unterschiede hier im Hohen Haus aufzuzeigen.

Da gibt es zwei Positionen. Es gibt die Position der CSU, die sagt: Laissez faire. Macht, was Ihr wollt, die Industrie macht es schon. Das werden wir wahrscheinlich gleich hören.

Und dann gibt es die Position der GRÜNEN, die von vornherein eine Neigung zum Verbot oder Gebot haben. Wir gehen auch da den Weg der Vernunft. Wir setzen auf die Vernunft der Marktteilnehmer und der Nutzer. Wir geben

Ihnen eine Chance, und wenn das nicht fruchtet, handeln wir. Wir sind auch nicht wundergläubig, was die Selbstverpflichtung angeht. So etwas ist immer schnell unterschrieben, wenn man hofft, sich nicht daran halten zu müssen. Deshalb ist es richtig, nachdem sich jetzt herausgestellt hat, dass es nicht der wirksame Weg ist, zu Maßnahmen seitens des Gesetzgebers zu kommen, und deshalb haben wir diesem Antrag selbstverständlich zugestimmt, weil er ja begründet ist.

Zu den ökologischen Folgen des Luftverkehrs habe ich folgende Bemerkungen: Erstens. Ja, sie müssen verringert werden; Kollege Magerl hat Recht. Zweitens. Das Thema Kerosin-Besteuerung stand schon in der gemeinsamen Koalitionsvereinbarung. Da müssen Sie uns also nicht katholisch machen, auch wenn das bei mir als Protestanten sowieso schwierig wäre. Aber ich dachte, dass sich die Bundesregierung darin einig ist, dass wir keine Alleingänge machen können. Und zur Bundesregierung gehört auch wieder Minister Trittin. Korrigieren Sie mich bitte, wenn ich da irre.

Richtig ist, dass wir bei der Beratung im April mehr auf diese von Bundeskanzler Schröder angestoßene Initiative einer einheitlichen Besteuerung zugunsten der Entwicklungsländer gesetzt haben; denn das ist ein sinnvoller Ansatz. Dass das möglicherweise europaweit, wie so vieles in diesen Tagen, nicht den gewünschten Widerhall hat, muss ich konzedieren. Im Übrigen enthält der Antrag verschiedene Punkte, die ihn für uns nicht zustimmungsfähig machen. So fordern Sie beispielsweise im zweiten Spiegelstrich, dass kein weiterer Ausbau der Flughafeninfrastruktur in Bayern mit öffentlichen Mitteln stattfinden soll. Bei aller Liebe und leidenschaftlichen Diskussion um die Regionalflughäfen, die wir sicherlich auch in Zukunft noch führen werden: In einem Land wie Bayern zu sagen, es solle kein Cent öffentlicher Mittel mehr in den Ausbau eines Flughafens, also auch Münchens oder Nürnbergs, gesteckt werden – Ausbau heißt für mich nicht nur neue Landebahnen oder Ähnliches, sondern schlichtweg Verbesserungen, die dem Nutzer zugute kommen – kann es nicht sein. Das meinen Sie sicherlich auch nicht so. Ich weiß es, aber Sie haben es nun einmal so in den Antrag geschrieben, und wir als Gesetzgeber können so etwas leider nicht beschließen, da die Folgen auf der Hand lägen. Wir könnten dann keine Rolltreppe am Flughafen mehr austauschen oder Ähnliches, und das kann es nicht sein.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, haben eben auf die öffentliche Eigentümerschaft verwiesen; bleiben Sie also bitte eine halbe Stunde konsequent.

Die Start- und Landegebühren kann man sicherlich noch mehr an ökologischen Kriterien orientieren und sollte es auch. Das ist richtig. Bisher haben wir allein das Kriterium Lärm nicht ausreichend berücksichtigt, das gestehe ich zu. Aber es bleibt dabei, Sie haben die verschiedensten Gesichtspunkte in einem einzigen Antrag verbunden, die es uns schwer machen, dem Ganzen zuzustimmen. Es ist sicherlich auch schon in den Ausschussberatungen deutlich geworden, dass wir uns nicht der Zielsetzung verwei-

gern und dass wir nicht blind sind für die ökologischen Folgen des Flugverkehrs, aber auch hier bin ich der Meinung: Wir werden ihn nicht wieder abschaffen können. Ich will das nicht. Ich weiß auch nicht, ob Sie das wünschen könnten; denn Kuba wäre sonst nicht zu erreichen. Auch hier müssen wir also aufpassen, was wir beschließen. Wegen des Punktes über die Infrastruktur konnten wir dem Antrag weder im Ausschuss noch können wir ihm heute zustimmen.

Jetzt höre ich auf, weil Kollege Wörner müde wird, und das ist immer schade, denn dann ist er nicht mehr dabei, und weil der Kollege Breitschwert noch redet.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Wie schon angekündigt: Herr Kollege Breitschwert.

Klaus Dieter Breitschwert (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den Ausführungen von Herrn Dr. Beyer möchte ich eingangs sagen: Ich höre zwar die Worte, allein in weiten Teilen fehlt mir der Glaube.

(Heiterkeit bei der CSU)

Das als Vorwegbemerkung zu dem, was Sie, Herr Kollege Dr. Beyer, gesagt haben. Es gibt in diesem Land nämlich gar nicht wenige Projekte, seien es Bundesstraßen oder Bundesautobahnen, die von Rot-Grün massiv behindert, wenn nicht sogar blockiert wurden.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Es war interessant, das Programm der Bundesregierung mitzuverfolgen, und ich frage mich, weshalb morgen der Bundeskanzler in Berlin die Vertrauensfrage stellen wird und voraussichtlich auch verlieren wird, sodass wir am 18. September Neuwahlen haben werden. Das nur als kurze Vorbemerkung zu dem, was Sie hier im Hohen Haus in einer breiten Palette zum Thema Verkehrspolitik vorgestellt haben.

Meine Aufgabe ist es nun, in Nachfolge des Kollegen Richter das Thema CO₂-Ausstoß bei Kraftfahrzeugen, das im Ausschuss von dem Kollegen Dr. Magerl und seinen grünen Kollegen thematisiert wurde, kurz zu erläutern. Ich werde es in der gebotenen Kürze tun. Umweltschutz – das ist mit diesem Antrag gemeint –, geht uns letzten Endes alle an. Jeder Einzelne – das ist mein Ansatz – kann seinen Beitrag dazu leisten. Er muss es nur wollen. Wir dürfen nicht nur darüber reden.

Auch beim Thema des so genannten CO₂-Ausstoßes sind die Menschen dazu aufgerufen mitzuwirken; sie können es auch selbst steuern; das kann ich als jemand beurteilen, der mit dem Kraftfahrzeug zu tun hat. Das geschieht auch in vielfältiger Weise. Das will ich der Redlichkeit halber hinzufügen.

Ich erinnere nur an die vielen Verschärfungsregelungen beispielsweise bei den Heizungen oder auch beim Indivi-

dualverkehr und die damit verbundene Möglichkeit, Kraftstoff zu sparen. Das ist dann auch das Thema.

Eine spritsparende Fahrweise verringert den klimaschädlichen CO₂-Ausstoß um 15 % und schont natürlich bei diesen Höchstpreisen, die uns Rot-Grün aus Berlin aufgedrückt haben, den Geldbeutel der Kraftfahrer.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Welches Auto hätten Sie denn gerne?)

Intelligent und auch mit Weitsicht fahren ist deswegen auch das Thema, wenn wir über spritsparendes Fahren reden.

Intelligente Verkehrsleitsysteme – Sie haben es angesprochen, Herr Dr. Beyer – sind übrigens auch ein Weg, den Verkehrsfluss spritsparend zu lenken. Deutschlandweit könnten solche Einsparungen hochgerechnet bis zu 10 Milliarden Liter ausmachen, habe ich mir sagen lassen. Ein spritsparendes Fahrverhalten verringert auch den Ausstoß an klimaschädlichem Kohlendioxid, das zu rund einem Fünftel vom Straßenverkehr herrührt.

In Deutschland würde ein konsequent umweltfreundlicher Fahrstil aller Verkehrsteilnehmer bis zum Jahre 2010 den CO₂-Ausstoß um rund 6 Millionen Tonnen mindern. Wir sehen hier ein ungeheures Potenzial zur Einsparung, das wir den Menschen vermitteln müssen – das kann auch Ihre Aufgabe sein –, ohne dass wir gleich die gesetzgeberische Keule schwingen, wie Sie das immer beabsichtigen.

Das Interesse am Spritsparen ist im Übrigen groß und zeigt die Bereitschaft der Menschen mitzuwirken. Dabei ist mir natürlich bewusst, dass der in Deutschland unnötig hohe Benzinpreis zu dieser Bereitschaft zusätzlich beiträgt. Ein Vergleich mit unseren Nachbarländern – das wurde vorhin auch schon angesprochen – zeigt, wie teuer Sprit in Deutschland mittlerweile ist. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Zeiten, als es in Italien deutlich teurer war. Heute ist Deutschland Spitzenreiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Maßnahme allein kann nicht den erwünschten Effekt erzielen. Das zeigt sich übrigens auch bei anderen Maßnahmen; denn weder rein technische noch rein verkehrseinschränkende Maßnahmen sind alleine erfolgreich und zielführend. Vielmehr müssen verschiedene Strategien miteinander gekoppelt werden, um die Zielmarke einer umweltgerechten Mobilität zu erreichen.

Technische Verbesserungen – auch das sollte noch einmal erwähnt werden –, angefangen von neuen Antriebsarten über Innovationen wie dem Sechs-Gang-Automatik-Getriebe bis hin zu schwefelarmen und schwefelfreien Kraftfahrzeugen, zeigen einen positiven Ansatz. Daneben haben wir gesetzliche Vorgaben als Steuerungsinstrumente, die unverzichtbar sind. Übrigens ist es gut und sinnvoll, die Kraftfahrzeugsteuer als im Umweltsinne lenkend einzusetzen. Wir sind alle aufgefordert, dies im Rahmen unserer Möglichkeiten anzustreben.

Dennoch ist der hier diskutierte Antrag nicht erforderlich und kann in der Praxis auch nicht umgesetzt werden. Das wissen wir. Denn Übergangsfristen sind naturgemäß unumgänglich, wollen wir doch die Automobilindustrie und die Automobilwirtschaft mit ihrer riesigen Anzahl von Beschäftigten nicht aus dem Blick verlieren. Wir sprechen immer von der Beschäftigungspolitik; für uns haben Arbeitsplätze den größten Vorrang, denn dies ist und bleibt ein wichtiger Wirtschaftszweig in Bayern und in Deutschland insgesamt.

Auch wenn wir den Antrag mit Übergangsfristen ausstatten würden, wäre er aus meiner Sicht absolut überflüssig, weil es bereits eine freiwillige Selbstverpflichtung der Automobilindustrie gibt.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE) und Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Darüber hinaus sieht die EU-Kommission eine Regelung vor, die dem heutigen Antrag eindeutig entspricht, Herr Kollege Dr. Magerl. Da hinterfrage ich dann auch den Sinn dieses Antrages. Außer zusätzliche bürokratische Hemmnisse zu errichten, also eine weitere Umwelt- und sonstige Bürokratie, die wir abbauen möchten, entdecke ich nichts.

Im Übrigen wird bis zum Jahre 2008 der CO₂-Ausstoß durch Pkw-Neuwagenflotten seitens der Automobilhersteller auf 140 Gramm pro Kilometer gesenkt, und die EU-Kommission gibt bis zum Jahre 2012 einen Grenzwert von 120 vor.

Wie sieht der Alltag nun im Kraftfahrzeuggewerbe aus? – Ich weiß, wovon ich rede. Das Drei-Liter-Auto, das es heute schon auf dem Markt gibt, wird praktisch im täglichen Verkauf nicht an die Kunden gebracht. Das muss hier einmal festgestellt werden. Der Käuferwunsch hält sich in absolut geringen Grenzen, und es gibt nur wenige Hersteller, die überlegen, diese Art von Fahrzeugen weiter anzubieten, und selbst diejenigen, die sich besonders umweltfreundlich geben, haben keine vergleichbaren Fahrzeuge.

Wir von der Union – das ist unsere Politik – werden unsere Bürger selbstverständlich nicht bevormunden und Ihnen nicht vorschreiben, welche Fahrzeuge sie zu kaufen haben. Wir lehnen dirigistische Maßnahmen – und dieser Antrag ist dirigistisch, liebe Kolleginnen und Kollegen – naturgemäß ab.

Daher lehnen wir es ab, bestimmte Zulassungsquoten im Modellmix der Hersteller vorzuschreiben. Auch das möchten Sie einführen. Sollen wir dem Kunden in einer ohnehin schon kritischen Lage noch vorschreiben, welches Auto er kaufen soll? Das kann nicht unser Kriterium sein. Wir lehnen dirigistische Eingriffe ab.

Das gilt zum Beispiel auch für das Vorschreiben des Verkaufspreises. Das geht gar nicht, das wissen Sie genau. Das regelt der Markt. Verbrauchsintensivere Pkw würden im Rahmen einer Mischkalkulation nur noch weiter verteuert und verbrauchsgünstige Kleinwagen würden künstlich verbilligt. Das würde zu Wettbewerbsverzerrungen auf

dem Markt führen. Dies würde insbesondere zulasten der deutschen Hersteller gehen. Für uns aber sind, wie gesagt, die Automobilindustrie und die Automobilwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen. Die beantragten Eingriffe sind auch nicht erforderlich. Wir sind bereits jetzt auf dem richtigen Weg. Die Selbstverpflichtung bis zum Jahre 2008, die ich vorhin angesprochen habe, und auch die in Aussicht genommene EU-Verordnung zeigen, dass eine deutsche Planübererfüllung, wie Sie sie zum wiederholten Male wollen, auch in diesem Bereich nicht erforderlich ist. Der Antrag ist ebenso überflüssig wie ein Kropf. Er bringt einen wichtigen Bereich unserer Wirtschaft unnötig unter Druck. Deswegen schlage ich vor, Ihren diesbezüglichen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat Herr Staatssekretär Schmid das Wort.

Staatssekretär Georg Schmid (Innenministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Anträge der GRÜNEN bringen uns keinen Schritt voran, sondern sie bringen uns zehn Schritte zurück. Das ist ungefähr so, wie wenn man in einen großen Tunnel hineingeht, an dessen Ende man kein Licht sieht, sondern gegen eine Betonwand läuft. Das, was wir heute vom Kollegen Magerl gehört haben, war grüne Ideologie vom Feinsten, gegen jeden Verkehr, wo auch immer er stattfindet.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

Ich glaube, Sie sind sogar gegen den Fahrradverkehr, wenn er nicht auf einem Feldweg, sondern auf einer geschotterten Straße stattfindet.

Das war heute wieder eine Verteufelung jeglichen Verkehrs auf der Straße. So machen Sie unser Land auch wirtschaftlich weiterhin kaputt. So kann man natürlich auch Ideologie machen.

(Beifall bei der CSU)

Die Straße ist der Verkehrsträger Nummer eins, und sie wird es auch in Zukunft bleiben. Wer sich den Prognosen und der Realität nicht verschließt, weiß, dass wir bis zum Jahre 2015 – das sagen alle Fachleute nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa – im Güterverkehr ein Plus von über 60 % und im Personenverkehr ein Plus von 20 % bekommen werden. Die Menschen brauchen mehr Flexibilität. Sie müssen unterwegs sein. Die Waren müssen just in time geliefert werden. Unsere wirtschaftliche Entwicklung deutet klar darauf hin. Sie aber sagen: Das alles brauchen wir nicht, da machen wir ein paar Tempolimits oder sperren am besten alle Straßen! – Damit lösen wir die Probleme unseres Landes nicht. Damit machen Sie unser Land auch wirtschaftlich kaputt, Herr Kollege Magerl.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Sie machen pure Polemik und setzen sich nicht mit dem Anliegen auseinander!)

Dann beklagen Sie hier, dass der Spritpreis so hoch ist. Sie waren es doch, die gesagt haben, dass Sie erst zufrieden sein werden, wenn der Spritpreis 5 Mark beträgt. Dorthin kommen wir bald, wenn ihr so weitermacht. Das dürft ihr aber nicht beklagen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Und dann noch die Zahl der Verkehrstoten als Argument benutzen! Das ist doch das Absolute! Dazu kann ich nur Folgendes feststellen: Wir haben ein Konzept „Verkehrssicherheit Bayern 2006“ erarbeitet und sind gemeinsam dabei, die Zahl der Verkehrstoten zu reduzieren, weil jeder Tote, jeder Verletzte einer zu viel ist.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Paulig?

Staatssekretär Georg Schmid (Innenministerium): Ja.

Ruth Paulig (GRÜNE): Das ist nett, Herr Staatssekretär. Damit kommen Sie wieder ein bisschen von der Polemik auf den Boden der Tatsachen.

(Widerspruch bei der CSU)

Müssen Sie denn nicht zugestehen, dass wir angesichts der steigenden Ölpreise schon längst damit rechnen mussten, dass die Kosten für die Wirtschaft, die eben mit diesem Rohstoff verschwenderisch umgeht, enorm steigen werden und dass die in der Wirtschaft Vorteile haben – und dazu gehört die Automobilindustrie –, die auf den sparsamen Umgang, auf Spritsparen, auf emissionsarme Fahrzeuge setzen?

(Staatssekretär Georg Schmid: Frage! – Dr. Christian Magerl (GRÜNE): „Stimmen Sie mir zu?“ hat sie gesagt!)

Das wäre doch die wirtschaftliche Zukunft.

Staatssekretär Georg Schmid (Innenministerium): Also, die wirtschaftliche Zukunft sieht aus Ihrer Sicht so aus: Sie haben die Ökosteuer erfunden, zahlen damit die Rente und beklagen sich dann darüber, dass der Benzinpreis so hoch ist! Das versteht doch kein Mensch mehr, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf noch einmal auf das Thema der Verkehrstoten zurückkommen.

(Christine Stahl (GRÜNE): Nachrechnen!)

Im vergangenen Jahr wurde die Zahl der Verkehrstoten um 14 % gesenkt. Das erfordert viel Kraft, viel Mühe, viel Arbeit unserer Polizei und unserer Sicherheitskräfte. In den ersten Monaten dieses Jahres wurde eine Reduktion um 8 % erreicht. Das ist ein mühsames Geschäft. Aber dieses Thema heranzuziehen, um sozusagen Ihrer Ideologie gerecht zu werden, halte ich für unmöglich.

Otto Wiesheu könnte sich heute auch selber verteidigen. Er ist anwesend. Aber, Kollege Magerl, so wie Sie das machen, geht es nicht. Eines kann ich Ihnen sagen: Der Stolpe und der Trittin haben im Schatten von Otto Wiesheu locker Platz. In dieser Frage brauchen Sie sich nichts vorzumachen und den Otto Wiesheu zu attackieren. Das ist sehr plump. Daran sieht man, wie dünn Ihre Argumente letztlich sind.

Wir werden zunehmenden Verkehr haben, und wir müssen darauf reagieren.

Herr Kollege Dr. Beyer, ich darf Ihnen Folgendes sagen: Zunächst haben Sie das mit der Maut versemelt, indem Sie nicht in der Lage waren, das Konzept zu entwickeln.

(Beifall bei der CSU – Dr. Thomas Beyer (SPD): Wer hat denn das Konzept gemacht?)

– Entschuldigung, die Verträge haben Sie doch abgeschlossen!

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wer hat das entwickelt?)

Dann war das Ergebnis fertig, und dann fließt dieses Geld, das den Speditionen abgenommen wird, nicht in den Straßenverkehr, sondern dann legen Sie ein bisschen drauf, und das bisschen, das Sie draufgeben, nehmen Sie unten aus den normalen Haushaltsmitteln heraus,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

sodass der Gaul nicht nur auf den alten Füßen läuft, sondern auch noch härter wird. Schauen Sie sich einmal die Prognosen für 2006, 2007 und 2008 an. Ich kann Ihnen sagen, dass das nicht mehr wird, sondern weniger. Das ist keine ehrliche Politik.

Wer uns dann wegen der Staatsstraßen attackiert, dem sage ich: Natürlich bräuchten wir mehr Geld für die Staatsstraßen. Dabei muss ich auch abwägen, wie viel ich mir zusätzlich leisten kann. Wir haben im Haushalt 2005/2006 zweimal diese 30 Millionen Euro zusätzlich eingestellt. Natürlich würde ich lieber noch viel mehr drauflegen, vor allem wenn ich das sehe, was die Kollegen von der SPD und die Kollegen von den GRÜNEN, die so gegen den Straßenverkehr sind, immer wieder als Anliegen an mich herantragen. Das ist doch eine Doppelzüngigkeit, wenn Sie sagen: Wir brauchen mehr Geld, aber nur bei der Staatsstraße bei mir in der Nähe, ansonsten sind wir generell gegen Straßen! – Das ist keine ehrliche und keine saubere Politik.

Übrigens, weil Sie die A 6 angesprochen haben: Wir haben angeregt, das auslaufende Konzept „Verkehrsprojekte deutsche Einheit“ fortzusetzen mit einem Programm „Verkehrsprojekte deutsche Einheit“.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wer soll das machen?)

Ein solches Programm hätten wir gebraucht; denn aufgrund der EU-Osterweiterung haben wir völlig neue Verkehre in Deutschland und in Bayern, nicht mehr nur Nord – Süd, sondern auch Ost – West. Da hätte ich schon erwartet, dass Herr Minister Stolpe – Ihr Minister! – gesagt hätte: Das ist ein wichtiges Konzept, das wäre eine gute Vorstellung, wir geben dafür extra Geld, um diese neue Herausforderung anzunehmen. – Aber was ist passiert? – In einem lapidaren, zehn Zeilen langen Schreiben hat Minister Stolpe mitgeteilt, dass das nicht erforderlich sei. Deswegen würde ich mich da an Ihrer Stelle nicht so weit hinaushängen.

Zu den Tempolimits: Wir haben diese Frage im Jahre 2000 in Deutschland noch einmal diskutiert. Wir haben diskutiert, welches Verhältnis von Regel und Ausnahme wir haben wollen. Zuständig für diese Verordnungen sind Kollege Stolpe und Kollege Trittin. Die haben das festgelegt, und jetzt wundere ich mich, dass völlig entgegengesetzte Anträge gestellt werden. Da weiß der eine nicht, was der andere will. Andere Bundesländer diskutieren dieses Thema momentan gar nicht. Das scheint eine Frage zu sein, bei der die Diskussion auf Bundesebene an den GRÜNEN in Bayern völlig vorbei gelaufen ist. Die haben gar nicht gemerkt, worum es geht.

Deswegen sage ich: Diese Anträge sollen nur dazu dienen, das Thema Straßenverkehr und generell das Thema Verkehr aus rein ideologischer Sicht zu betrachten und zu beleuchten. Dabei geht es nicht um eine sachliche Auseinandersetzung. Deswegen bitte ich sehr herzlich darum, diese Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Staatsminister Wiesheu.

Staatsminister Dr. Otto Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte nur auf ein paar Bemerkungen des Kollegen Beyer eingehen. Ich war etwas erstaunt, dass Sie dem Land Versagen im Güterverkehr auf der Schiene vorwerfen

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Weil Sie das Thema nicht behandeln!)

– jetzt passen Sie auf –, weil dafür die Zuständigkeit ausschließlich beim Bund liegt. Es ist leider so geregelt, dass das ausschließlich beim Bund liegt. Was soll ich denn machen? Uns obliegt die Bestellung im Personennahverkehr, mehr nicht. Die Zuständigkeit bei Rot-Grün hat sich für den Güterverkehr auf der Schiene negativ ausgewirkt; denn das Programm „Mora“, das die Bahn seit vier, fünf oder sechs Jahren betreibt, ist von Ihnen nicht gebremst worden. Danach sollten 360 oder 370 Verladestellen in Bayern aufgelöst werden. Es ist uns gelungen, mehr als

ein Drittel wieder herauszunehmen, und zwar durch mühsame Arbeit, indem wir dafür gesorgt haben, dass sich Verloader aus der Umgebung zusammenschließen und dafür sorgen, dass die Verladestellen entsprechend ausgelastet werden. Das war der Beitrag, der von uns geleistet worden ist in Kooperation mit Kammern und anderen Organisationen und der Wirtschaft vor Ort.

Ich habe nie feststellen können, dass sich von Rot-Grün jemand dafür interessiert hätte. Wir mussten auf den Bund einwirken, und der Bund, Herr Beyer, hat es abgelehnt, hier tätig zu werden. Der Bund hat immer gesagt, wir sind zwar zu 100 % Eigentümer, aber das ist eine Aktiengesellschaft, und da reden wir nichts drein. Das ist ja lustig. Der Bund hat aber vom Grundgesetz her die Kompetenz und die Aufgabe, die Schiene beim Güterverkehr entsprechend zu betreuen, und hat die Verantwortung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Um die bayerische Industrie zu betreuen!)

– Nein, nein. Was wir gemacht haben, wäre die Aufgabe des Bundes gewesen, nämlich dafür zu sorgen, dass ein dichtes Netz von Verladestellen erhalten bleibt, dass der Schienen-Güterverkehr ausgebaut wird, dass er intensiviert wird und dass die Logistik auf der Schiene entsprechend vorankommt. Genauso wenig haben wir gemerkt von einer Unterstützung durch den Bund, wenn es um die Transporte über den Brenner auf der Schiene geht, genauso wenig beim Thema München – Lindau, an dem wir arbeiten, wo die Frage der Elektrifizierung nicht nur nicht unterstützt worden ist. Genauso erleben wir es beim Chemiedreieck, wo ich vor langer Zeit schon den Vorschlag gemacht habe, dass wir uns um die Elektrifizierung der Schienenstrecke kümmern, damit die Strecke insgesamt für den Schienengüterverkehr besser geeignet ist. Sie bedarf der Elektrifizierung; denn die Dieselloks sind bei dem relativ steilen Gelände aus dem Chemiedreieck heraus nur begrenzt einsetzbar. Auch da erfahren wir vom Bund, von Rot-Grün, keine Unterstützung. Deswegen ist das, was Sie hier aufführen, vielleicht für eine SPD-Versammlung geeignet, aber im Landtag sollten Sie die Dinge so nicht erzählen.

Also hier so unverfroren an den rechtlichen und faktischen Gegebenheiten vorbeizuarargumentieren oder, um es genauer zu sagen, die Dinge auf den Kopf zu stellen und völlig unwahre Dinge zu behaupten, das ist des Guten zuviel.

(Beifall bei der CSU)

Ich bestätige, dass wir bei der S-Bahn München eine gute Kooperation gehabt haben und bei der S-Bahn Nürnberg lange hinbohren mussten, bis endlich die Zusage gekommen ist, dass man das Teilstück Nürnberg – Fürth nun ausbauen wird. Wir haben den Vertrag voriges Jahr im Februar bereits unterschrieben. Dann sind von Ihnen die großen Sprüche gemacht worden, dass Ende des Jahres alles laufen soll.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Sie ist gekommen. Das wollten Sie doch von mir hören!)

Zwei Jahre wurden Sprüche gemacht. Jetzt kann man sagen, endlich, Gott sei Dank. Es hat sehr lange gedauert. Das sollten Sie dazusagen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Jetzt ist sie da, Herr Wiesheu!)

Ansonsten reden Sie beim Güterverkehr bitte nicht so an der Sache vorbei.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat sich Kollege Dr. Magerl zu Wort gemeldet.

(Thomas Kreuzer (CSU): Noch einmal?)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe noch acht Minuten von meiner Redezeit. Ich möchte schon etwas auf die Vorredner eingehen. Ich muss sagen, ich bin enttäuscht, Herr Kollege Richter, Herr Kollege Breitschwert, dass Sie mit relativ vielen Allgemeinplätzen gegen diese Anträge geredet haben. Auf ganz wesentliche Herausforderungen der Verkehrspolitik, die ich hier klar genannt habe, wie Sie weiter verfahren wollen mit dem Bereich Ökosteuer, mit der Förderung, der Zersiedlung, durch Entfernungspauschale und Eigenheimzulage, sind Sie überhaupt nicht eingegangen. Darüber sind Sie völlig hinweggegangen.

(Beifall der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

Herr Staatssekretär, wenn Sie sagen, ich hätte die hohen Benzinpreise angeprangert: Ich habe festgestellt, dass wir beim Erdölpreis auf einem Rekordniveau sind,

(Staatssekretär Georg Schmid: Mit der Steuer auch!)

auf dem wir noch nie waren, und dass wir allein aufgrund dessen Handlungsbedarf haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die jetzigen Preissteigerungen haben nichts mehr zu tun mit der Thematik Ökosteuer oder Ähnlichem, sondern gehen zurück auf die Entwicklung in den letzten Jahren von 10 Dollar auf 60 Dollar pro Fass.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Das ist die Entwicklung. Darauf müssen wir reagieren. Wenn Sie die Aussagen der einschlägigen Fachleute anschauen, und zwar nicht Umweltsachverständiger, sondern Wirtschafts- und Energiesachverständiger, werden Sie merken: In diesen Kreisen wird sehr ernsthaft über ein Tempolimit und spritsparende Maßnahmen diskutiert, um den Druck aus dem Markt zu nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen Beispiele zu Genüge nennen.

(Zuruf von der CSU)

Überall wird das mittlerweile diskutiert, weil letztendlich allein durch Spekulation und durch zu hohen Verbrauch der Preis nach oben gegangen ist. Man muss klar und deutlich sagen, das ist richtig, was die Kollegin Paulig in der Zwischenfrage zum Ausdruck gebracht hat: Der Energiepreis hat für viele Jahre keine Rolle gespielt, und jetzt sitzen die Leute vor dem Dilemma, dass sie sich nicht umorientiert und nicht rechtzeitig Energiesparmaßnahmen eingeleitet haben. Wir wollen mit dem Antrag betreffend die Obergrenze des CO₂-Ausstoßes, dass wir hin zur Entwicklung von spritsparenden Fahrzeugen weitermachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist nicht so, wie Sie, Herr Staatssekretär Schmid, fälschlicherweise behauptet haben, dass wir gegen Autofahrer und andere Verkehrsteilnehmer polemisieren. Wenn Sie den Grundsatzantrag genau angeschaut hätten, hätten Sie festgestellt, auch Sie, Herr Kollege Kreuzer, da steht ganz klar drin: Verkehrsvermeidung.

(Thomas Kreuzer (CSU): Amokfahrer seid ihr!)

– Das weise ich ganz entschieden zurück. Da gibt es andere, die für Amokfahrten zuständig sind. Die sitzen nicht in unserer Fraktion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht darum, Verkehr zu vermeiden, wo es sinnvoll ist. Es geht darum, Verkehr zu verlagern und den restlichen Verkehr auf der Straße so umweltverträglich wie möglich abzuwickeln und zu vernetzen. Das ist die Zielsetzung unseres Antrags.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das hat nichts damit zu tun, dass wir das Autofahren verbieten wollten, sondern wir wollen eine vernünftige, in die Zukunft gerichtete Verkehrspolitik. Sie sollten sich dem anschließen und unseren Anträgen zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Es hat sich weiter zu Wort gemeldet Herr Kollege Beyer.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen es natürlich außerordentlich zu schätzen, dass beide betroffene Ministerien sich angesprochen gefühlt haben. Aber die Äußerungen bedürfen der Richtigstellung.

Herr Staatssekretär Schmid, Sie fragen, wer die Maut versammelt habe. Sie fragen das, weil wir im Vorwahlkampf stehen, mit einer entsprechenden Phonstärke. Wer hat die Maut versammelt? Versammelt hat es die deutsche

Industrie, die ein angebotenes System nicht erzeugen konnte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Staatssekretär Georg Schmid: Ganz miese Verträge! Ohne Vertragsstrafe, ohne alles!)

– Herr Staatssekretär Schmid, sonst ist Ihre Regierung eher bemüht, das Ansehen der deutschen Industrie zu stärken. Wenn Sie es hören wollen, dann sagen wir es: Dass wir jetzt letzten Endes ein System haben, das offensichtlich Weltstandard ist, wird die CSU bald für sich in Anspruch zu nehmen wissen. Wir werden an den heutigen Tag zurückdenken, wo Sie wissen wollten, wer es versemelt hat. Die Industrie hat es versemelt.

Was die Vereinbarung über die Mittelverwendung aus der Maut angeht: Ich habe immer gehört aus dem Munde der beiden Minister, das sei zwischen Bund und Ländern vereinbart. Ich verstehe darum nicht so ganz, warum Sie das heute kritisieren. Was die mittelfristige Finanzplanung angeht: Ich weiß gar nicht, wie oft wir das hier noch durchexerzieren müssen. Selbst mit dem worst case im Jahr 2008 lägen wir deutlich über den berühmten 10 Milliarden – Kohl/Waigel 1998 –, die ich Ihnen heute auch wieder zitiere. Nehmen Sie das einfach mal zur Kenntnis. Nehmen Sie weiter zur Kenntnis, dass bereits in der mittelfristigen Finanzplanung eine weitere Milliarde für 2008 zugesagt war. Sie haben gesagt, die komme nie, so wie Herr Wiesheu zu mir gesagt hat: Schaut, dass das Geld kommt. Ich nehme Sie beim Wort für Nürnberg – Fürth. Was ist passiert? – Bereits heute haben wir zwei zusätzliche Milliarden. Sie haben nicht einmal an die eine zusätzliche Milliarde geglaubt. Bei den Staatsstraßen haben Sie zwar versucht zu kontern, aber es war natürlich matt.

Wenn ich das Land voranbringen will, predigen Sie, brauche ich Infrastruktur. Export und Import ist gleich Transport, heißt es im Hause Wiesheu in jeder Rede. Auch innerhalb Bayerns müssen wir transportieren, und auch da würde ich nicht alles dem Bund anlasten, sondern würde mich um die eigenen Straßen kümmern. Und noch einmal: Der Bayerische Oberste Rechnungshof wird Gründe für seine Feststellung haben. Kollege Ach hat vorhin – das konnten Sie nicht hören – extra Wert darauf gelegt, dass der Haushaltsausschuss Entsprechendes beschlossen hat.

Zu den Projekten europäische Einheit: Sie wissen genau, dass wir als Landtagsfraktion dem sehr positiv gegenüberstehen. Wir sind aber auch nicht für alles verantwortlich, was in Berlin passiert. Noch einmal: Meines Wissens ist der Eiserne Vorhang 1989 gefallen. 1992 gab es den ersten Bundesverkehrswegeplan nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Damals waren Sie dran, Ihr CSU-Kollege Jobst war Vorsitzender des Verkehrsausschusses. Was ist dabei herausgekommen? – Dieses Desaster ist dabei herausgekommen. Deuten Sie jetzt nicht mit dem Finger auf uns, wo wir fast vor der Lösung stehen, auch bei der A 6. Das sind wirklich alte Kriegsschauplätze.

Herr Kollege Wiesheu, noch zwei Worte zu Ihnen. Natürlich liegt die Zuständigkeit für den Schienengüterverkehr gesetzgeberisch beim Bund. Über die Gesetzgebungszu-

ständigkeiten streite ich mich mit dieser Bank immer sehr gerne, aber es hat mir noch keiner vorhalten können, dass ich es falsch gesagt hätte.

Zwei Anmerkungen, Herr Wiesheu: Erstens. Wer sich in seinem Briefkopf auch Minister für Infrastruktur in Bayern nennt, sollte sich nicht hierher stellen und sagen: Für Schienengüterverkehr bin ich nicht zuständig, das ist Herr Stolpe. Das würde ich nicht tun.

(Joachim Herrmann (CSU): Aber es ist halt so!)

Sie haben gesagt, Sie können nichts tun.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Er hat gesagt: Es ist so!)

– Moment, bitte abstimmen. Ihre Bank sagt, Sie können nichts tun. Da müssen Sie synchronisieren.

Zweitens. Wer Regionalisierungsmittel als eigene ausgibt, wer das so schön tut, wie wir es hier machen, der muss auch Manns genug sein, mit der Verhandlungsmacht, die er gegenüber dem DB-Konzern hat, auch beim Schienengüterverkehr etwas herauszuholen. Auch das habe ich dem Kollegen schon gesagt.

Schließlich zum Chemiedreieck: Alle, die was von Verkehr verstehen, sagen, auch in Gegenwart von Herrn Wellner usw.: Der Minister will immer die Elektrifizierung. Die Elektrifizierung ist der dritte Schritt, das sagen die Bahner. Ich könnte Ihnen sagen, welcher Ihrer Ex-Ministerkollegen bei dem Gespräch dabei war. Wir brauchen die Durchlässigkeit der Strecke, und wir brauchen die Begegnungsabschnitte, dann brauchen wir die Zweigleisigkeit und dann erst die Elektrifizierung. Das sagt die Bahn. Wenn sie Ihnen etwas anderes sagt, dann spricht sie mit gespaltener Zunge.

Wir beginnen, wie Sie wissen, noch in diesem Jahr zwischen Mühldorf und Ampfing mit dem Begegnungsabschnitt. Wir halten das Versprechen auch hier, so wie wir es bei Nürnberg – Fürth gehalten haben. Ich denke, wir sollten dazu zurückkehren, im Interesse Bayerns zu sagen: Das ist gut so, das ist richtig so. Und noch einmal: Die Elektrifizierung beim Chemiedreieck ist nach Aussagen der Fachleute der letzte Schritt, nicht der erste. Aber Sie wissen es besser. Dann können wir noch oft darüber streiten. Vielleicht reden Sie einmal mit Herrn Josel und Herrn von Waldenfels darüber.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Jetzt hat sich noch einmal Herr Staatsminister Wiesheu zu Wort gemeldet.

Staatsminister Dr. Otto Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich will noch zwei Anmerkungen machen: Erstens. Die Zuständigkeit beim Schienengüterverkehr liegt beim Bund. Zweitens. Das hat uns noch nicht gestört beim Thema „Mora“,

bei der geplanten Herauslösung einer Menge von Verladestellen aus dem Stilllegungsprogramm, wo Rot-Grün keinen Finger krumm gemacht hat, um das zu bremsen, um mehr als ein Drittel dieser Verladestationen zu erhalten auf unsere Initiative, weil wir die Wirtschaft zusammengeholt haben.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist ja gut!)

Das sollten Sie sich anhören! Wenn wir bei Rot-Grün in Berlin vorsprechen, rührt sich gar nichts. Die kümmern sich nicht. Die blocken ab und sagen: Das ist uns Wurst, das interessiert die nicht. Wir sind auch das einzige Land, das das Thema Güterverkehr im Rahmenvertrag mit der DB AG verankert hat, weil wir eine stärkere Verflechtung und Vernetzung des Güterverkehrs auf Straße, Schiene und Wasserstraße haben wollen.

Wir sind auch diejenigen, die in Nürnberg veranlasst haben, dass das Güterverkehrszentrum der Bahn aus dem Zentrum heraus

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das wollten alle Beteiligten!)

auf den Hafen kommt. Wir haben der Bahn den Zeitplan vorgegeben,

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Der Bund gibt das Geld, und so passt's!)

den sie auch einhalten muss. Das hat sie unterschrieben. Deswegen können Sie nicht sagen: Da würde ich mich anders darum kümmern. Nennen Sie mir den Kollegen, der sich um den Schienengüterverkehr auf Landesebene mehr kümmert. Das sollten Sie einmal sehen. Das ist das Erste.

Das Zweite: Schienengüterverkehr auf der Strecke zum Chemiedreieck. Fahren Sie einmal hin.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ich war schon oft da, wahrscheinlich öfter als Sie in letzter Zeit!)

Schauen Sie sich an, wenn Güterzüge, Ganzzüge im Chemiedreieck zusammengehängt werden, dann brauchen Sie zwei oder drei Diesellokomotiven, um sie herauszubringen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist doch richtig!)

Wenn Sie es mit einer machen und dann durchgängig abtransportieren wollen, dann brauchen Sie die Elektrifizierung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wir machen erst die Trasse!)

Herr Kollege man braucht die Elektrifizierung auch, wenn man die Walpertskirchener Spange bauen und in den

Flughafen einfahren will, weil man sonst nicht hineinkommt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist jetzt aber nicht das Chemiedreieck!)

Drittens brauchen wir sie natürlich auch für die Fortsetzung der S-Bahn-Linie von Erding in den Flughafen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Natürlich!)

Also brauchen wir die Elektrifizierung so und so für drei Zwecke.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Und jetzt geht's anders los, und das leugnen Sie!)

Jetzt geht's anders los, mit dem Doppelspurabschnitt. Aber da waren zwei geplant. Einer allein hilft nicht viel.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Der zweite wird jetzt geplant, weil das Geld fließt!)

– Entschuldigung. Einer kommt, zwei waren geplant, weil nach Aussagen der Bahn die Kapazitätserweiterung, die wir dort brauchen, nur mit zweien gleichzeitig läuft. Unabhängig davon muss man die Elektrifizierung haben.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Sie sind nicht auf dem neuesten Stand, tut mir Leid!)

– Mein Gott, tut mir Leid. Haben Sie die Verhandlungen zum Bundesverkehrswegeplan geführt, oder habe ich die geführt? Da war das die Aussage des Bundes und auch der Bahn, dass man die beiden Doppelspurabschnitte braucht, wenn das Ganze zur Kapazitätserweiterung beitragen soll. Einer alleine hilft uns nicht allzu viel weiter. Aber bei Ihnen ist nichts zu retten. Da sind Sie dogmatisch festgelegt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Über die Anträge, die vom federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zur Ablehnung empfohlen werden, soll einzeln abgestimmt werden.

Ich lasse zunächst über den Antrag auf der Drucksache 15/2545 abstimmen, Tagesordnungspunkt 4. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Die SPD muss sich noch entscheiden. Noch mal: Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Aha, jetzt also beide Fraktionen, SPD und GRÜNE. Gegenstimmen! – Die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag auf der Drucksache 15/2551, Tagesordnungspunkt 5. – Das ist der Antrag mit dem Tempolimit.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt mit den Stimmen der beiden größeren Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Immer gegen die Kleinen!)

– Es ging doch um das Tempolimit, Herr Kollege.

Ich lasse über den Antrag auf Drucksache 15/2553 abstimmen, Tagesordnungspunkt 6. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die beiden anderen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist der Antrag ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag auf Drucksache 15/2566, Tagesordnungspunkt 7. Wer ent-

gegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist der Antrag mit den Stimmen der CSU-Fraktion abgelehnt.

Jetzt lasse ich noch über den Antrag auf der Drucksache 15/2567 abstimmen, Tagesordnungspunkt 8. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – SPD-Fraktion und CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist der Antrag mit den Stimmen der beiden größeren Fraktionen abgelehnt.

Die Tagesordnungspunkte 4 bis 8 sind damit erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Blick auf die Uhr, ein Blick durch die Fenster, der Gedanke, dass wir morgen Nacht um zwei Uhr, hoffentlich in dieser Besetzung, noch alle zusammensitzen werden, lässt mich vorschlagen, dass wir jetzt die Sitzung beenden. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch nicht bei den GRÜNEN. Dann ist die Sitzung geschlossen.

(Schluss: 19.19 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt werden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Renate Dodell, Dr. Thomas Zimmermann u.a. CSU
 Ausbildungsvergütung in der Altenpflegehilfe
 Drs. 15/2447, 15/3478 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	Z	A	A

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
 Erhöhung der Verkehrssicherheit
 Drs. 15/2550, 15/3618 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas Beyer, Dr. Hildegard Kronawitter, Willi Leichtle u.a. SPD
 Zukunft des Luftverkehrs in Bayern
 Drs. 15/2654, 15/3476 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Franz Josef Pschierer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
 Lockerung der Pflicht zur jährlichen Kontrolle von Fertigpackungen
 Drs. 15/2657, 15/3617 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	Z	ENTH	A

5. Antrag der Abgeordneten Ludwig Wörner, Christa Naaß, Stefan Schuster u.a. SPD
 Überleitungstarifvertrag für die Bayerische Landes-hafenverwaltung
 Drs. 15/2999, 15/3483 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Gudrun Peters SPD
 Landwirtschaftliche Kompetenzzentren im schulischen Bereich
 Drs. 15/3006, 15/3613 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Monica Lochner-Fischer u.a. SPD
 Fristgerechte Vorlage des Gleichstellungsberichtes zum Bayerischen Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern (BayGIG)
 Drs. 15/3012, 15/3484 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Gudrun Peters, Heidi Lück u.a. SPD
 Task-force für „schwierige“ Förderfälle
 Drs. 15/3021, 15/3611 (A)

- | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|--|------------|------------|------------|------------|---|------|------|---|--|------------|------------|------------|--|---|---|---|
| <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>A</td> <td>Z</td> <td>ENTH</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | ENTH | <p>Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | A | Z | ENTH | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Altenpflegeausbildung in der Krise? – Bericht zur Situation in Bayern
Drs. 15/3066, 15/3481 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z | <p>14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Markus Sackmann, Henning Kaul u.a. und Fraktion CSU
Feinstaubreduzierung
Drs. 15/3085, 15/3596 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> <p>Hierzu findet auf Antrag der CSU-Fraktion eine Einzelberatung statt</p> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Feinstaub wirksam bekämpfen!
Drs. 15/3076, 15/3593 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>A</td> <td>ENTH</td> <td>Z</td> </tr> </table> <p>Hierzu findet auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN eine Einzelberatung statt.</p> | | CSU | SPD | GRÜ | | A | ENTH | Z | <p>15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Umsetzung des AGTierKBG
Drs. 15/3170, 15/3608 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | A | ENTH | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Markus Sackmann, Helmut Brunner u.a. und Fraktion CSU
Sicherung der Ausgleichszulage für Landwirte in benachteiligten Gebieten
Drs. 15/3080, 15/3606 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z | <p>16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Renate Dodell, Dr. Otmar Bernhard u.a. und Fraktion CSU
EU-Förderung im Rahmen des Europäischen Technologieinstituts (EIT)
Drs. 15/3213, 15/3472 (E)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europa-angelegenheiten</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Ludwig Wörner, Herbert Müller u.a. und Fraktion SPD
Gesundheit schützen – Fahrverbote vermeiden
Landesmittel im Kampf gegen Feinstaubbelastung bereitstellen
Drs. 15/3081, 15/3594 (A)</p> <p>Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>A</td> <td>Z</td> <td>A</td> </tr> </table> <p>Hierzu findet auf Antrag der SPD-Fraktion eine Einzelberatung statt.</p> | | CSU | SPD | GRÜ | | A | Z | A | <p>17. Antrag der Abgeordneten Siegfried Schneider u.a. CSU
Verstärkter Abbau von Hemmnissen bei der Beschäftigung nebenberuflicher/nebenamtlicher Lehrkräfte
Drs. 15/2899, 15/3482 (E) [X]</p> <p>Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>Z</td> <td>Z</td> </tr> </table> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | Z | Z |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | A | Z | A | | | | | | | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | Z | Z | | | | | | | | | | | | | | |
| <p>13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Markus Sackmann, Dr. Otmar Bernhard u.a. und Fraktion CSU
Verbesserung der EU-Chemikalien-Verordnung (REACH)
Drs. 15/3083, 15/3595 (E)</p> | <p>Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer, Rainer Volkmann, Adelheid Rupp u.a. und Fraktion SPD
Berufsfachschule für Musik in Altötting
Drs. 15/3065, 15/3486 (E) [X]</p> <p>Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td>CSU</td> <td>SPD</td> <td>GRÜ</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Z</td> <td>A</td> <td>ENTH</td> </tr> </table> <p>Hierzu findet auf Antrag der SPD-Fraktion eine Einzelabstimmung statt.</p> | | CSU | SPD | GRÜ | | Z | A | ENTH | | | | | | | | |
| | CSU | SPD | GRÜ | | | | | | | | | | | | | | |
| | Z | A | ENTH | | | | | | | | | | | | | | |

